Montag, 22. August 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 194 - 34.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kanzler wieder in Bonn: Bundeskanzler Kohl nimmt nach dem Sommerurlaub wieder seine Amtsgeschäfte auf. Wichtigste Themen: Streit um das Mutterschaftsgeld und die Auseinandersetzungen zwischen CSU und FDP.

Lafontaine: Der SPD-Linke bezeichnet Kriegsdienstverweigerung im Zeitalter atomarer Waffen als „moralische Pflicht".

Kreml kontra Kirche: ZK-Sekretär Samjatin attackiert Papst und „aggressive Kreise" in der katholischen Kirche Polens. In Danzig Spannungen vor dem Jahrestag der Abkommen mit Solidarnosc am 31. August.

Alptraum Frankreich: Republikaner in den USA warnen vor Machtwechsel unter Hinweis auf das abschreckende Beispiel Frankreichs unter dem Sozialisten Mitterrand.

Franzosen unzufrieden: 57 Prozent erwarten laut Umfrage ein Scheitern der sozialistischen Politik. 67 Prozent befürchten sozialen Unfrieden.

Flucht aus „DDR": Ein Handwerker und ein „DDR"-Grenzsoldat sind unverletzt über den Todesstreifen geflüchtet.

Wende auch in Hessen: CDU-Spitzenkandidat Wallmann und FDP-Chef Genscher erklären übereinstimmend, die Wende in Hessen könne nur durch Koalition CDU/FDP erreicht werden.

Aquino erschossen: Der philippinische Oppositionsführer ist bei der Rückkehr aus dem Exil in Manila erschossen worden.

Burt optimistisch: Der Staatssekretär im State Department hält eine Einigung bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen noch für möglich. Er hält die Kreml-Forderung nach Einbeziehung britischer und französischer Systeme für reine Taktik.

Spionage: Belgien hat einen sowjetischen und zwei rumänische Diplomaten wegen Spionage ausgewiesen. Ein belgischer Beamter wurde festgenommen.

Abzugstermin offen: Israel läßt Termin für Teilabzug seiner Armee offen. Offiziere befürchten blutige Schlacht zwischen Drusen und Christen beim Abzug. Libanons Präsident Gemayel wirbt um „nationale Errettungsfront".

Heute: Bundespräsident Carstens nimmt Amtsgeschäfte nach Sommerurlaub wieder auf. – UN-Generalsekretär Perez de Cuellar nach Südafrika. – Liberias Präsident Samuel Doe besucht anläßlich der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen Israel. – Forschungsminister Riesenhuber eröffnet Kernenergiekonferenz in Japan.

ZITAT DES TAGES



» Jetzt müssen neue Leute kommen. Gewiß nicht ganz neue – aber doch eine andere Garnitur der politischen Bürokratie, so wie es jetzt unter Andropow auch in Moskau der Fall ist. So etwas halte ich auch in Prag für wahrscheinlich. «

Der ehemalige Prager ZK-Sekretär Zdenek Mlynar im Gespräch mit der WELT (Seite 5). FOTO: VOTAVA

WIRTSCHAFT

Röhren: Embargo gegenüber UdSSR durch Präsident Reagan praktisch aufgehoben (keine Genehmigungspflicht für Rohrlegemaschinen-Export mehr).

Währung: Dollar nach Meinung von Ex-Bundesbankpräsident Emminger um 15 bis 20 Prozent überbewertet. Schweizer Nationalbank-Präsident Leutwiler nennt DM gegen Schweizer Franken unterbewertet. Bundesbank-Präsident Pöhl: Seit 1. August Interventionen über drei Milliarden Dollar; eine Milliarde allein durch die Bundesbank.

Zinsen: Stoltenberg erwartet mittelfristig Rückgang durch bessere Leistungsbilanz und Sinken der Staatsschuld.

Kein Eigentumsvorbehalt? Protest des Groß- und Außenhandels gegen das neue Insolvenzrecht, das den Zugriff auf Sachen unter Sicherungsvorbehalt erlauben soll.

Ikea: Eigentümer Ingvar Kamprad will das schwedische Möbelhaus einer calvinistischen Stiftung in den Niederlanden schenken, um seinen Fortbestand zu sichern.

Brasilien: Offiziell Umschuldung beantragt; Schuldenlast 90 Milliarden Dollar.

Mittelamerika: Von der EG Entwicklungshilfe von 2,5 Milliarden DM gefordert.

Peking: Stärkeres Engagement deutscher Reaktorindustrie in China gefordert.

Pkw-Import: 28,8 Prozent der in der Bundesrepublik im Juli neu zugelassenen Personenwagen stammen aus dem Ausland.

KULTUR

Polen: Der Schriftstellerverband, die letzte nicht parteikonforme Organisation außer der Kirche, ist von den Behörden für aufgelöst erklärt worden.

Berlin: Nach fast sechsjähriger Restaurierungsarbeit wurde das Zoo-Aquarium, eines der schönsten der Welt, wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

SPORT

Leichtathletik: Ulrike Meyfarth und die Russin Tamara Bykowa verbesserten den Weltrekord im Hochsprung um einen Zentimeter. Beim Europacup in London übersprangen sie 2,03 Meter.

Hockey: Die deutsche Nationalmannschaft feierte bei der Europameisterschaft in Holland mit einem 4:3 über England ihren dritten Sieg.

Military: Erstmals seit 1972 für die Deutschen keine Medaille bei der Europameisterschaft. Es siegten die Engländerin Rachel Bayliss und das Team von Schweden.

AUS ALLER WELT

Massenscheidung: In Dallas (Texas) wurden 108 Paare zur gleichen Zeit geschieden.

Terroristen-Kind: Die seit Jahren inhaftierte Mitbegründerin der italienischen „Prima Linea", Giulia Borelli, hat Zwillinge bekommen. Die Zeugung – durch den Terroristen Enrico Galmozzi – kann nur im Gerichtssaal erfolgt sein.

Wetter: Im Osten und Berlin sonnig, bis 33 Grad. Im Westen teils heiter, teils wolkig; bis 29 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl wieder in Bonn. Streit um Mutterschaftsgeld neu entbrannt

Der Kanzler steht vor wichtigen koalitionspolitischen Entscheidungen

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl, der nach dem Urlaub heute seine Amtsgeschäfte in Bonn wieder aufnimmt, ist vor wichtige koalitionspolitische Entscheidungen gestellt. Sie können zu einer ersten Bewährungsprobe werden.

Im Vordergrund steht zunächst die Diskussion über die von der Bundesregierung beschlossene Kürzung des Mutterschaftsgeldes von monatlich 750 auf 600 Mark. Das CSU-regierte Bayern ist zwar mit seinem Antrag, auf diese Kürzung zu verzichten, vorerst in den Bundesratsgremien gescheitert, aber die Kritik an dem Kabinettsbeschluß nimmt zu. Jetzt hat auch der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) Kritik an den Entscheidungen des Kabinetts geübt und sich gegen eine „Pauschalkürzung" gewandt, die keine Rücksicht auf die jeweilige Einkommenssituation nehme.

Späth unterbreitete den Vorschlag, der Bund solle künftig eine Art Grundfinanzierung leisten. Die Länder müßten dann ergänzende Hilfestellungen geben. Der Kieler Regierungschef Uwe Barschel (CDU) hat erklärt, er halte die Kürzung zum jetzigen Zeitpunkt nur unter der Voraussetzung für vertretbar, daß das Mutterschaftsgeld alsbald in der Höhe verbessert und auf alle Frauen ausgedehnt werde. Vor allem letzteres ist eine alte familienpolitische Forderung der Union. Viele in der Union haben mit einem klärenden Wort des Kanzlers in dieser Sache gerechnet. Er hat dies öffentlich nicht getan, aber Kohl war hinter den Kulissen aktiv.

Die Regierung, so sieht es danach aus, wird ihren eigenen Beschluß nicht korrigieren. Vielmehr soll das Parlament zum Zuge kommen. Vorschläge werden von der Sonderkommission erwartet, die noch in dieser Woche unter Vorsitz des Abgeordneten Walter Althammer (CSU) tagt. Ihre Empfehlungen werden dann am 30. August Gegenstand eines Koalitionsgesprächs sein. Bundesfinanzminister Stoltenberg und FDP-Politiker haben darauf hingewiesen, daß diejenigen, die auf die Kürzungen beim Mutterschaftsgeld verzichten wollen, andere Deckungsvorschläge für den Etat 1984 unterbreiten müßten.

SEITE 2:
Mutter hat Konjunktur

Am Donnerstag dieser Woche tagt ganztägig das CDU-Präsidium mit Kohl im Kanzleramt. Dadurch soll die Diskretion gewahrt bleiben. Die Tagesordnung ist vage formuliert, aber es geht um die politische Strategie der Union. Bei der CDU/CSU werden zunehmend Symptome einer Regierungspartei offenbar: Ministerpräsidenten und andere Unionspolitiker beziehen öffentlich gegensätzliche Positionen zu Bonn oder schaffen durch Ankündigungen möglichen neuen Zündstoff für die Koalition mit der FDP. Die von Späth im Bundesrat angekündigte Entschließung für ein Vermummungsverbot könnte dazugehören. Die CSU fordert ebenfalls ein solches Verbot. Die FDP sträubt sich dagegen.

Ein weiterer koalitionspolitischer Streitpunkt ist das Ausländerrecht. Jetzt macht es sich nachteilig bemerkbar, daß das dazu gefaßte Koalitionspapier zu unverbindlich ist und weiße Flecken enthält. CSU und FDP berufen sich beide darauf. Dies könnte Kohl dazu zwingen, von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen. Es ist freilich nicht damit zu rechnen, daß der um den Koalitionsfrieden besorgte Kanzler die FDP

■ Fortsetzung Seite 6

In Danzig drohen neue Unruhen

Sicherheitskräfte in Bereitschaft / Moskau attackiert katholische Kirche

DW. Warschau/Moskau

In Erwartung neuer Arbeiterunruhen zum dritten Jahrestag des Danziger Abkommens, das zur Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" führte, sind die Sicherheitskräfte in der Hafenstadt in erhöhte Bereitschaft versetzt worden. Gleichzeitig übten die staatlichen Medien wieder schwere Kritik an dem in Danzig wohnenden Vorsitzenden der verbotenen Gewerkschaft, Lech Walesa: Er versuche, die Bevölkerung zu neuen Demonstrationen aufzustacheln.

Wie der Rundfunk meldete, wurden die Sicherheitskräfte angewiesen, die „Ruhe und ungestörte Arbeit" entschlossen zu sichern. Die „fanatischen Feinde der politischen Ordnung Polens" hätten ihre Versuche, das Bewußtsein der Menschen zu manipulieren, nicht aufgegeben. Die Betriebe wurden ermahnt, gegen Personen, die ohne Erlaubnis ihren Arbeitsplatz verlassen, strikt vorzugehen.

Die Untergrundführung von „Solidarität" hat für den dritten Jahrestag am 31. August zu einem zweistündigen Boykott der öffentlichen Verkehrsmittel aufgerufen. Für morgen ist ein Bummelstreik in den Danziger Werften geplant, falls die Behörden nicht vorher Verhandlungen mit Walesa über die Wiederzulassung der Gewerkschaft aufnähmen.

Radio Warschau warf dem Arbeiterführer vor, er äußere seine Meinung zu allem, was Spannung in Polen hervorrufen könne. In einem Kommentar wurde Walesa als ein „Gewerkschaftsbonze" bezeichnet, der „im Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf die arbeiterfeindliche Seite der Barrikade" gegangen sei.

Vor einer erneuten „Destabilisierung" in Polen hat die sowjetische Führung die Regierung in Warschau gewarnt. Im sowjetischen Fernsehen forderte der Leiter der Abteilung für Auslandsinformation im ZK der KPdSU, Samjatin, die Regierung Jaruzelski zu „Wachsamkeit" auf. In ungewöhnlicher Schärfe kritisierte Samjatin die polnische Kirche. Seit dem Papstbesuch in seiner Heimat habe sie ihre „antikommunistische Arbeit" verstärkt. In der polnischen Kirche gebe es „aggressive Kreise, die den offenen Konflikt mit der Regierung und dem sozialistischen Staat" suchten.

Die Führung des polnischen Schriftstellerverbandes hat gestern Berufung gegen die von den Behörden verfügte Auflösung der 1920 gegründeten und 1300 Mitglieder umfassenden Organisation angekündigt. Vor ihm waren bereits die Verbände der Journalisten, der Schauspieler und der bildenden Künstler aufgelöst worden.

Koalition für Nachrüstungs-Debatte

Dregger und Mischnick zur WELT: SPD soll im Bundestag Positionen klären

ms. Bonn

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP werden sich einer erneuten Debatte und einer Abstimmung im Deutschen Bundestag über die eventuell notwendig werdende NATO-Nachrüstung nicht widersetzen, sondern auch zur Klärung der Positionen von Teilen der SPD nutzen. Aber sie halten neue Gesetze als Rechtsgrundlage für die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen als Antwort auf die sowjetische Vorrüstung für nicht erforderlich. Diese Standpunkte haben gestern die beiden Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger (CDU/CSU) und Wolfgang Mischnick (FDP) gegenüber der WELT deutlich gemacht.

Mischnick sagte: „Die Bundesregierung muß keine Angst vor einer Abstimmung im Bundestag haben." Sie werde sich eines solchen Votums gegebenenfalls in Form einer Entschließung stellen. Dregger betonte: „Die Koalition von CDU/CSU und FDP scheut eine parlamentarische Beratung und Abstimmung zu dieser Frage nicht. Es dürfte von Interesse sein, wie dann manche SPD-Politiker, die früher für den NATO-Doppelbeschluß eingetreten sind, sich verhalten werden." Dregger dürfte damit vor allem den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt und die Repräsentanten des rechten Flügels der SPD einschließlich früherer Minister gemeint haben.

Mischnick vertrat die Auffassung, für die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses „ist keine neue gesetzliche Regelung notwendig". Damit reagierte er auf die von SPD-Juristen erhobene Forderung, es sei dafür ein neues Gesetz erforderlich, das mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden müsse. Mischnick sagte, die eventuell notwendig werdende Nachrüstung bedeute „die Ausfüllung" des vorhandenen NATO-Vertrages. „Deshalb grenzt die SPD-Behauptung, es sei die Zweidrittelmehrheit per Gesetz im Parlament erforderlich, schier an Volksverdummung."

Dregger meinte dazu, die SPD versuche sich aus ihrer Verantwortung und „den von dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt eingegangenen Verpflichtungen herauszuwinden". Die von SPD-Rechtspolitikern aufgestellte Behauptung, die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen bedürfe eines Gesetzes mit der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit, nannte Dregger „sachlich falsch und leicht zu widerlegen". Dregger: „Die vorliegenden einschlägigen Verträge regeln die Stationierung von Schutzeinrichtungen und Waffen der NATO und der USA auf Bundesgebiet. Für Verteidigungsmaßnahmen wie die Stationierung von Raketen ist kein Gesetz erforderlich."

Manila: Mord an Oppositionsführer

rtr, Manila

Der philippinische Oppositionsführer Benigno Aquino (50) ist bei seiner Rückkehr aus dreijährigem Exil auf dem Flughafen von Manila erschossen worden. Der zunächst nicht identifizierte Attentäter sei vom Leibwächter Aquinos getötet worden, berichtete der Polizeichef der Stadt, Generalmajor Prospero Olivas, vor Journalisten. Der Mörder habe die Uniform des Flughafenpersonals getragen. Aquino starb auf dem Weg ins Krankenhaus.

Wegen Mordes, Subversion und illegalen Waffenbesitzes war Aquino von einem Militärtribunal zum Tode verurteilt worden, doch durfte er 1980 wegen eines Herzleidens in die USA ausreisen. Die Regierung hatte ihn vor der Rückkehr in seine Heimat gewarnt, weil sein Leben bedroht sei. Außerdem müsse er mit seiner sofortigen Verhaftung rechnen. Aquino wurde auf dem Flughafen von mehreren hundert Menschen erwartet. Als populärster Gegenspieler von Marcos wollte er sich um eine Einigung der Opposition für die Wahlen vom nächsten Jahr bemühen.

Seite 2: Der Mord im Flughafen

Belgien weist Diplomaten aus

DW. Brüssel

Belgien hat am Wochenende drei Ostblock-Diplomaten wegen Spionagevorwurfs ausgewiesen. Es handelt sich dabei um einen Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft und zwei rumänische Diplomaten. Die drei hätten das Land bereits am Samstag verlassen, erklärte gestern ein belgischer Regierungssprecher.

Die belgische Regierung hatte den Diplomaten vorgeworfen, geheime Dokumente vom Direktor für Koordination der Beziehungen zwischen Belgien, der Europäischen Gemeinschaft und dem Rat für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Ostblocks, Eugene Michiels, gekauft zu haben. Michiels ist inzwischen festgenommen worden. Er hatte die Namen der drei Diplomaten genannt.

Der Regierungssprecher sagte weiter, die Angelegenheit sei mit der Ausweisung der drei Diplomaten noch nicht beendet. Es würden noch umfangreiche Ermittlungen geführt. Die Regierung habe von einem Überläufer eines osteuropäischen Geheimdienstes einen Hinweis auf die Spionagetätigkeit Michiels bekommen.

US-Politiker: Exempel Paris

SAD/AP, Washington/Paris

Vor dem Hintergrund des beginnenden Wahlkampfes hat die Republikanische Partei der USA in einem Brief an Anhänger und potentielle Geldgeber vor einem Machtwechsel in den Vereinigten Staaten gewarnt und Frankreich unter dem sozialistischen Staatspräsidenten Mitterrand als warnendes Beispiel hingestellt. In dem am Wochenende in Washington bekanntgewordenen Schreiben an etwa 300 000 Parteianhänger wurde Frankreich unter der jetzigen Regierung als ein „Alptraum" bezeichnet. Derartige Verhältnisse könnten auch in den USA einkehren, falls die Demokraten wieder an die Macht kommen sollten.

Der Brief trägt die Unterschrift des Schatzmeisters eines Parteigremiums zur Wiederwahl republikanischer Senatoren.

Nach etwas über zwei Jahren der sozialistisch-kommunistischen Volksfrontregierung glauben die Franzosen offenbar nicht mehr an den Erfolg der linken Koalition in Paris. Nach einer gestern veröffentlichten Meinungsumfrage erwarten 57 Prozent das Scheitern dieser Politik.

DER KOMMENTAR

„Aufräumungsarbeit"

HEINZ BARTH

Jetzt wird nicht mehr geklotzt. Jetzt wird gefegt. Juri Andropow ist ein sehr penibler Zar, der rein gar nichts von unklaren Verhältnissen und politischer Schlamperei hält. Seine Aufräumungskolonnen sind überall im Sowjet-Imperium unterwegs, um den Schutt zu beseitigen, der sich während der Breschnew-Ära in vielen Ecken angesammelt hat.

Der Besen wird nicht nur eingesetzt, um im eigenen Land gegen Korruption, wirtschaftliches Versagen und administrative Abstumpfung einzuschreiten. Auch der polnische Satellit wird von dem Perfektionisten im Kreml angehalten, sich mit mehr Energie für die Festigung der Regierungsautorität gegenüber der Opposition einzusetzen.

Nach dem Verbot der Gewerkschaft „Solidarität" wurde in Polen jetzt auch der Schriftsteller-Verband aufgelöst – die letzte intellektuelle Standesorganisation, die noch geduldet worden war. Schon vorher waren die Berufsgruppen der Journalisten, Künstler, Schauspieler und Studenten verboten worden. Außer der katholischen Kirche, die es nicht verbieten kann, unterdrückt das Warschauer Regime nunmehr sämtliche nonkonformistischen Kräfte, die bisher noch überlebten. Das ist ein Alarmsignal für den Katholizismus, der schweren Zeiten entgegengeht. Vieles deutet darauf hin, daß es das Ziel der kommunistischen Machthaber ist, ihn von der geistigen Elite Polens zu isolieren, um ihn um so leichter bekämpfen zu können.

Wie zu erwarten war, hat die polnische Regierung dem Vatikan die Zurückhaltung schlecht gelohnt, zu der sich Johannes Paul II. bei seinem letzten Polenbesuch im Juni nach reiflicher Überlegung entschloß. Der katholische Widerstand gegen das Verbot der „Solidarität" wurde fühlbar abgeschwächt. Lech Walesa hörte auf, die große Symbolfigur zu sein, die er bisher war. Das hinderte Leonid Samjatin, den sowjetischen Desinformations-Experten, aber nicht, den Papst als einen der Hauptschuldigen an der polnischen Opposition gegen den Sozialismus zu attackieren.

Zwei Monate nach der Reise des Papstes kommt das einer sorgfältig vorbereiteten Kampfansage gegen die polnische Kirche gleich, zu der sich Moskau und Warschau verabredet haben. Es ist eine Herausforderung der militanten Gläubigkeit dieses katholischen Volkes, die das Satelliten-Regime teuer zu stehen kommen kann.

Emminger: Auf Dollarhausse mit Sparen antworten

AP, Köln

Der Dollar ist auch nach Ansicht des früheren Bundesbankpräsidenten Otmar Emminger gegenüber der Mark gegenwärtig um 15 bis 20 Prozent überbewertet. Eine der Hauptursachen für die allgemeine Dollarstärke, die sich im Verhältnis zur Mark besonders stark auswirke, sei das enorme Budgetdefizit der USA. Es wirke auf dem Kapitalmarkt zinstreibend nach oben, ziehe Geld und Kapital an und habe damit einen Devisenüberschuß in der amerikanischen Gesamtbilanz geschaffen. Im Deutschlandfunk sagte Emminger, er glaube nicht, daß auf die Dauer eine nennenswerte Senkung des amerikanischen Zinsniveaus erwartet werden könne. Bei einem stärker werdenden Wirtschaftsaufschwung in den USA stießen der Kreditbedarf der Wirtschaft und der überhohe Kreditbedarf des Staates aufeinander.

Gemeinsame Devisenintervention eignen sich nach Meinung Emmingers nur dazu, eine spekulative Übertreibung zu verhindern, wie sie etwa bei der jüngsten Dollarhausse zu verzeichnen gewesen sei. Um sich unempfindlicher gegenüber den überhöhten US-Zinsen zu machen, gebe es nur das Mittel, im eigenen Lande noch stabiler zu werden und eine solide Haushaltspolitik zu betreiben. Was den Haushalt der Bundesrepublik anlange, so sei „in dieser Richtung zweifellos etwas in Gang gesetzt" worden. Stärker als die Bundesrepublik sieht Emminger die zum Teil hochverschuldeten Entwicklungsländer durch das hohe Zinsniveau und den Dollar gefährdet.

Seite 7: Deutsche Geldpolitik

Lafontaine: Genfer Gespräch ist lächerlich

W. WESSENDORF/DW. Bremen

Kriegsdienstverweigerung ist nach Ansicht des saarländischen SPD-Landesvorsitzenden Oskar Lafontaine „im Zeitalter der nuklearen Bedrohung geradezu eine moralische Pflicht". Auf einem „Friedensfest" der SPD in Bremen bezeichnete der Saarbrücker Oberbürgermeister am Wochenende den Nachrüstungsbeschluß der NATO als „Option auf unseren Selbstmord".

Die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion in Genf seien „lächerlich". Wenn man bei 50 000 existierenden Atomwaffen darüber verhandele, ob 50 oder 75 da oder dort abgebaut werden sollten, hätten die Verhandlungspartner überhaupt nicht begriffen, „was uns bewegt", sagte Lafontaine.

„Der Nachrüstungsgedanke ist eine Perversion, denn die Waffen, die es bereits heute gibt, können uns schon hundertmal töten. Deshalb ist der Nachrüstungsbeschluß die Option auf unseren Selbstmord", sagte Lafontaine. Der SPD-Politiker verwies darauf: Wenn es bei den modernen Waffen wie der Pershing 2 zum Fehlalarm komme, gebe es keine Zeit mehr, den Fehler auszubügeln. Aber er sagte auch: „Wer die Friedensbewegung unterstützen will, muß sich zur Gewaltfreiheit bekennen. Stellt das in den Mittelpunkt eurer Diskussionen." Denn „Rüstung und Frieden gehen nie zusammen, denn die Rüstung hat immer zum Krieg geführt. Deshalb müssen wir uns weigern, Produkte herzustellen, die zum Krieg führen." Mit dieser Frage hätten sich die Gewerkschaften noch nicht genügend beschäftigt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Mord im Flughafen

Von Christel Pilz

Noch ist nicht gesichert, wer Benigno Aquino ermordet hat. Die Regierung teilte mit, der Attentäter sei auf der Stelle von Sicherheitsbeamten erschossen worden. Aber Zeugen wollen gesehen haben, daß Aquino beim Aussteigen aus dem Flugzeug von Regierungssoldaten umringt und zusammengeschossen worden sei.

Die Regierung Marcos beruft sich auf ein Alibi: Sie hat Aquino vor einer Rückkehr gewarnt, weil sie Pläne für seine Ermordung aufgedeckt habe und seine Sicherheit nicht garantieren könne. Ist es denkbar, daß auf einem philippinischen Flughafen nicht Vorkehrungen getroffen werden können, um einen Bedrohten vor der Ermordung zu schützen? So fragen diejenigen, die in Aquino den Feind der Regierung sehen und ganz selbstverständlich voraussetzen, daß diese ihren gefährlichsten Gegner beseitigte. Nun gut, sehr präzise geht es im Orient nicht zu, auch Flughafenwächter können versagen. Aber: Cui bono? Wer soll ihn denn sonst umgebracht haben? Die Opposition etwa? Aquino war ihr Superstar; warum sollte sie sich der kraftvollsten Stimme im Kampf gegen die Regierung Marcos berauben?

Denn Benigno Aquino – „Ninoy", wie seine Bewunderer ihn nannten –, der 1972 Präsident geworden wäre, wenn Ferdinand Marcos nicht das Kriegsrecht verhängt hätte; Aquino, der in siebeneinhalb Jahren Haft und drei Jahren im amerikanischen Exil zum Märtyrer geworden ist; Aquino, als Machtmensch kaum weniger skrupelhaft als Marcos selbst, ein Mann, der Sprengstoffattentate in Supermärkten sanktionierte und mit der „Neuen Kommunistischen Partei" kollaborierte: Aquino war mit dem Versprechen zurückgekehrt, Marcos in die Knie zu zwingen. Reagans Besuch im November, die Parlamentswahlen im nächsten Mai boten dem begnadeten Demagogen große Möglichkeiten.

Also „Hit men" des Marcos-Regimes als Täter? Oder doch Rivalen in der Opposition, die ihren Superstar als toten Märtyrer, *nicht aber als lebenden Konkurrenten wollten?* Vielleicht wird man einmal die Wahrheit erfahren; für die meisten Filipinos jedoch steht das Urteil bereits fest. Der Schatten des Toten lastet schwer auf Marcos.

Peinlich für Papandreou

Von Evangelos Antonaros

Zwei Genossen haben dem griechischen Regierungschef Andreas Papandreou schallende Ohrfeigen verabreicht. Portugals Premier Mario Soares machte ihm in Athen deutlich, daß er gegen eine einseitige Abrüstung des Westens ist, wie sie gelegentlich von Papandreou befürwortet wird. Bettino Craxi, frischgebackener Ministerpräsident Italiens, hat zusammen mit London und Bonn Papandreous Initiative für eine Verschiebung der Stationierung von US-Raketen in Westeuropa um sechs Monate eine deutliche Abfuhr erteilt.

Ein schlechter Start für den ideenreichen Griechen, der Anfang Oktober alle sozialistischen Ministerpräsidenten Südeuropas zu sich rufen will, um mit ihnen über Außenpolitik und Weltwirtschaftskrise zu beraten. Wenn er sich davon Rückendeckung für seine phantasievollen Pläne erhofft, droht ihm eine Enttäuschung.

Zwei Jahre nach der Machtübernahme scheint Papandreou, der im laufenden Halbjahr die Präsidentschaft der Europäischen Gemeinschaft innehat, nichts gelernt zu haben. Noch immer hält ihn die eigene hohle Rhetorik von politischem Realismus fern. Bald wird er merken, daß ihm insbesondere die Schuhe der EG-Führung ein paar Nummern zu groß sind.

Dazu kommt freilich, daß Papandreou durch seine spektakulären außenpolitischen Initiativen von der innen-, vor allem der wirtschaftspolitischen Misere abzulenken sucht. Ein heißer Herbst mit Streiks und Lohnforderungen steht ihm bevor. Darüber hinaus muß er zusehen, wie er mit der wachsenden Devisenkrise fertig wird. Also will Papandreou trotz der negativen Reaktionen aus Rom, London und Bonn seinen Vor*schlag auf der Außenministertagung am 12. September in* Athen wiederholen – gegen alle Gepflogenheiten. Ihm muß bedeutet werden, daß er zumindest die Spielregeln zu beachten hat.

Die kleinen Helden

Von Enno v. Loewenstern

Nun hat auch Nicaragua seinen kleinen Helden. Der dreizehnjährige Lucas Rodriguez wird auf Fotos mit seiner Kalaschnikow gefeiert: Er hat einen „Konterrevolutionären" erschossen.

Den Zustand eines Systems kann man am besten erkennen, wenn es Kinder in den Kampf – in den Propagandakampf – schickt. Aus dem zivilisierten Teil der Menschheitsgeschichte kommt einem zwar die Ballade vom Knaben Casabianca in den Sinn („The boy stood on the burning deck"). Aber dieser wird nicht als blutiger Krieger gefeiert, sondern als gehorsamer Sohn, der ein brennendes Schiff nicht verlassen wollte, ehe der Kapitän, sein Vater, ihm den Befehl gab – er wußte nicht, daß sein Vater bereits gefallen war.

Die Nationalsozialisten dagegen hatten ihren Hitlerjungen Herbert Norkus, „gefallen" beim Kleben von Hitlerplakaten „von roter Mordbuben Hand"; verklärt in dem Roman „Der Hitlerjunge Quex" von Schenzinger. Und die UdSSR hat ihren Pawlik Morosow. Diesem vierzehnjährigen Heldenjüngling wurde in seinem ukrainischen Heimatort sogar ein Denkmal gesetzt, denn Pawlik war die vollendete Verkörperung des Realen Sozialismus: ein Denunziant.

Pawlik hatte seinen eigenen Vater bei der GPU (so hieß das KGB damals) verpfiffen, weil dieser, obwohl strammer Bolschewik, während des großen Bauernlegens der dreißiger Jahre (als Millionen Kinder in heimatlosen Streunerbanden zugrunde gingen) einigen verfolgten Bauern geholfen hatte. Der Vater war liquidiert worden. Dafür liquidierten dann die erbitterten Dorfbewohner den tapferen Pawlik. Was wiederum zu einer Massenliquidation im Dorf führte, denn der Reale Sozialismus kann auf vieles verzichten, aber nicht auf seine Denunzianten.

„Friedensdemonstranten", die zum „Kampf für Nicaragua" und ähnliches aufrufen, wissen ja auch ihre Kinder in den jeweils ersten Reihen einzusetzen. Und nun Lucas. Warum Lucas? Die Jugend Nicaraguas soll massenweise eingezogen und so nicht nur im revolutionären Krieg verheizt, sondern, was wichtiger ist, den zersetzenden Einflüssen der demokratischen Opposition entzogen werden. Dafür aber braucht man leuchtende Vorbilder. So sieht, im Unterschied zu unserem Ausbeutungsstaat mit seinen BAFöG-Streichungen, die kinderfreundliche Gesellschaft aus.

Gesamtschule ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Mutter hat Konjunktur

Von Peter Gillies

Wer auch in der Krise dem Hang zum Nebensächlichen erliegt, taugt schlecht als Problemlöser. Offenbar aber ist die Lage der Wirtschaft und Finanzen noch nicht ernst genug, denn anders wäre die heftige Debatte um die Besoldung der Mütter nicht zu erklären. Gemessen an den Finanzproblemen des Staates handelt es sich um eine bei weitem nachrangige Frage, die jedoch den Weg ins Grundsätzliche gefunden hat. Darunter macht es eben ein deutscher Politiker nicht.

Das Mutterschaftsurlaubsgeld ist eine eher zufällige Sturzgeburt der Weltpolitik. Auf dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel 1978 war es den anderen sechs Teilnehmern gelungen, die Bundesrepublik als Konjunkturlokomotive aufs Gleis zu setzen. Die Regierung Schmidt sagte daraufhin unter Druck zu, rund 13 Milliarden Mark expansive Ausgaben zu leisten.

Flugs wurde ein Sammelsurium von Ausgaben zusammengepappt, darunter auch die Einführung eines bezahlten Mutterschaftsurlaubs. Die Einführung war konjunkturpolitisch motiviert, aber vom Beifall der Familienpolitiker begleitet, die – um größere und wirksame Lösungen verlegen – mit dieser Subvention ihren guten Willen belegen wollten.

Für vier Monate gibt es also 750 Mark – allerdings nur für berufstätige Mütter. Warum dem Staat das Kind einer berufstätigen Mutter eine Extrabesoldung wert sein sollte, ist bis heute unerfindlich. Die Hausfrau, die aus guten Gründen und unter Verzicht auf eigenen Verdienst (und entsprechende Rentenanwartschaften) sich den Kindern widmet, geht leer aus. Auch die Selbständige, die keineswegs reich sein muß – nehmen wir das Beispiel einer Kioskbesitzerin –, erfreut sich keiner familienpolitischen Subventionen.

Abgesehen von dem unvermeidlichen Mitnahmeeffekt hat die fortdauernde Arbeitsplatzgarantie während des verlängerten Mütterurlaubs den Frauen im gebärfähigen Alter gewiß nicht genützt. Der partiell erweiterte Schutz erhöhte die Hürden, einen Arbeitsplatz zu finden, wie sich auch bei anderen *Schutzgesetzen die gutgemeinte* Protektion gerade gegen jene richtet, denen man eigentlich helfen wollte.

Heute steht zur Debatte, das Mutterschaftsgeld von 750 auf 600 Mark monatlich zu kürzen und die Bezugsdauer von vier auf drei Monate herabzusetzen. Die CDU/CSU hatte, in der richtigen Erkenntnis, daß der Sozialstaat die Grenzen seiner Finanzierbarkeit überschritten hatte, dies vorgeschlagen, wurde aber sofort von Skrupeln gepackt, obgleich die Haushaltssumme von 300 bis 400 Millionen Mark jährlich zwischen einem und zwei Promille des Etats liegt.

Selbst der Bundesfinanzminister, der dies sehr wohl einzuschätzen weiß, sah sich genötigt, die Streichmaßnahme mit dem Hinweis zu versüßen, daß von 1987 an allen Müttern die Subvention zufließe, also auch den nicht berufstätigen. Die gleichen Politiker, die von „inneren Skrupeln" (Ministerpräsident Barschel) gepackt werden, um 150 Mark auf immerhin noch 600 Mark zu kürzen, nehmen andererseits heimliche Steuererhöhungen in zweistelligen Milliardensummen – die auch die Mütter treffen – ohne Skrupel hin.

Aber selbst die geringe Kürzung, versüßt mit einer künftigen Aufstockung, geriet durch die überraschende Attacke von Franz Josef Strauß ins Gerede. Via Bundesrat versuchte er das volle Muttergeld zu retten, wurde jedoch isoliert. *Schon dazu bedurfte es freilich* erheblicher Seelenmassage von Kohl und Stoltenberg.

In der Tat gibt es, wie Graf Lambsdorff bemerkte, eine große Koalition der Familienpolitiker. Sie hat Schwierigkeiten, zu begreifen, daß ein Sozialstaat nur so viel leisten kann, wie er erwirtschaftet.

Wenn die Wirtschaft keine Gewinne macht und die Staatsfinanzen außer Kontrolle sind, findet Sozialpolitik überhaupt nicht statt – mangels Masse. Sie dennoch durch Kreditaufnahme erzwingen zu wollen, gefährdet sie weiter, vertagt die Probleme unter Verschlimmerung. Und die schlechteste Familienpolitik wäre doch wohl, heute das Holz zu verfeuern, an dem sich unsere Enkel wärmen sollen.

Die Unterstellung, eine Frau entscheide sich zwischen 600 und 750 Mark Zuschuß für oder gegen ein Kind, *ist nicht nur menschenverachtend,* sondern auch naiv. Eine Gesellschaft, die ihre Zukunft in ihren Kindern erblickt, ist nicht auf dem Überweisungsweg herzustellen. Das Ja zum Leben ergibt sich aus anderen Fragen. Sie begin*nen mit* der Achtung vor den Ungeborenen wie den Nachgeborenen, dem Platz für Liebe und Strenge, bei Chancengerechtigkeit und Entfaltung, innerer wie äußerer Sicherheit und Geborgenheit, vielen verschütteten, aber belebbaren Tugenden zwischen Kindheit und Alter. Keinesfalls ist dieses Ja käuflich.

Freilich gehört ein wirtschaftliches Umfeld dazu, in dem Kinderreichtum nicht auf ökonomischen Abstieg hinausläuft. Das läßt sich jedoch nicht mit mehr oder weniger zufälligen Nettigkeiten aus der Staatskasse bewirken, sondern mit einem Datenkranz, der am Grundsatz orientiert ist: Die Familie muß durch die Arbeitswelt, das Steuer- und Abgabenrecht, auch ohne Subvention und Belastung imstande sein, Kinder zu haben und sie ohne Nachteil gegenüber Kinderlosen großzuziehen.

Gewiß, davon sind wir noch weit entfernt. Alleinstehende Mütter dürften es nicht begreifen, warum selbst Millionäre Kindergeld bekommen. Die Reprivatisierung von Lebensvorgängen hat Grenzen, ist aber unvermeidlich, um Leistungsfähigkeit und Sozialleistung einer Wirtschaft wieder zu synchronisieren.

Die größte soziale Ungerechtig*keit sind nicht die Streichung von* BAföG oder 150 Mark Mutterschaftsgeld, sondern 2,3 Millionen Arbeitslose. So ist Familienpolitik vor allem eins: das Vorrangige vom Nachrangigen zu trennen. Und ersteres zu bewirken, damit das zweite folgen kann.



Ja zum Leben wegen 150 Mark mehr? FOTO: MANFRED VOLLMER

IM GESPRÄCH Faruk Mokaddem

Das Herz des Widerstandes

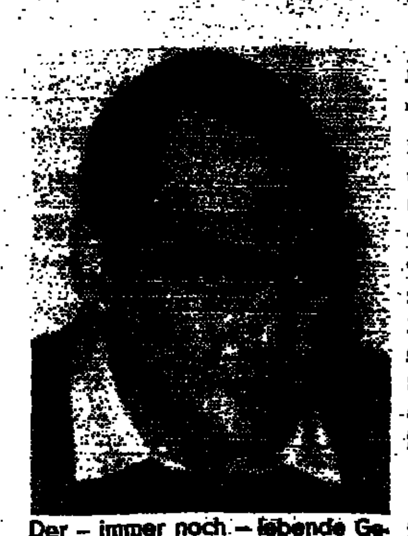
Von Peter M. Ranke

Spät abends sitzen wir in einem Schlafzimmer, auf dem Bett liegt eine Kalaschnikow. Ein Taschenradio meldet letzte Nachrichten aus Beirut. Es gibt Tee, Tomaten, Gurken. Endlich haben wir in den Bienenwaben des alten Viertels Bab Tabbaneh im nordlibanesischen Tripoli Kopf und Herz des moslemischen Widerstandes gegen die syrische Besatzung aufgespürt: Faruk Mokaddem (42).

Jede Nacht wechselt er das Quartier. *Die Syrer suchen ihn wie eine* Stecknadel. „Sie müssen mich töten, wenn sie Tripoli erobern wollen", sagt Mokaddem. Er kann zwei- bis dreitausend Kämpfer aufbieten, wenn die syrischen Soldaten, wie im März 1982, im Januar und Mai dieses Jahres nach Tripoli vorzustoßen versuchen. Solange der Widerstand in der alten Stadt andauert, kann Damaskus nicht behaupten, die Libanesen begrüßten die syrische Präsenz oder wollten sich sogar Syrien anschließen. Die Syrer bleiben Besatzungsmacht.

Mokaddem war vier Jahre im Pariser Exil. Voriges Jahr nahm er den Kampf gegen die Besatzer auf. Er ist groß gewachsen, Sohn einer der einst reichen Handelsfamilien. Mit den Palästinensern und Moslembrüdern will er als *gemäßigter Sunnit nichts* zu tun haben. „Ich gehöre zur freien Welt als libanesischer Moslem und Nationalist", betont er. Die Afghanen in ihrem Widerstand gegen die Sowjets und Lech Walesa sind seine Vorbilder. Und der Prophet Mohammed als Politiker und Feldherr.

In Paris hat Faruk Mokaddem als Jura-Student Malraux, Camus, Koestler, Nietzsche und sogar Clausewitz gelesen. Und religiöse Werke. „Ich glaube, daß das Gebet für die Menschen wichtiger ist als die Reli*gion", sagt er. Und noch etwas, was*



Der – immer noch – lebende Gegenbeweis: Faruk Mokaddem FOTO: AP

seine Erfahrung im Untergrund und mit seiner Miliz wiedergibt: „Jugend ist keine Bezeichnung für ein Lebensalter, sondern für eine Haltung."

Das Haus der Familie ist zerschossen, Mokaddem lebt mit einer Katze bei Freunden. Seine Stellungen in der Altstadt sind verbunkert. Immer wieder klagt er: „Mein schönes Tripoli." Er würde gern mal wieder spazierengehen, im nahen Meer baden oder einfach mit dem Auto losfahren. Der syrische Ring um Tripoli bannt ihn in die Altstadt. Doch er bekommt Hilfe von draußen. *Wie, sagt er nicht.*

Seit ein syrischer Offizier erklärt hat: „Tripoli ist für uns nicht wichtiger als Hama", fürchtet Faruk Mokaddem, daß die Syrer die Stadt wegen des moslemischen Widerstandes genauso grausam zerschießen und zerstören werden wie *das syrische* Hama nach dem Aufstand der Moslembrüder im Frühjahr 1982. Mokaddem betont, deshalb spreche er mit westlichen Journalisten. „Die Syrer hassen uns. Aber sie sollen uns nicht so heimlich killen wie die zehntau*send in Hama.*"

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Zum telefonischen Hilferuf aus der „DDR" heißt es in dem Massenblatt:

Verzweiflung eines jungen Deutschen, der erst geboren wurde, nachdem die Berliner Mauer gebaut worden war. Nur einer von vielen. Der Wille, frei zu sein, ist den Menschen angeboren. Unausrottbar. Und durch Freiheitsberaubung unermeßlich gesteigert. Wer Nachhilfeunterricht über den Wert der Freiheit braucht – der junge Deutsche aus Sachsen erteilt ihn auf dramatische Weise.

Frankfurter Allgemeine

Über die Rolle des Verlegers bemerkt das Blatt im Zusammenhang mit dem Streit bei Hoffmann und Campe:

Es verdient festgehalten zu werden, daß jeder Verleger das Recht hat, ein in Auftrag gegebenes Buch abzulehnen. Sie sind keine Drucker, sondern Verleger, für die dasselbe kostbare, vom Grundgesetz geschützte Recht auf Meinungsfreiheit gilt, das Schriftsteller für sich in Anspruch nehmen. Wo ein Schriftsteller politisch verantwortungslos schreibt, wäre es blanke Verantwortungslosigkeit des Verlegers, sich gegen derartiges, auch im Interesse seiner eigenen Autoren, nicht zu wehren. Wir sollten gegen alle Anzeichen des Nationalsozialismus vorgehen, aber dazu gehört auch die Erkenntnis, daß die Bagatellisierung des Dritten Reiches und die falsche Gleichmacherei letztlich auf die Rechtfertigung der hartgesottenen Nazis und auf die Beschönigung der nationalsozialistischen Vergangenheit hinauslaufen.

SÜDKURIER

Zur Einschränkung der Kuren und Blüms Äußerung darüber heißt es in der Konstanzer Zeitung:

Ob nötige Kuren hinausgeschoben und unnötige immer wieder beantragt werden, ist letztlich eine Frage des menschlichen Anstands. Auch in Zeiten der Hochkonjunktur gab es genügend Arbeitnehmer, die es schlicht für „unanständig" hielten, trotz medizinisch gegebener Indikation vier Wochen Kur zu machen. Und heute noch gibt es, trotz mehr als zwei Millionen Arbeitslosen, Mitbürger, die stolz darauf sind, in regel*mäßigen Abständen „Kurlaub" zu* machen.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Zur Weltraumrüstung heißt es im Heidelberger Blatt:

Wer davon schwärmt, der Welt*raum könnte nach Andropows* Vorschlag zum Verzicht auf die sogenannten Killersatelliten aus den Rüstungsanstrengungen ausgeklammert werden, hängt gefährlichen Illusionen nach. Es gibt diese Waffengattung bereits, und sie existiert in einsatzbereitem Zustand auf sowjetischer Seite. Verzicht auf die Stationierung heißt also, daß die USA aufgefordert sind, die Nachrüstung zu unterlassen. Eine Garantie der sowjetischen Seite, diese Sorte von Weltraumwaffen zu verschrotten, wenn die USA sich auf den Produktionsverzicht festlegen, gibt es bisher nicht.

Süddeutsche Zeitung

Zum „heißen Herbst" und den Absprachen gewisser Demonstranten mit der Polizei bemerkt das Münchner Blatt:

Das ruft mitunter schrillen Widerspruch selbst von solchen Grünen hervor, die Mandatsträger in Parlamenten sind und die bei jeder Gelegenheit äußerst sensibel auf ihre parlamentarischen Rechte pochen. Mit Gift und Galle auf der Zunge lehnen sie jeden *Informationsaustausch oder* gar Kooperation mit den Sicherheitskräften ab. Einerseits Abgeordnete in Parlamenten, andererseits Vorredner der totalen Konfrontation: Den Widerspruch löse, wer will. Doch die Republik wird auch diesen Wahnsinn überleben.

Zuviel Schwarzarbeit? Man prüfe die Lohnnebenkosten

Hier könnte eine vernünftige Einschränkung viel nützen / Von Heinz Pentzlin

Was kann getan werden, damit die Schwarzarbeit eingedämmt, oder besser noch: ihr Umfang wieder verringert wird? Mit jeder Erhöhung der Steuern und Sozialabgaben aber, die zum Stopfen dieser Löcher gebraucht werden, wird der Anreiz zur Schwarzarbeit vergrößert. Je länger diese Spirale weitergetrieben wird, desto gefährlicher wird sie. Deshalb sind Gegenmaßnahmen dringend notwendig. So bald wie möglich muß denen, die Schwarzarbeit leisten, ein Anreiz gegeben werden, lieber „weiß" zu arbeiten.

In einem gewissen Umfang könnte es helfen, Arbeitslosen eine Möglichkeit zu verschaffen, eine selbständige Tätigkeit als Kleingewerbetreibender aufzunehmen. Hierfür bieten sich viele handwerkliche Berufszweige – wie Maler, Schlosser, Glaser, Kraftfahrzeug-Reparaturbetriebe und anderes mehr – an. Einer besonderen Zulassung bedarf es dafür nicht. Zinsgünstige Darlehen für die Anschaffung von Werkzeug gibt es bereits. Durch einen Ausbau der Förderung, durch stärkere Propagierung und eingehende Beratung ließe sich wohl bei einer gewissen Anzahl von Arbeitslosen die Überleitung in eine Kleingewerbetätigkeit erreichen. Das wäre nicht nur zur Verringerung der Schwarzarbeit, sondern zugleich auch gesellschaftspolitisch wünschenswert.

Eine durchgreifende Verminderung der Schwarzarbeit ist aber *nur* zu erreichen, wenn *einmal* die Steuern nicht weiter erhöht, sondern gesenkt werden, und wenn zum anderen die Lohnnebenkosten abgebaut werden. Zwischen der Steigerung der Lohnnebenkosten und der Zunahme der Schwarzarbeit in den letzten Jahren besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Wer Schwarzarbeiter beschäftigt – man denke hier nur an die Mißstände in der Bauwirtschaft – und bei ihrer Bezahlung die Lohnnebenkosten nicht zu zahlen hat, spart damit erkleckliche Summen. Der Arbeiter, der schwarz tätig ist, bezieht ein gleiches Einkommen oder oft noch ein höheres, weil er gleichzeitig Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Rente bezieht – Einkommen, die über die Lohnnebenkosten finanziert werden, die aber eines Tages nicht mehr finanziert werden können, wenn diese Einkommen sich weiter in die Höhe schrauben, während die Mittel zu ihrer Deckung infolge der Abnahme der „Weiß"-Tätigen gegenüber den Schwarzarbeitern fehlen werden.

Ein Abbau der Lohnnebenkosten bedeutet einen starken Eingriff in das bestehende Sozialsystem. Er ist nur zu erreichen, wenn man sich dazu entschließt, die staatlichen und halbstaatlichen sozialen Leistungen auf ein Maß zu beschränken, mit dem die Empfänger der Leistungen vor unmittelbarer Not geschützt sind. Darüber hinausgehende Versorgung im Alter und auch bei Arbeitslosigkeit sowie in gewissem Ausmaß auch bei Krankheit müßte der privaten Vorsorge des einzelnen überlassen bleiben.

Auf diese Weise könnten die Lohnnebenkosten und zugleich auch die Steuern – die ja zum erheblichen Teil gleichfalls die Sozialaufwendungen decken – stark vermindert werden. Entsprechend würde sich der Anreiz zur Beschäftigung von Schwarzarbeitern verringern, während sich die Kassenlage des Staates und der Sozialträger verbessern würde.

Vorschläge zu *einer solchen Än*derung des Sozialsystems sind nicht neu. Sie sind aber stets auf Ablehnung gestoßen. Der Haupteinwand gegen sie lautet: Ein großer, vielleicht der größte Teil der Arbeitnehmer würde nur unzureichend freiwillige Vorsorge treffen, so daß allzuviele im Notfall und im Alter nur vor der äußersten Not geschützt sein würden.

Doch wenn die Entwicklung mit der Zunahme der Schwarzarbeit infolge der hohen Steuerbelastung und hohen, ständig weiter steigenden Lohnnebenkosten so weitergeht wie in den letzten Jahren, dann kommt sie früher oder später – wahrscheinlich früher schon, als es heute die meisten Sozialpolitiker wahrhaben wollen – in eine Phase, in der die *Mittel für die* Sozialleistungen für alle nicht weiter reichen, als eben gerade noch Schutz vor äußerster Not zu verschaffen.

Ein tiefgreifender Umbau des Sozialsystems würde seine Zeit brauchen. Doch es ist besser, jetzt anzufangen als später. Ein großes Hindernis für die Umstellung von gesetzlicher auf freiwillige Vorsorge ist die ständig drohende Inflationsgefahr, nachdem zweimal der größte Teil aller privaten Vorsorge durch Inflation vernichtet worden ist. Doch neue inflationäre Entwicklungen können aufgehalten werden – aber nur dann –, wenn die Überlastung des Staatshaushaltes durch ein immer höheres Ansteigen der Staatszuschüsse für die Sozialleistungen vermieden wird.





Am 14. Breitengrad bekommt Afrika einen neuen Riß

Die Republik Tschad, 1960 von Frankreich in die Unabhängigkeit entlassen, ist seither nicht zur Ruhe gekommen. Es ist ein Staat auf der Suche nach seiner nationalen Identität. Ein Staat, der als Drehscheibe für den gesamten Kontinent strategische Bedeutung hat. Ihm droht nun die Teilung.

Von HEINZ BARTH

Vielleicht schon bald wird sich diese gespaltene und vielfach unterteilte Welt die Nummer eines jener Breitengrade merken müssen, die daran erinnern, wie sehr sie einem Hackbrett gleicht. Einer, der die Nummer achtunddreißig trägt und seit Jahrzehnten wie eine Tretmine in den Globus eingegraben ist, liegt in Korea – eben dort, wo eine der unbehaglichsten Grenzen zwischen West und Ost verläuft.

Als Breitengrad, der das islamische vom schwarzen Afrika trennen würde, ist die Nummer vierzehn reserviert. Er ist nahezu identisch mit der Linie Salal-Abéché, die gegenwärtig von den Fallschirmjägern der französischen Fremdenlegion gehalten wird, um den libyschen Vormarsch auf N'Djamena, die Hauptstadt der Tschad-Republik – *früher Fort Lamy* – zu blockieren.

Blockieren – nicht mehr als dies liegt in der Absicht Frankreichs, das sich nur zögernd zu der begrenzten militärischen Intervention in dem zentralafrikanischen Land entschloß, das zu den ärmsten Ländern der Welt gehört. Die französischen „Paras" haben Anweisung, sich nur zu verteidigen, wenn sie angegriffen werden, nicht aber in etwaige Kämpfe der tschadischen Regierungstruppen mit den von Libyen dirigierten „Rebellen" zu intervenieren. Praktisch kommt das darauf hinaus, daß Tschad entlang dem jetzigen Frontverlauf in zwei annähernd gleiche Hälften geteilt bleiben könnte, die ungefähr dem islamischen Norden *und dem vorwiegend christlichen Süden* entsprechen.

Das heißt: Die Situation ist reif für Verhandlungen, obwohl noch niemand genau sagen kann, welche Parteien an ihnen beteiligt sein sollen. Tschad-Präsident Hissen Habré läßt durchblicken, daß er bilateralen Gesprächen mit Oberst Khadhafi nicht abgeneigt wäre. Dieser wiederum würde eine direkte Begegnung Habrés mit seinem Gegenspieler Gukuni Weddeye vorziehen. Und Paris, das nicht in neokolonialistischen Verruf geraten möchte, sähe es am liebsten, wenn sich die beiden Parteien des Tschad an den runden Tisch setzen würden, um gemeinsam mit dem Libyer eine „friedliche" Lösung des Konfliktes auszuhandeln.

Ob noch eine Chance besteht, die „République du Tchad" vor der drohenden Teilung zu retten, ist zu bezweifeln. Es gibt viele Gründe dafür, warum sie nie zur Ruhe kam, seit sie von Frankreich 1960 in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Denn hier schlägt das strategische Herz Afrikas – ein Herz mit schweren Rhythmusstörungen, die ein Geburtsfehler aus der Kolonialzeit sind. Es ist ein Staatsgebilde auf der Suche nach seiner unauffindbaren nationalen Identität.

Stammeskonflikte gibt es in fast allen Entwicklungsländern des schwarzen Erdteils. Hier aber paßt nichts zueinander – nicht der Norden zum Süden, nicht die Animisten zu den Christen und diese nicht zu den Mohammedanern, nicht die arabischen zu den dunkelhäutigen Mischrassen und auch nicht die Nomaden zu den Halbnomaden, die wiederum nicht zu der bäuerlichen Bevölkerung passen.

Der Willkürakt dieser Staatswerdung begann, genau genommen, 1898 in Faschoda, einem Dorf am Weißen Nil, wo der französische Major Marchand die Trikolore hißte, aber von dem späteren Lord Kitchener, der für England den Oberlauf des Nil beanspruchte, zum Rückzug gezwungen wurde. *Als Ausgleich dafür erkannte* London das Tschad-Becken, das in den damaligen Regierungsdokumenten noch „West-Sudan" hieß, als französische Interessensphäre an. Das war der Anfang der „Entente cordiale", die England und Frankreich zu Bundesgenossen im ersten Weltkrieg machte. Seit *1910* wurde Tschad *als* ein Teil Französisch-Äquatorial-Afrikas verwaltet. Schon im Juni 1940 unterstellte es sich de Gaulle als erstes überseeisches Gebiet Frankreichs.

Das erste Jahrzehnt nach der Unabhängigkeitserklärung von 1960 stand ganz im Zeichen der pittoresken Persönlichkeit François Tombalbayes, eines Protestanten und ehemaligen Volksschullehrers, der sich den Namen N-Garta (Großer Häuptling) zulegte. Die Regierungszeit des narbenübersäten Präsidenten, der sich in seiner Jugend bei einem Männlichkeitstest das Gesicht zerschneiden ließ, entwickelte sich bald zu einem Schreckensregiment. Es war seine Idee von Ertüchtigung, seine Minister zu Stammesriten zu zwingen, bei denen sie sich nackt in einen Termitenhaufen *legen mußten. Politische* Gegner wurden buchstäblich in die Wüste geschickt, wo sie in Verliesen ohne Wasser elend umkamen. Als er sich mit den Militärs überwarf, war sein Schicksal besiegelt. Er hatte neun Umsturzversuche überlebt. Wenige Tage nachdem er sich gerühmt hatte, er werde bald das Jubiläum des zehnten gegen ihn gerichteten Putsches feiern, wurde er im April 1975 von den Aufständischen in seinem Palast umgebracht.

Das zentrale Thema seiner 13jährigen Herrschaft war ein schwarzer Nationalismus, der sein zusammengeflicktes *Land einigen sollte. Doch zur* Verwirklichung seines irrationalen Programmes der „Tchaditude" fehlten so gut wie alle Voraussetzungen. Zwei Kompanien der französischen Fremdenlegion mußten ihn jahrelang gegen die moslemische Opposition im Norden, die Widerstandsgruppen der *FROLINAT (Front de Libération* Nationale), abschirmen. Die treibende Kraft hinter dieser Bewegung war schon seit 1970 der libysche Oberst mit dem Schwalbennest unter der Offiziersmütze. Von ihm kamen das Geld und die Waffen für die „Befreiungsfront". Und von ihm kamen in der *letzten Phase der Invasion jetzt* auch die Flugzeuge und Truppen.

Ohne daß sich in Paris nennenswerter Widerspruch dagegen erhob, hatte Khadhafi schon zu Beginn der siebziger Jahre den fast menschenleeren Aosu-Streifen unter seine militärische Kontrolle gebracht – ein Gebiet von *110 000 Quadratkilometern;* in dem wichtige Bodenschätze wie Uran und Wolfram vermutet werden. Die Bedeutung dieser Reserven ist noch immer umstritten. Man darf wohl davon ausgehen, daß Khadhafi sich weniger für die strategischen Mineralien als für die strategische Bedeutung des Streifens interessierte. 1971 kam es nach einem libyschen Vorstoß ins Tibesti-Gebirge zum vorübergehenden Abbruch der Beziehungen mit N'Djamena. Aber schon im Jahr darauf wendete sich das Blatt.

Tombalbaye wurde nach Tripolis *eingeladen, wo er, wie die Franzosen* behaupten, gegen Zahlung von 480 Millionen Franc die Ansprüche seines Landes auf die Aosu-Zone an Libyen abgetreten haben soll. Tatsache ist: Bald darauf, im Juni 1973, folgte die Besetzung des Gebietes durch libysche Truppen, die von dort aus die Tschad-Rebellen mit Nachschub versorgten.

Der Fall hat wiederholt die OAU (Organisation für afrikanische Einheit) beschäftigt. Nach den Bestimmungen der Organisation sind die Grenzen der afrikanischen Staaten unverletzlich, die aus der Kolonialzeit übernommen wurden. Das trifft auch auf den Aosu-Streifen zu, den Khadhafi 1980 zum ersten Mal offiziell als integralen Bestandteil Libyens reklamierte.

Schon das anglo-französische Abkommen von 1899 hatte das Gebiet dem *Tschad zugeschlagen.* Eine weitere Abmachung, 1955 zwischen Frankreich und Libyen unterzeichnet, bestätigte diesen Zustand. Und noch 1977 bekräftigte Giscard d'Estaing: „Die einzigen von Frankreich anerkannten Grenzen des Tschad sind die Grenzen, die 1960 im *Moment seiner Unabhängigkeit* bestanden."

Ein klarer Fall also. Wie vorauszusehen war, benützte Khadhafi den Aosu-Streifen als Basis für die von ihm dirigierte Invasion Tschads, die zu der De-facto-Teilung des Landes geführt hat. Die Mehrheit der OAU, *von tiefem Mißtrauen gegen den islamischen* Neo-Imperialimus des Libyers erfüllt, wird sich mit dieser Aggression nicht abfinden. Aber findet sich Paris mit ihr ab, das schon von Verhandlungen über die Tatsachen spricht, die Khadhafi geschaffen hat? Weicht Mitterrand dem Druck der *Linken? Ist er bereit, den Rest des* Ansehens zu opfern, der Frankreich noch im frankophonen Afrika verblieben ist?

Die Folgen wären unabsehbar, nicht nur für die Franzosen, auch für die westliche Welt. Denn in der Hand des islamischen Revolutionärs würde *die Tschad-Republik wie eine Drehtür* funktionieren, die Terror und Umsturz in alle Richtungen speit – nach Osten in den Sudan und nach Ägypten, nach Süden ins äquatoriale Afrika und nach Westen, wo die Polisario-Rebellen schon die Stellungen des Libyers an den Küsten des *Atlantiks vorbereiten.*



Die Zukunft in der Hand des Gegners: Rebellen Weddeyes als Gefangene in N'Djamena
FOTO: PIERRE PERRIN/STUDIO X

Hissen Habré, Staatspräsident im umkämpften Tschad
FOTO: MICHEL ARTAULT/STUDIO X

LIBYEN
Aosu
TIBESTI
NIGER
Suar
BORKU
TSCHAD
Faya
Fada
ENNEDI
Salal
Arada
14°
Mussoro
Abéché
SUDAN
NIGERIA
Mongo
N'Djamena
Sarh
200 km
KAMERUN
ZENTRALAFRIKA
DIE WELT

Schatzsucher auf den Spuren des William Phips

Die Suche nach versunkenen Schätzen ist ein aufwendiges Geschäft und eines mit langer Tradition. Ein Geschäft allerdings, das Meeres-Archäologen mit Argwohn beobachten – wie sich jetzt vor Vlissingen zeigte.

Von BODO RADKE

Sichtlich konsterniert zog der britische Geschäftsmann John Rose die Augenbrauen in die Höhe. Am Kai der niederländischen Hafenstadt Vlissingen hatte ihn gerade ein Reporter gefragt, ob er sich nach dem Bergungserfolg der von ihm finanzierten Schatzsuche im Wrack des 15 Kilometer vor der Küste auf dem Nordseeboden liegenden Handelsschiffes „Het Vliegend Hert" (Der fliegende Hirsch) nun als reicher Mann fühle.

„Reicher Mann? Ach was, reich bin ich schon lange dank des Erfolges meiner Hähnchen-Braterei. Aber in diese verdammte Suche nach Schätzen im Bauch des ‚Fliegenden Hirschen' habe ich inzwischen schon eine Viertelmillion Gulden investiert. Und es war höchste Zeit, daß endlich etwas wirklich Wertvolles ans Tageslicht gekommen ist." Worauf sich John Rose in seinen Rolls-Royce setzte und entschwand.

Inzwischen unterzog der Direktor des Königlich-Niederländischen Münzkabinetts in Den Haag, J. W. Jacobi, den Inhalt der aus dem Schiffswrack geborgenen Kiste einer ersten Prüfung. Sein fachmännischer Befund: Die säuberlich in Säckchen verpackten 2000 altholländischen *Golddukaten* waren alle prägefrisch, tragen alle die Jahreszahl 1729 und stammen aus der damaligen Münzanstalt in Dordrecht. Die lange Zeit auf dem Nordseeboden hat ihnen kaum geschadet. Den ebenfalls der Holzkiste entnommenen 5000 mexikanischen Silber-Reales dagegen merkte man *deutlich* an, *daß* sie über *248* Jahre dem Einfluß salzigen Meerwassers ausgesetzt waren.

Als Kapitän Cornelis van der Horst am 3. Februar 1735 im Hafenbecken von Fort Rammekens auf der Insel Walcheren für seinen 45 Meter langen Drei-Mast-Schoner den Befehl zum *Ankerlichten gab, hatten er und die* übrigen 255 Besatzungsmitglieder oder Passagiere an Bord des „Fliegenden Hirschen" sich auf eine Routinereise nach Batavia, dem heutigen Jakarta, eingestellt. Doch schon zweieinhalb Stunden später gerieten sie in einen schweren Sturm. Niemand überlebte den Schiffsuntergang. Seither liegt das Wrack in 20 Meter Tiefe auf dem Meeresboden und beschäftigt Schatzsucher ebenso wie die in neuerer Zeit entstandene Zunft der Meeresarchäologen.

Daß zwischen beiden Gruppen alles andere als Eintracht herrscht, ist *am Beispiel der seit über zwei Jahren* laufenden Bergungsversuche der von John Rose finanzierten und von dem Engländer Rex Cowan geführten britisch-niederländischen Tauchergemeinschaft am Wrack von „Het Vliegend Hert" deutlich geworden. Kaum hatten die Schatzsucher – nach einer *langen Zeit nur sehr bescheidener* Funde –, die Holzkiste mit den 7000 alten Münzen aus Edelmetall an die Wasseroberfläche gehievt, meldete sich der Koordinator für Meeresarchäologie im niederländischen Ministerium für kulturelle Angelegenheiten, T. H. Maarlefeld, mit sehr kritischen *Bemerkungen zu Wort:*

„Was die Rose, Cowan und Co. da treiben, ist ein reines Zusammenraffen von Wertgegenständen ohne Rücksicht auf die Interessen von uns Wissenschaftlern an der Erforschung von Dingen im Zusammenhang mit solchen auf dem Meeresgrund liegenden *alten Schiffen und deren Inhalt*", wetterte er. „Was solche Schatzsucher mit ihrem knallharten Gewinnstreben machen, ist eine Form legalisierten Piratentums. Schließlich sind allein vor den Küsten und in den Flußmündungen der Niederlande die Liegeplätze von rund 200 interessanten Wracks bekannt, von denen etwa zwanzig die gleiche Größe haben wie ‚Het Vliegend Hert'. Und wenn nicht bald etwas auf dem Gebiet angepaßter Gesetzgebung passiert, werden immer mehr Taucher mit immer brutaleren technischen Mitteln diese für die Meeresarchäologie so wichtigen Wracks leerplündern. In der Scheldemündung haben schon welche mit Dynamit gearbeitet. Das ist doch Wahnsinn."

Was der Wissenschaftler Maarlefeld legalisiertes Piratentum nennt, ist allerdings fast so alt wie die Geschichte der internationalen Schiffahrt. Als die Vereinigte Ostindische Compagnie der Holländer den Zenit ihres Erfolgs erlebte – und dabei naturgemäß Schiffswracks in jeder Menge produzierte –, hatte der wohl berühmteste Schatzsucher aller Zeiten seine Karriere und sein Leben längst in einer feuchtkalten Londoner Kerkerzelle beendet.

Der Mann hieß William Phips und wurde 1651 als 21. Kind einer armen Hufschmied-Familie im damaligen Neu-England geboren. Über die ehrenwerten Berufe eines Hirtenjungen und später eines Zimmermanns gelang es ihm, einen Ausbildungsplatz auf der Schiffswerft von Boston zu bekommen, wo er sich mit den Finessen der christlichen Seefahrt vertraut machen konnte. Mit 23 Jahren machte sich Phips als Kapitän eines eigenen kleinen Segelkutters auf den Weg in die Karibik, um dort nach Wracks der berühmten spanischen „*Silberflotte*" zu suchen.

Diese „Silberflotten" waren Schiffskonvois der spanischen Kolonialherren, die Gold und Silber, Edelsteine und Perlen aus den überseeischen Besitzungen in die Heimat zu transportieren hatten. Bedroht wurden sie nicht nur von Piraten aller denkbaren Couleur, sondern mehr noch von Hurrikans, deren Naturgewalt nur zu oft die dickbäuchigen Galeonen in die Tiefe rissen oder an Riffen zerschellen ließen.

Welche Werte dabei verlorengingen, läßt sich an Hand der Ladungsliste der Galeone „Nuestra Señora de Atocha" ermessen, die zu dieser Silberflotte gehörte. Nach einer im Archiv der Handelsgesellschaft Casa de Contratacion in Sevilla erhalten gebliebenen Kopie befanden sich an Bord allein dieses Schiffes 800 Goldbarren und 901 Silberbarren von je 63 Pfund Gewicht sowie 255 000 roh *ausgeprägte Münzen aus Edelmetall.*

Im Vergleich mit Williams Phips, dem Großmeister der Schatzsucherei auf dem Meeresgrund, backen seine heutigen Nachfolger relativ kleine Brötchen. Aber immerhin werden vom Erlös der aus dem Wrack des „Fliegenden Hirschen" geborgenen *Golddukaten und Silber-Reales dem* Bergungsteam der Herren John Rose und Rex Cowan 90 Prozent zufließen und dem Staat der Niederlande nur 10 Prozent. So sieht es der Anfang dieses Jahres revidierte Vertrag vor. Bis dahin war ein international übliches Verhältnis von 75 zu 25 Prozent vereinbart gewesen, *das man* jedoch wegen des bis dahin ziemlich dürftigen Ergebnisses der Schatzsuche geändert hatte. (SAD)



Nach 250 Jahren geborgen: Golddukaten aus dem „Fliegenden Hirsch"
FOTO: DPA

Ladendiebstahl oder Wenn „Bagatellen" zu Buche schlagen

In den Bilanzen tauchen sie als „Inventurdifferenzen" auf: Verluste durch Ladendiebstahl oder Unterschlagungen. Sieht man auf die Zahlen, so erweisen sie sich keineswegs als Bagatell-Posten. Dem deutschen Einzelhandel, so schätzt man, gehen auf diese Weise jährlich rund fünf Milliarden Mark verloren.

Von KAREN SÖHLER

Auf dem Schreibtisch liegt das Beweismaterial: ein abgewetzter grüner Blouson, eine nagelneue Trainingsjacke und drei englische Reisepässe. Es fehlen zwei dieser Jacken und die mutmaßlichen Ladendiebe, drei Jungen zwischen 15 und 20. Sie hatten die Flucht ergriffen, nachdem eine Verkäuferin auf sie aufmerksam geworden war. Der Blouson mit den Ausweisen war dabei auf der Strecke geblieben.

Joachim Wisnewski, Detektiv des Kaufhauses Horten in Düsseldorf, weiß: Ohne Reisepässe werden sie nicht lange auf sich warten lassen. Er behält recht. Schon nach wenigen Minuten tauchen zwei der Jungs in seinem Büro auf. Mit weit aufgerissenen Augen beteuern sie ihre Unschuld. Verschwunden bleiben der Dritte im Bunde und das Diebesgut, Wert 98 Mark. Arbeits-Alltag für einen Kaufhaus-Detektiv. Die Polizei wird sich der Sache weiter annehmen. Als „Bagatelldelikt" taucht sie in den Akten der Gesetzeshüter wieder auf.

Ob eine Verwarnung, eine Bußgeldstrafe oder eine gerichtliche Vorladung folgt, entscheidet sich meist erst mehrere Monate später – zum großen Bedauern des Einzelhandels. Denn nach Auffassung der betroffenen Unternehmen würde eine straffere gesetzliche Handhabung helfen, das florierende Geschäft der Langfinger einzudämmen. Immerhin wird die Beute aus Ladendiebstählen und Unterschlagungen des Personals, zum Beispiel an der Rampe, auf rund fünf Milliarden Mark jährlich geschätzt. Zum Vergleich: Die Gewinne des Einzelhandels liegen etwa bei sechs Milliarden Mark.

Die in der Bilanz unter der Rubrik „Inventurdifferenzen" ausgewiesene Summe stammt aus mehreren Millionen Diebstählen, von denen der überwiegende Teil unaufgeklärt bleibt. 1982 wurden 341 503 Ladendiebstähle polizeilich gemeldet. Die Aufklärungsquote lag bei fünf bis zehn Prozent. Angaben über den Täter-Typ basieren entsprechend auf diesem kleinen Prozentsatz. Wenn das Bundeskriminalamt ermittelt, daß die Männer mit einem Anteil von 54,8 Prozent im vergangenen Jahr das Bild der Tatverdächtigen beherrschten und insgesamt 62,7 Prozent der Täter älter als 21 Jahre, 6,8 Prozent zwischen 18 und 21 Jahren, 18,7 Prozent zwischen 14 und 18 Jahren und 11,6 Prozent jünger als 14 Jahre waren, *dann* sind dies Hochrechnungen.

Dennoch scheint eins sicher: Ladendiebe kommen aus allen Schichten und aus allen Berufszweigen. Selbst Nonnen, so erwies sich in München, erlagen schon der Versuchung.

Ebenso, wie das Bild des Ladendiebs keine scharfen Konturen hat, ergeben sich aus der Art des Diebesguts kaum aussagefähige Schlüsse. Die Palette reicht von Dosenbier und Kugelschreibern über Pullover und Schuhe bis zu Regiestühlen und sogar Fernseh-Geräten. Auffällig ist allerdings, *daß* Ware im Wert bis zu 25 Mark 1982 mit 58 Prozent den ersten Platz in der Liste der gestohlenen Güter einnahm, gefolgt von Ware im Wert bis zu 100 Mark mit 27,8 Prozent.

Trotz der recht vagen Erkenntnisse meinen das Bundeskriminalamt und der Einzelhandel, daß finanzielle Nöte im allgemeinen nicht die Ursache für derartige Vergehen sind. „Daß die Anzahl der Ladendiebstähle sich in den letzten 20 Jahren nahezu verzehnfacht hat, ist auf das allgemein schwindende Rechtsbewußtsein zurückzuführen", meint Alfred Breu, für die Revision verantwortlicher Direktor der Horten AG. „Kavaliersdelikt" oder „Er hat es genommen, weil er es brauchte" seien durchaus verbreitete Rechtfertigungen.

Breu zieht daraus die Konsequenz, daß Kunden erst gar nicht der Verlegenheit ausgesetzt sein sollen, zwischen ehrlichem Kauf und Diebstahl *wählen zu können.* Vorbeugende Maßnahmen seien wichtig, damit Detektive und Polizei höchstens noch warnend im Hintergrund stehen.

Es beginnt mit der Personalschulung. Kunden ansprechen, vorher festgelegte Standorte einnehmen, so lauten die „Spielregeln", nach denen sich Verkäufer und Verkäuferinnen richten sollen. Denn allein ein „Ich-habe-dich-bemerkt-Blick" würde vor allem bei Kindern meist genügen, um dem „bösen Ich" ein Schnippchen zu schlagen. Warnende Plakate, die Absicherungen, Beobachtungen und ähnliches ankündigen, sind ein zusätzlicher Versuch, Versuchung erst gar nicht aufkommen zu lassen, ebenso die durchdachte Placierung der Ware. Produkte wie Uhren und Schmuck werden daher in Vitrinen ausgestellt, andere liegen außerhalb der Griffnähe. Bei wertvolleren Kleidungsstücken hilft die Kettensicherung. Einen so gesicherten Pelz zu entfernen, erregt in der Regel die Aufmerksamkeit des Verkaufspersonals. Es würde schon größere Anstrengungen erfordern, derart gesicherte Güter „mitgehen zu lassen" – ein Aufwand, vor dem Ladendiebe meist zurückschrecken. Denn, so glaubt man, bei 90 Prozent der Langfinger handelt es sich um Gelegenheitsdiebe. Schlichter Rückschluß: Ohne Gelegenheit keine Langfinger – oder wenigstens wesentlich weniger.

Außer diesen nebensächlich anmutenden Maßnahmen gehören handfeste Einrichtungen zum Sicherheits-*Arsenal eines Kaufhauses.* Spiegel, die den Blick um die Ecke ermöglichen oder die von der einen Seite reflektieren, während man durch die andere Seite den Laden beobachten kann, sind nicht nur beliebte Requisiten in Krimis, sondern finden sich in vielen Warenhäusern. Einen ähnlichen Zweck verfolgen die meist von der Decke herunterhängenden Kameras. Direktor Breu bezweifelt allerdings die Effektivität dieser Einrichtung. Allein die Lichtverhältnisse würden einen erfolgreichen Einsatz der Kameras oft verhindern.

Ungeachtet dieser sicher auch in den kommenden Jahren weiterhin angewandten Maßnahmen liegt die Zukunft in der elektronischen Sicherung. So gibt es Plaketten, teilweise sogar schon Etikette, mit magnetischen oder elektronischen Feldern. Durchschreitet ein Kunde die zum System gehörende Lichtschranke und führt dabei eine elektronisch oder magnetisch abgesicherte Ware bei sich, so erklingt ein deutlich vernehmbarer Summton – das Alarmzeichen für das Personal. Um weiteren Scherereien zu entgehen, bleibt dem Kunden nur der Gang zur Kasse.

Voraussetzung für diese so perfekt anmutende Methode sind allerdings neben erheblichen Investitionen abgeschlossene Abteilungen, die nur durch eine Lichtschranke zu verlassen sind. Es sei denn, sämtliche Ein- und Ausgänge des Kaufhauses wären mit dieser Lichtschranke versehen und von mindestens zwei Posten bewacht.

Zunächst, so Breu, sind oder werden moderne Textilabteilungen, Unterhaltungs-Elektronik, Sportartikel, generell die großflächigen Abteilungen mit der modernen Technik zur Sicherung gegen Diebstahl ausgestattet. Bei besonders kleinen Gegenständen, etwa einem zierlichen Diamantring, ist die Verwendung dieser Technik ohnehin ausgeschlossen – zumindest zur Zeit noch. In jedem Fall aber lassen die Möglichkeiten, die moderne technische Mittel bieten, die Kaufleute auf eine Besserung im leidigen Bereich Ladendiebstahl hoffen.

Die Position „Inventurdifferenzen" wird dennoch nicht aus den Bilanzen verschwinden. So verweist Breu darauf, daß etwa 30 bis 40 Prozent der Verluste auf das Konto von Personaldiebstählen gehen; rund zehn Prozent gehen nach seinen Angaben durch falsche Preisauszeichnungen oder Ungenauigkeiten an der Kasse verloren.

Die Kaufhäuser sind nun aber nicht gewillt, dies als Schicksal hinzunehmen. Sie sehen ihren Part im *Kampf gegen Ladendiebstahl* darin, die Verlockungen abzubauen und es den Langfingern so schwer wie möglich zu machen. Sie hoffen andererseits, daß sich an der weitverbreiteten Einstellung etwas ändern möge, die da besagt: Es trifft ja keinen Armen.

Hupka: Schlesier über Papstrede enttäuscht

AP, München

Scharfe Kritik an der Rede, die Papst Johannes Paul II. während seiner Polen-Reise in Breslau hielt, hat der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien und CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka in einem Rundschreiben an die Gliederungen seiner Organisation geübt. Hupka distanzierte sich für seine Landsmannschaft enttäuscht von Äußerungen des Papstes, in denen Johannes Paul II. die im Jahre 1972 erfolgte Angleichung der Bistumsgrenzen an die seit dem Zweiten Weltkrieg geltenden politischen Grenzen als Beitrag zur Versöhnung bezeichnet hatte. „Der Papst ist nicht im Recht", erklärte Hupka. Niemand dürfe vor einem Friedensvertrag auf Teile von Deutschland verzichten. Die Neuordnung der Diözesen jenseits von Oder und Neiße bezeichnete Hupka als einseitigen Vorgriff auf einen Friedensvertrag.

In der Kritik Hupkas hieß es weiter: „Der Heilige Vater als Papst aller Katholiken hat uns Deutsche bitter enttäuscht, weil er kein Wort für die Rechte der einheimischen deutschen Bevölkerung – heute nahezu eine Million – in Schlesien gefunden hat, während er im März in Mittelamerika *wiederholt für die Rechte der einheimischen Bevölkerung aus gutem Grund eingetreten war.*"

Doppelfernglas für „DDR"-Armee

GREGOR KONDEK, München

Von der militärischen Forschungsabteilung des „VEB Carl Zeiss Jena" ist für die „Nationale Volksarmee" (NVA) ein neues militärisches Doppelfernglas „EDF 7x40" entwickelt worden, das bereits in Serienproduktion in dem Zweigwerk Göschwitz bei Jena hergestellt wird.

Das Fernglas ist für den Einsatz bei *allen Truppengattungen der NVA* bestimmt und wurde bereits von sowjetischen Truppenteilen in Afghanistan getestet. Die Produktionskapazität ist so hoch, daß dieses Fernglas offenbar für alle Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes produziert werden soll.

Die Jenaer Neuentwicklung weist gegenüber den bisherigen Ferngläsern, die in der NVA zum Einsatz gekommen sind, gleich eine ganze Palette von Verbesserungen auf: So ist es fast um ein Drittel leichter und außerdem kleiner in den Abmessungen, hat eine wartungsfreie Strichplattenbeleuchtung (Entfernungsschätzhilfe), und die mechanische und klimatische Widerstandsfähigkeit wurde erhöht.

DAG für neue Wege in der Tarifpolitik

AP/DW. Hamburg/Bonn

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) will in ihrer Tarifpolitik die „Einbahnstraßen wie Löhne, Gehälter und Arbeitszeit" verlassen und verstärkt den Aspekt der Humanität am Arbeitsplatz in ihre Tarifpolitik mit einbeziehen. In einem Interview mit „Bild am Sonntag" bekräftigte der DAG-Vorsitzende Hermann Brandt, der Mensch dürfe nicht zum „Vorsatzgerät des Computers" werden. Seine Gewerkschaft wolle und müsse den Prozeß der Automation und der Rationalisierung in Büros und Verwaltungen mit „ganz neuartigen Tarifverträgen" in den Griff bekommen, wobei der technische Wandel in seinen sozialen Auswirkungen beherrscht werden müsse.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Wallmann hat Hessens CDU auf seinen Stil eingeschworen

Ein sachter und entschiedener Wahlkämpfer / Kritik an wechselnden Aussagen der SPD

D. GURATZSCH, Marburg

Walter Wallmann, Spitzenkandidat der CDU für die Hessenwahl, hätte sich wie ein Triumphator fühlen können, als er am vergangenen Wochenende in Marburg auftrat. Hier, wo er sich, lange bevor er Oberbürgermeister von Frankfurt wurde, vergeblich um das Amt des Oberbürgermeisters beworben hatte, brachten ihm die fast 500 Delegierten der hessischen CDU auf ihrem letzten Parteitag vor der Wahl minutenlang stehend Ovationen dar. Draußen vor der Stadthalle prangte druckfrisch das farbige Wahlplakat der Hessenunion, das jetzt landauf, landab geklebt wird: das Riesenporträt eines lächelnden, wohlgescheitelten Herrn mit dem Motto „Offen, sachlich, zuverlässig" über den Dächern einer grüneingebetteten Stadt. Der Herr ist Walter Wallmann, die Stadt Marburg an der Lahn.

Ernste Arbeitsrede

Aber es war kein Parteitag der fröhlich gelösten Mienen und der Siegeseuphorie. Die CDU kann nach allen Meinungsumfragen zwar auf die meisten Stimmen, nicht aber auf die absolute Mehrheit rechnen. Walter Wallmann, in seinem gewohnten blauen Blazer, die Halbbrille auf der Nase, das Pult mit beiden Händen gepackt, gab seiner Rede in der alten Universitätsstadt, in der er 25 Jahre gelebt hatte und die ihm, dem Niedersachsen aus Uelzen, zur zweiten Heimat geworden war, über weite Strecken Vorlesungscharakter. Adressat war nicht nur die politische Rivalin, die SPD, sondern auch die eigene Partei. Daß diese ernste Arbeitsrede solchen Beifall fand, das zeigte, wie sehr der neue Mann an der Spitze der hessischen CDU seine Partei bereits auf seinen Stil geprägt hat.

Wallmann wiederholte seine Wahlaussagen: Koalition mit der FDP, wenn ihr der Wiedereinzug in den Landtag gelingt. Wenn aber dieses Wahlziel verfehlt wird und die CDU auch keine absolute Mehrheit erringen kann, „wäre eine große Koalition immer noch besser als eine rot-grüne Blockadepolitik". In den Grünen sieht er „keinen denkbaren Partner in der sachpolitischen Arbeit".

Wallmann bekräftigte, daß er im Unterschied zur hessischen SPD landespolitische Fragen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen will. Er bekannte sich zu Straßenbauprojekten, zum sozialen Wohnungsbau, zur Errichtung von Kernkraftwerken in Biblis und Borken, zu einer Schulpolitik ohne Ideologie und ohne Parteidoktrin, zur Erhaltung der Schulstandorte, *zur* Verkabelung, die „neue Möglichkeiten der wirtschaftlich nutzbaren technischen Kommunikation" schaffe, zu einer Ausländerpolitik, bei der derjenige, der „Angehöriger seines Volkes, seiner Nation bleiben will, davon ausgehen muß, daß er eines Tages in sein Heimatland zurückzugehen hat".

Seine Partei werde keine „Atom- und Betonpolitik" betreiben, sondern „eine Politik im Interesse der Menschen, der Erhaltung der Arbeitsplätze und der Erhaltung der natürlichen Umwelt", kündigte Wallmann an. Wenn notwendig, wolle eine CDU-geführte Regierung in Hessen an die Seite der Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg treten und im Bundesrat darauf drängen, daß der Schadstoffausstoß aus den Kohlekraftwerken „entscheidend vermindert" wird, eventuell durch Nachbesserungen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung, besonders bei den Übergangs- und Auslaufregelungen für alte Kraftwerke.

Erstes Ziel sei die wirtschaftliche Stabilität, auch um die innere Stabilität unserer demokratischen Ordnung zu sichern. Deshalb müsse der durch die Regierung Kohl begonnene Aufschwung auch in der Landespolitik gesichert und eine rot-grüne Koalition verhindert werden. Und deshalb werde die CDU versuchen, sowohl viele alte Sozialdemokraten und frühere Wähler der SPD als auch Sympathisanten und Wähler der Grünen für ihre Politik zu gewinnen.

„Vielen vieles genommen"

Mindestens ebenso eingehend wie mit diesen konkreten politischen Zielvorgaben beschäftigte sich Wallmann mit den Stilfragen der Politik. Den Parteien dürfe es nicht um die „Macht" gehen, wie sie zahlreiche SPD-Politiker für ihre Partei gefordert haben, sondern sie hätten „dem Staat und dem Volke zu dienen". Wer, wie die SPD, in Hessen ein „Gegengewicht" gegen Bonn schaffen wolle, der trete für das Gegeneinander, die Obstruktion und nicht für das Gemeinwohl ein. Wer sich wie der grüne Abgeordnete Schwalba-Hoth verhalte, der einen amerikanischen General mit Blut beschüttet hatte, der gehöre in kein Parlament.

Der SPD bescheinigte Wallmann, „blanke parteipolitische Opportunität" mit ständig wechselnden Aussagen zum Beispiel über die Grünen zu praktizieren. Sie habe mit ihrer Politik „vielen vieles genommen" und die „sozial Schwächeren in die Gefahr des sozialen Absturzes gebracht". Trotz „sachlich harter Kritik" denke er nicht daran, Sozialdemokraten persönlich zu diffamieren. Nicht die Sozialdemokraten, die Extremisten seien Hauptgegner der CDU.

Neues strategisches Konzept der USA gilt nicht für den NATO-Bereich

Wörner wird sich im Verteidigungsausschuß vor Heeresinspekteur Glanz stellen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der von der SPD geäußerte Verdacht, die Bundesregierung beteilige sich auf Drängen der Amerikaner an einer Veränderung der Verteidigungsstrategie der NATO, ist unbegründet. Bonn hält am Defensivkonzept der Allianz fest und hat sichergestellt, daß auch die USA ihre in Europa und speziell in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte nach diesem Konzept ausbilden, ausrüsten und einsetzen. Darauf ist von Regierungskreisen gegenüber der WELT mit Nachdruck hingewiesen worden. Mit dieser Position wird Bundesverteidigungsminister Wörner auch in die erste Sitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestages nach der Sommerpause am 7. September gehen und vor allem den sozialdemokratischen Abgeordneten versichern, daß der Heeresinspekteur, Generalleutnant Glanz, bei seinen Absprachen mit der Spitze des US-Heeres seine Kompetenzen nicht überschritten hat.

Die SPD und vor allem deren Bundesgeschäftsführer Peter Glotz gründen ihren Verdacht, die Regierung sei möglicherweise an einer Änderung des Verteidigungskonzepts in Richtung auf eine „Vorwärtsstrategie" *beteiligt, auf folgenden Vorgang:* 1982 hatte der Heeresinspekteur bei einem Besuch in Washington gemeinsam mit dem US-Heeresstabschef, General Meyer, eine Erklärung unterzeichnet, die einem vom US-Heer neu entwickelten Konzept mit dem Titel „AirLand Battle" (Luft-Land-Gefecht) vorangestellt war. Dieses Konzept bildete die Grundlage für eine neue US-Heeresvorschrift (Field Manual 100-5 vom 20. August 1982), die unter anderem den frühzeitigen Einsatz von chemischen und nuklearen Waffen auf einem Gefechtsfeld vorsieht, mit dem Ziel, dem Gegner die Initiative zu entreißen und ihn möglicherweise mit denselben Mitteln zu schlagen, die er für die Schlacht bereithält.

Das amerikanische „Field Manual" richtet seine Ausbildungsgrundsätze natürlich vor allem am entscheidenden potentiellen Gegner der USA aus. Das ist die Sowjetunion. Die Verfasser der Vorschrift rechnen damit, daß das US-Heer in der Lage sein muß, den Streitkräften der Sowjetunion nötigenfalls an jedem Punkt der Erde entgegen zu treten. Dieses setzt Fähigkeiten voraus, über die auch die sowjetischen Streitkräfte verfügen.

Bevor der deutsche General Glanz die dem Konzept „AirLand Battle" vorangestellte Erklärung unterzeichnete, hatte der Bonner Führungsstab der Streitkräfte das US-Strategie-Papier genau geprüft und dabei festgestellt, daß große Teile davon mit der NATO-Strategie der flexiblen Reaktionen nicht vereinbar sind. Entsprechend war Glanz informiert worden, *so daß er nach Absprache mit den* eigenen Bonner Stellen (als Generalinspekteur war noch der Vorgänger Altenburgs, General Brandt, im Amt) die zu unterzeichnende Erklärung dahingehend einschränken ließ, die deutsche Zustimmung zum „AirLand Battle"-Konzept gelte nur für die „Prinzipien, die sich auf die operationellen Aspekte der Gefechtsführung zu Lande" beziehen. Von dem 24-Seiten-Konzept handeln nur neun Seiten von dieser Materie.

Mit dieser Einschränkung ist nach Ansicht der zuständigen Fachleute im Bonner Führungsstab klargemacht worden, daß die USA hinsichtlich ihres militärischen Engagements gegenüber der NATO die Grundsätze beachten, die die Strategie der „Vorneverteidigung" ausmachen, deren ausschließliches Ziel es sei, den Krieg zu verhindern, ihn keinesfalls führbar zu machen. In dieser Bewertung stimmt Bonn auch mit dem NATO-Oberbefehlshaber in Europa, dem amerikanischen General Rogers, überein. Rogers hat dem Pentagon, so war zu erfahren, „in der nötigen Eindeutigkeit" vermittelt, daß die US-Führungsgrundsätze, wie sie im „Field Manual 100-5" niedergelegt sind, für den Einsatz amerikanischer Streitkräfte auf europäischem Boden nicht gelten können. Für den NATO-Bereich sei das Allianz-Dokument MC 14/3 maßgebend, landläufig bekannt als Strategie der „flexiblen Reaktion". Auf diesem Dokument basieren weitere NATO-Vereinbarungen wie die sogenannten „ministeriellen Richtlinien" sowie andere über das NATO-Konsultationsverfahren *zwischen den Regierungen* und die Freigabe von Nuklearwaffen für den Fall des Ersteinsatzes.

Aufgrund dieser Lage hat die NATO schon im vergangenen Jahr nach Prüfung des US-Konzepts „AirLand Battle" eindeutig gegenüber Washington klargestellt, daß die neue US-Heeresvorschrift nicht für den Allianzbereich Geltung haben könne.

Barschel fragt Wörner nach seinen Bedenken

Kiel drängt auf Entscheidung über Fähre nach Memel

Von W. HERTZ-EICHENRODE

Die Sonne spiegelt sich im Wellengekräusel der Kieler Förde. Eines der großen Fährschiffe hat am Oslo-Kai abgelegt und gleitet langsam seewärts – ein Bild majestätischer Ruhe. Werden in absehbarer Zeit an einem noch zu bauenden Memel-Kai gewaltige Fährschiffe mit je 100 Eisenbahnwaggons als Ladung ablegen und Kurs auf die alte Ritterorden-Stadt nehmen, die heute als Provinzhauptstadt der litauischen Sowjetrepublik Klaipeda heißt?

Diese Frage ist das Gesprächsthema mit Ministerpräsident Uwe Barschel in dem an der Förde gelegenen Landeshaus. Der stahlblaue Anzug des jugendlichen Regierungschefs (Jahrgang 1944) changiert, wie sich das in Kiel gehört, ins Marineblaue. Die Sowjetunion, sagt Barschel, hat ein „sehr starkes Interesse" an diesem Projekt einer Eisenbahnfähre zwischen Memel und einem schleswig-holsteinischen Hafen; die Linie solle zunächst aus vier, später aus sechs Schiffen bestehen. Es habe eine Reihe von Kontakten gegeben.

„Die beiden letzten Kontakte", berichtet Barschel, „waren mein Gespräch mit *Botschafter Semjonow* hier, da haben wir ausführlich über die Fähre gesprochen, und dann die Gespräche, die mein Kollege Westphal im Juni in Moskau geführt hat. Die Sowjetunion hat ein wirtschaftliches Interesse, den Wasserweg zu nutzen, weil – wie man hört – der

● INTERVIEW

Landweg, wenn nicht verstopft, so doch sehr stark ausgelastet ist. Es mag auch die politische Überlegung mitspielen, daß zwischen uns und der Sowjetunion Polen und die DDR liegen. *Man muß sich* auch fragen, welche sicherheitspolitischen Überlegungen die Sowjets anstellen. Jedenfalls besteht in Moskau das klare Interesse an einer schnelleren, billigeren, besseren und auch sichereren Verbindung."

Sicherheitspolitische Bedenken auf deutscher Seite haben offenbar verhindert, daß Bundeskanzler Kohl das Projekt während seines Besuches in Moskau (4. bis 7. Juli) zur Sprache brachte. Barschel: „Ich hatte dem Kanzler kurz vor seinem Moskau-Besuch einen Brief geschrieben, er möge doch dieses Thema ansprechen; ich habe ihm gesagt, das Interesse bestehe bei uns wie bei den Russen, und da könne er das doch am besten an Ort und Stelle voranbringen."

Frage: Hat der Kanzler es getan?

Barschel: Er hat mir gesagt, er werde es tun. Und dann kam die Meldung, die ich aus der Zeitung erfuhr, es sei nicht geschehen. Journalisten haben recherchiert, daß von irgendeiner Stelle – wir vermuten vom Bundesverteidigungsministerium – dem Kanzler Sicherheitsüberlegungen vorgetragen worden sind, und daß er gesagt hat: Das muß erst gründlicher geprüft werden. Das finde auch ich legitim. Und vielleicht ist da die Überlegung gewesen, es sei noch ein Brief nach Kiel *fällig, es ist aber* keiner angekommen.

Um endlich zu erfahren, ob und, wenn ja, welche Bedenken in Bonn bestehen, hat Barschel Bundesverteidigungsminister Wörner brieflich gebeten, er möge ihn persönlich informieren. Der Ministerpräsident sagt: „Wenn es da Sicherheitsbedenken gibt, *bin ich der letzte*, der sie nicht berücksichtigen würde, selbst dann, wenn es sich verbieten sollte, das Projekt weiterzuverfolgen." Mit dem vom Parlamentarischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Würzbach, vorgeschlagenen Verfahren, zunächst die Rentabilität des Fährprojektes zu prüfen und erst dann die politischen Aspekte zu klären, ist Barschel nicht einverstanden: „Ein solches Projekt muß zuerst politisch und sicherheitspolitisch abgeklopft werden."

Für seine Person setzt Barschel einen Schlußpunkt unter das Kapitel der Bonner Bedenken: „Es muß jetzt aufhören, daß die Russen sagen, Bonn solle mal ein Projekt vorlegen, und daß die Bonner sagen, das müßten erst mal die Russen tun. Wir haben ein deutsches Interesse an der Sache, regionalpolitisch für Schleswig-Holstein, aber auch aus *grundsätzlichen politischen Erwägungen,* und da kann ich nur sagen: Wenn man einen Milliarden-Kredit an die DDR herausrückt, dann kann man doch noch viel eher daran denken, so eine Fährverbindung herzustellen."

Die regionalpolitischen Vorteile des Fährprojektes sieht der Ministerpräsident so: „Zunächst gehe ich einmal davon aus, daß wir durch die Tatsache, ein Küstenland zu sein – vom Fremdenverkehr, der attraktiv ist, abgesehen – schwerwiegende Nachteile haben: Werften, Küstenschutz, Kutterfischerei – nehmen Sie, was Sie wollen. Nun sage ich: Wenn sich aus der maritimen Situation mal positive Entwicklungsmöglichkeiten ergeben, dann muß man ihnen sorgfältig nachgehen. Und da ist nun das Fährprojekt aufgekommen. Bei einem geschätzten Investitionsvolumen von etwa einer Milliarde Mark – das kann deutlich darüber, aber auch darunter liegen –, gehe ich davon aus, daß allein schon eine solche Investition ein wirtschafts- und konjunkturpolitischer Wert ist. Zweitens geht von einem solchen Dauerbetrieb wie einer Fährverbindung eine Anstoßwirkung aus. Drittens ist das Projekt für den noch zu bestimmenden Hafen von ganz erheblicher Bedeutung: Kapazitätserweiterung beim Warenumschlag, neue Arbeitsplätze und Sicherung *vorhandener Arbeitsplätze.* Der Multiplikatoreffekt ist da noch gar nicht eingerechnet." Als mögliche Häfen zählt Barschel Kiel, Lübeck, Neustadt, Flensburg „oder einen anderen Hafen in Ostholstein" auf.

Der Ministerpräsident stellt sich die Vorbereitung des Projektes so vor: „Ich gehe davon aus, daß die hier zu tätigenden Investitionen, zum Beispiel der Fähranleger, von einem privatwirtschaftlichen Konsortium anzupacken sind – auch als Partner für die sowjetische Seite. Entscheidend ist, daß wir jetzt alternative Kosten-Nutzen-Rechnungen aufstellen, ob so etwas wirtschaftlich ist oder nicht. Nach meiner Meinung kann solche Berechnungen mit ausreichender Verläßlichkeit nicht eine Abteilung des Bundeswirtschaftsministeriums, schon gar nicht des Wirtschaftsministeriums in Kiel, erst recht nicht eine Kommune anstellen; das kann eigentlich nur der tun, der sich schon in der möglichen wirtschaftlichen Verantwortung des investierenden Unternehmens sieht. Deshalb bin ich dahinter her, daß die politischen Vorfeldfragen geklärt werden. Denn sonst werden wir niemand finden, der sagt: ‚Ich rechne es mal durch, ob es interessant ist'."

Frage: Die Kosten-Nutzen-Rechnung muß auch die Nachteile zum Gegenstand haben, *die anderen* durch die Fährverbindung entstehen können. Wie sehen das die Schiffseigner, die bisher diese Frachten transportiert haben? Müßten Teile unserer Handelsflotte abgewrackt werden, wenn die neue Fähre kommt?

Barschel: Das sind Horrormeldungen. Da wird behauptet, Kapazitätsverlagerungen an die schleswig-holsteinische Ostküste gingen zu Lasten von Bremen, Hamburg, Emden. Natürlich hätte ich nichts dagegen, wenn die Bundesregierung solche Berechnungen anstellt. Das wird sie tun. Der örtliche Investor oder wir hier in Schleswig-Holstein haben diese Aufgabe nicht.

Paris schickt Kampfflugzeuge nach Tschad

dpa/rtr, N'Djamena

Zur Unterstützung der von Rebellen bedrängten Regierung Tschads hat Frankreich gestern zehn Kampfflugzeuge und ein Tankflugzeug in die Hauptstadt N'Djamena geschickt. Die Kampfflugzeuge vom Typ Jaguar und Mirage waren bislang in Bangui, Hauptstadt der „Zentralafrikanischen Republik" stationiert.

An der für die Flugzeuge leicht erreichbaren Front im Norden des Landes herrschte auch gestern Ruhe. Präsident Hissène Habré erwartet jedoch in Kürze den Ausbruch neuer Kämpfe. Auf einer Pressekonferenz mit dem zairischen Präsidenten Mobutu Sese-Seko, der 2000 Soldaten nach Tschad geschickt hat und N'Djamena am Wochenende einen Kurzbesuch abstattete, erklärte Habré, die von Libyen unterstützten Rebellen zögen massive Kräfte im Norden des Landes zusammen.

Auch Frankreich baute die Stellungen seiner auf rund 2500 Mann angewachsenen „Abschreckungsstreitmacht" weiter aus. An der zweiten Linie hinter der von den Soldaten Habrés gehaltenen Front in der Nähe des 15. Breitengrades standen gestern bereits mehr als 550 Fallschirmjäger, *darunter auch* eine Abteilung der Fremdenlegion.

Teilzeitarbeit in Hollands Ministerien

BODO RADKE, Den Haag

Bei ihrem Bemühen um einen Abbau der Arbeitslosigkeit setzt die niederländische Regierung jetzt verstärkt auf Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung, wobei der öffentliche Dienst eine Leitfunktion einnehmen soll. Pläne des Innenministers Rietkerk sehen vor, daß in den Ministerien für Teilzeitarbeit geeignete Planstellen bei ihrem Freiwerden mit Bewerbern besetzt werden sollen, die sich mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von höchstens 32 Stunden bei entsprechend niedrigerem Gehalt zufrieden geben. Nach Rietkerks Vorstellungen sollen in allen Ministerien dadurch allmählich zunächst 30 und später sogar 50 Prozent der Staatsbediensteten zu dieser Kategorie gehören.

Ruhe zum Jahrestag des Einmarsches

dpa, Prag

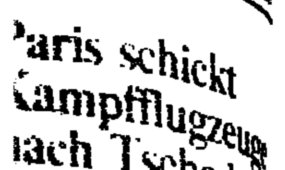
Ohne Zwischenfälle ist gestern der 15. Jahrestag des Einmarsches der Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten in der Tschechoslowakei verlaufen. Nur verstärkte Patrouillen der Sicherheitskräfte in den Städten und schärfere Straßenkontrollen deuten an, daß der Sicherheitsapparat in voller Bereitschaft war.

Auch die Presse ging kaum auf den Jahrestag ein. Lediglich in drei Zeitungen wurde der Einmarsch am 21. August 1968 erwähnt. Die Blätter wiederholten die offizielle Version, wonach „die Tschechoslowakei vor einer tödlichen Gefahr gerettet und eine Konterrevolution vereitelt" worden sei.

Minen-Karten für Falkland verloren?

rtr, Buenos Aires

Die britische Armee hat nach Angaben aus argentinischen Militärkreisen ihr übergebene Minen-Karten für die Gewässer der Falkland-Inseln verloren und kann darum nur mit Schwierigkeiten die von Argentinien im Falkland-Krieg gelegten Minen räumen. Die Karten seien unmittelbar nach der Kapitulation argentinischer Einheiten im vergangenen Juni ausgehändigt worden und schon wenige Tage später verlorengegangen.



Mlynar: „Frühling" kann sich nirgendwo im Osten wiederholen

WELT-Interview mit dem früheren Prager ZK-Sekretär und Dubcek-Vertrauten

DW. Wien

Zdenek Mlynar, einer der engsten Mitarbeiter des früheren tschechoslowakischen Parteichefs Dubcek und 1968 ZK-Sekretär, hat in einem Interview mit der WELT die Ansicht vertreten, daß der jetzige Prager Parteichef Husak „ausgespielt" habe. Mlynar, der später in Prag zu den Gründungsmitgliedern der Menschenrechtsbewegung Charta 77 gehörte, lebt seit 1977 in Wien. Mit ihm sprach Carl Gustaf Ströhm.

WELT: Herr Mlynar – 15 Jahre sind seit dem sowjetischen Einmarsch in Prag vergangen. Ist der „Prager Frühling" nur noch Geschichte, oder hat er auch für Gegenwart und Zukunft eine Bedeutung?

Mlynar: Der Prager Frühling kann sich nicht wiederholen – in keinem der Ostblockländer. Damals gab es bei uns in der Tschechoslowakei ganz spezifische historische Umstände, die eine Einigung zwischen einem Druck von unten mit einem Suchen nach Erfolg von oben – also zwischen Volk und Führung – ermöglichten. Heute ist, wie sich inzwischen auch am Beispiel Polens erweist, die Reformfähigkeit der kommunistischen Parteien viel geringer geworden. Der Prozeß aber geht weiter, und ich bin der Meinung, daß die Fragen, die der Prager Frühling aufgeworfen hat, bis heute nicht beantwortet wurden. Die Lösung dieser Probleme steht sozusagen als Notwendigkeit im ganzen Ostblock auf der Tagesordnung.

WELT: Wie kann dieses Problem für die Tschechoslowakei gelöst werden – und gibt es überhaupt eine isolierte Lösung für dieses Land?

Mlynar: Es gibt keine isolierte Lösung und es gibt auch kein vollkommenes Rezept. Die Probleme der Tschechoslowakei ergeben sich aus einer langjährigen Stagnation und einer langjährigen Unterdrückung verschiedener Versuche, etwas zu ändern. Eine solche Lage ist nicht auf einfache Weise lösbar. Ich hoffe, daß gewisse Versuche sogar in der Sowjetunion – die, wie ich betonen möchte, nicht mit den Lösungsversuchen des Prager Frühlings identisch sind – etwas Neues bringen werden. Es geht meiner Meinung nach dem sowjetischen Parteichef Andropow nicht um eine Demokratisierung des Systems, sondern darum, die Leistungsprinzipien innerhalb der sowjetischen Gesellschaft und innerhalb der Machtelite durchzusetzen – also um mehr Effizienz. Aber auch solch ein politischer Kurs könnte in der Tschechoslowakei eine gewisse Besserung bringen, weil das z. B. bedeuten würde, daß ein Direktor eines Betriebes künftig nicht ein parteitreuer Dummkopf sein muß, sondern ein Mensch, der von seinem Fach etwas versteht. Schon das wäre für die Tschechoslowakei ein gewisser *Fortschritt. Allerdings, die Probleme* der tschechoslowakischen Gesellschaft werden dadurch nicht gelöst. Das ist eine langfristige Angelegenheit.

WELT: Als ehemaliger führender Mann des Prager Frühlings – würden Sie eine derartige Entwicklung für ausreichend halten?

Mlynar: Ich wäre damit nicht zufrieden, aber ich würde es dennoch begrüßen. Es ist alles besser als die bisherige Stagnation.

WELT: Welche Zukunftsperspektiven hat das Regime des gegenwärtigen Parteichefs Husak?

Mlynar: Ich glaube, daß diese Garnitur – Husak, Bilak und die anderen, welche die sogenannte Normalisierungspolitik verkörpern – ausgespielt hat. Jetzt müssen neue Leute kommen. Gewiß nicht ganz neue – aber doch eine andere Garnitur der politischen Bürokratie, so wie es jetzt unter Andropow auch in Moskau der Fall ist. So etwas halte ich auch in Prag für wahrscheinlich – vorausgesetzt, die Entwicklung in Moskau geht so weiter wie bisher. Hier gibt es noch einen Unsicherheitsfaktor.

WELT: Damit vertreten Sie die These, daß die Entwicklung – ob positiv oder negativ – in den mittel- und osteuropäischen Ländern unter sowjetischer Kontrolle weitgehend von der Entwicklung in der Sowjetunion abhängt?

Mlynar: Ja, sicher, solange die Blockdisziplin besteht. Ich bin damit nicht zufrieden, aber ich begrüße es, weil alles besser ist als die Stagnation, die in den letzten Jahren unter Breschnew herrschte.

WELT: Wie veranschlagen Sie den Einfluß polnischer Entwicklungen – Stichwort „Solidarität" – auf die Tschechoslowakei?

Mlynar: Die Machteliten in allen Ostblockstaaten versuchen eine polnische Entwicklung zu vermeiden. Das kann man sogar in der Sowjetunion beobachten, etwa im Gesetz über die Arbeitskollektive, das inhaltlich eigentlich nichts Neues bringt, aber doch als Versuch gesehen werden muß, wenigstens in der Form die Forderung nach mehr Gewerkschaftsrechten abzufangen.

Ankaras Generäle lehnen zwei Parteien ab. Nehmen nur drei bei Wahlen teil?

„Überraschungen" sind bei der Rückkehr zur gelenkten Demokratie unerwünscht

E. ANTONAROS, Athen

Das türkische Militärregime hat am Wochenende die Hoffnung zunichte gemacht, daß es eine faire, demokratische Parlamentswahl mit möglichst repräsentativen Parteien veranstalten will. Zum dritten Mal ist der Anlauf der gemäßigt sozialdemokratisch ausgerichteten Sodep-Partei gescheitert, die von der Generalität aufgestellten Hindernisse zur Teilnahme an der Wahl am 6. November zu überwinden. Ähnlich erging es der konservativen „Partei des rechten Weges".

In beiden Fällen haben die Generäle von ihrem Veto-Recht Gebrauch gemacht und acht Gründungsmitglieder der Sodep und neun der Konservativen ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Zur Teilnahme an der Wahl braucht jede Partei mindestens 30 von den Generälen akzeptierte Gründer. Seit Inkrafttreten der neuen Parteien- und Wahlgesetze hat das Militärregime 412 Gründungsmitglieder, unter ihnen auch neun von insgesamt 15 Parteiführern, mit einem Veto belegt. Dadurch haben die Generäle sämtliche Parteien ausgeschaltet, die *in das von ihnen konzipierte parlamentarische* System nicht hineinpassen.

Sowohl die Sodep als auch die „Partei des rechten Weges" wollen heute dem „Nationalen Sicherheitsrat" neue Namenslisten vorlegen. Ihre Aussichten auf Erfolg sind allerdings gering. Am Donnerstag läuft nämlich die Frist zur Anmeldung und Zulassung von neuen Parteien ab. Die Generäle, die laut Parteiengesetz sich bis zu 20 Tage Zeit zur Begutachtung der Namenlisten nehmen können, werden nach Ansicht von Beobachtern diese Frist verstreichen lassen.

Die Tatsache, daß sich unter den jetzt abgelehnten Sodep-Gründern ein 85jähriger Kampfgefährte des Staatsgründers Kemal Atatürk befindet, als dessen Erbwalter sich die Generäle verstehen, zeigt, daß die Rückkehr zum gelenkten Parlamentarismus generalstabsmäßig verlaufen soll. Abweichungen sind nicht geduldet, Überraschungen, welcher Art auch immer, darf es nicht geben.

Die Sodep und die „Partei des rechten Weges" hätten dieses Spiel gestört. Die Sozialdemokraten, ursprünglich mit dem inzwischen von den Militärs abgelehnten Erdal Inönü an der Spitze, waren schnell populär geworden und hatten Zulauf von Anhängern der früheren „Republikanischen Volkspartei" erhalten, obwohl Ex-Premier Bülent Ecevit seinen Se*gen verweigert hatte. Die „Partei des* rechten Weges" war schließlich der bisher letzte Versuch des Anfang Juni an die Dardanellen exilierten konservativen Ex-Ministerpräsidenten Suleyman Demirel, im Rennen zu bleiben und die politischen Entwicklungen mit zu beeinflussen.

Nach der Aktion der Junta – so viel steht jetzt schon fest – werden nur drei von insgesamt ursprünglich 15 Parteien an der Wahl teilnehmen dürfen: Die erste Geige soll das Hätschelkind der Generalität spielen, eine vom Ex-General Turgut Sunalp geführte „Nationalistische Demokratie-Partei" (MDP). Für die Rolle der wichtigsten Oppositionspartei haben die Generäle die von Necdet Calp, einem früheren Staatssekretär, geführte und nur dem Namen nach linkslastige „Populistische Partei" auserkoren. Kaum hatte er seine Partei auf die Beine gestellt, sprach er von seiner Rolle als „konstruktiver Oppositionsführer". Der Dritte in der Riege ist der frühere Vizepremier unter den Generälen Turgut Özal, der mit seiner konservativen „Mutterlandspartei" die Pläne des Militärregimes durcheinanderzubringen droht. Alle Angebote, der MDP beizutreten, hat er zurückgewiesen.

Weil er mit Abstand der bekannteste und ganz gewiß auch der intelligenteste von allen drei Parteiführern ist, könnte der Außenseiter Özal, der das Vertrauen der Geschäftswelt und der fundamentalistischen Kreise genießt, zu einer echten Überraschung werden. Aber den Generälen steht auch das Recht zu, die Kandidaten der verschiedenen Parteien abzulehnen. So könnten sie Özal die Teilnahme an der Wahl erschweren. (SAD)

Rankovic stürzte, als er zu mächtig wurde

C. G. STRÖHM, Wien

Die Reihen der alten Partisanen und Mitstreiter Marschall Titos lichten sich immer mehr. Aleksandar Rankovic, der einstige Tito-Vertraute, der 1966 im Machtkampf unterlag, starb im Alter von 74 Jahren in Dubrovnik an einem Herzinfarkt.

In den letzten Jahren war es ganz still um ihn geworden. Der einst gefürchtete Chef und Oberaufseher der jugoslawischen Geheimpolizei lebte ein Pensionistendasein. Im Gegensatz etwa zu Milovan Djilas, mit dem er seit den Tagen des illegalen kommunistischen Kampfes befreundet war, gab er keine Erklärungren ab, empfing keine Journalisten und trat mit keinerlei Kritik gegenüber dem Tito-System hervor, dem er seinen Aufstieg, zugleich aber seinen tiefen Sturz zu verdanken hatte.

Rankovic organisierte während des Zweiten Weltkrieges den kommunistischen Partisanenkampf in Serbien. Als die antikommunistische, mit den Deutschen kooperierende serbische Spezialpolizei ihn gefangennahm und er nach schweren Folterungen in ein von der deutschen Wehrmacht kontrolliertes Krankenhaus eingeliefert wurde, befreiten ihn als Sanitäter verkleidete Kommunisten in einem *tollkühnen Unternehmen.*

Tito betraute den ehemaligen Schneidergesellen mit der Organisation von Abwehr und Polizei. Rankovic war maßgeblich an der Vernichtung der antikommunistischen Parteien und Organisationen in Jugoslawien beteiligt – auch an der „Liquidierung" und Hinrichtung des serbischen Nationalisten und Führers der Tschetnik-Bewegung, General Draza Mihailovic.

Die Ironie des Schicksals wollte, daß Rankovic dennoch nach seinem Sturz und gegen seinen Willen Symbol des serbischen Nationalgefühls wurde: Wenn der zwangspensionierte Polizeichef in seinem Lieblingslokal, dem Belgrader Café „Madeira", auftauchte, erhoben sich die Anwesenden und die Kapelle intonierte den „Drina-Marsch" – die Traditionsmusik der königlich-serbischen Armee. Gestürzt ist Rankovic nicht wegen seiner Polizeimethoden, obwohl diese als Vorwand dienten. Er stemmte sich gegen eine Föderalisierung und Dezentralisierung Jugoslawiens und widersetzte sich bereits Anfang der sechziger Jahre einer Wirtschaftsreform.

Die Tatsache, daß der Polizeichef, der zugleich Politbüromitglied und Vizepräsident der Republik war, eine solche Machtfülle in sich vereinigte, führte zu einer großen Koalition aller jener Kräfte in der jugoslawischen KP, die eine neue großserbische Hegemonie unter kommunistisch-polizeilichem Vorzeichen fürchtete. Im *Sommer 1966 wurde er auf dem Brioni*-Plenum mit der Begründung abgesetzt, er habe mit seiner Geheimpolizei UDBA die Partei sowie die staatlichen Instanzen unterwandert und sogar in Titos Schlafzimmer geheime Mikrophone installiert.

Tito opferte „seinen Fouché" nach anfänglichem Zögern. Manche versuchten es so darzustellen, als sei Rankovic ein Stalinist, der mit den Sowjets im Bunde stand. Das aber stimmte nicht. Er ließ unbarmherzig alle jene Kommunisten jagen und einsperren, die auch nur die geringsten Sympathien für Moskau zeigten. Auch sowjetische Agenten hatten bei ihm nichts zu lachen. Nicht umsonst sprach Moskau damals von der jugoslawischen Führung als von der „faschistischen Tito-Rankovic-Clique".

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberge Allee 99, Postfach 20 08 66, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 885 714

Die Opfer der Reformitis

„Ende der Selbstbedienung": WELT vom 3. August

Sehr geehrte Damen und Herren der Redaktion,

ich bin Studentin. Und ich ärgere mich schon seit längerer Zeit darüber, daß wir zunehmend in der Öffentlichkeit so hingestellt werden, als seien wir eine faule Horde, die aus Steuerzahlers Säckel bezahlt jahrelang munter Däumchen dreht und das ganze noch „Studium" nennt.

Die Studenten „studieren zu lange und wissen zu wenig", schreibt Herr Glaser. Dem kann ich zustimmen, doch bleibt zu fragen, an wem das wohl liegt?

Die Misere fing damit an, daß die heutige Studentengeneration das Opfer einer verfehlten Schulpolitik wurde. An uns erprobte man Ganzwortmethode und Mengenlehre, Kurssystem und Oberstufenreform. Wenn die Abiturienten, die am Ende bei dieser Roßkur herauskamen, weniger Allgemeinbildung besaßen und mehr Rechtschreibfehler machten – tja, dann mußten sie wohl dümmer sein, als ihre Vorgänger ... Zudem belohnt die Oberstufe das Büffeln – nicht das selbständige wissenschaftliche, analytische Denken. So wurden die Geister der angehenden Studenten so, wie man sie in der Schulzeit rief. „Wohlausgerüstet" begann man seine Universitätslaufbahn.

Aber auch an den Hochschulen gibt es – Herrn Glasers glorifizierte Professoren-Universität in allen Ehren – nur wenig Dozenten, die souverän genug sind, eigenes Mitdenken mehr zu honorieren als erpauktes Wissen. Die oft angeprangerten Mediziner-Prüfungen sind dafür institutionalisiertes Paradebeispiel. Hinzu kommt, daß sich auch Professoren meist selber der Nächste sind. Die eigene Forschung bedeutet ihnen meist mehr als die Lehre. Nur für eine Minderheit ist die Ausbildung der Studenten zu echten Wissenschaftlern noch eine Berufung.

Sicher gibt es unfähige Studenten – aber werden sie nicht gerne als Alibi benutzt? Die Leidtragenden sind diejenigen, die traurig und resigniert sind, weil sie lernen wollen, man sie aber nicht läßt. Viele Mediziner im praktischen Jahr wissen ein Lied davon zu singen, daß man sie wie kostenlose Hilfsarbeitskräfte, nicht aber wie angehende Ärzte behandelt.

Es ist in meinen Augen eine Schande, daß inzwischen allgemein bekannt ist, wieviel effektiver Krankenhauspraktika z. B. in Großbritannien sind als hier! Das also soll Schuld der Studenten sein?

Zum langen Studium bliebe noch zu sagen, daß besonders in den philosophischen Fakultäten so mancher sehr gerne eher fertig würde. Die gestellten Themen erfordern aber, wenn sie ordentlich abgeschlossen werden sollen, eine Arbeitszeit von mindestens zwei Jahren, meist mehr. Das lange herumdoktern hat mit Faulheit nichts zu tun – besonders, wenn die Universitätsverwaltung, Bibliotheken und Institute im Semester um 22 Uhr, in den Ferien gar um 20 Uhr schließen! Damit wird die Arbeit sehr erschwert. In unserem Fachbereich sind wir dagegen angegangen und erfolglos im Bürokratendschungel steckengeblieben!

Wer zudem, wie ich und viele Kommilitonen, seinen Lebensunterhalt zum Teil noch selbst bestreitet, der bezahlt die Waren im „Selbstbedienungsladen Universität" teurer als Herr Glaser sich das vorstellt. (Viele Vermieter erblicken zum Beispiel in uns eine Art Selbstbedienungsladen!)

Um also die Universitäten effektiver zu machen, genügt es nicht, unfähige Studenten *zu entfernen: nötig* wäre auch ein Abschied von zuviel Bürokratie.

Tamara Spitzing, cand. phil., Universität Freiburg

Einziges Thema

„Briefträger": WELT vom 17. August

Herr Barzel sollte den Vorschlag Herrn Vogels, eine Gruppe von DDR-Volkskammerangehörigen zu einer Sitzung des Bundestages einzuladen, ernstlich prüfen. Es wäre eine einzigartige Gelegenheit, diesen Herren unmißverständlich, ohne verharmlosende Höflichkeit durch national gesinnte Bundestagsabgeordnete – und ich nehme an, daß das immer noch mehr als 50 Prozent sind – als einziges Thema des Besuches die Zustände an der Mauer Berlins und an dem innerdeutschen Zaun mit Schießbefehl und automatischen Schießanlagen coram publico ganz deutlich vorzuhalten.

Ich würde nicht empfehlen, daß ein grüner Abgeordneter nach hessischem Vorbild eine Blutflasche auf diese Herren wirft – obgleich sie ja am Blutvergießen an der innerdeutschen Grenze mit verantwortlich sind.

Die übrigen sekundären Themen: Flußwasserverschmutzung, Kredite, Rücknahme des Umtauschsatzes usw. sollte man weiterhin den mehr oder weniger erfolgreichen Verhandlungen der innerdeutschen Kommissionen überlassen. Dann sollte man *den Gästen Gelegenheit geben, die* Zustände an den innerdeutschen Grenzen zu verteidigen; und schließlich dürfen die Abgeordneten der Sozialdemokraten und Grünen die Argumente ihrer potentiellen Gesinnungsgenossen aus der Volkskammer rechtfertigen.

Zum Schluß werden sie zu einem einfachen Eintopfessen in der Werkskantine des Bundeshauses eingeladen – bitte kein Sonderessen à la Werbellinsee – und nach Mitteldeutschland zurückbefördert, mit dem Wunsch, nun auch dem von ihnen vertretenen (?) Volk eine ebenso problemlose Ein- und Ausreise in den freien Teil Deutschlands zu ermöglichen.

Herbert Kirschstein, Hamburg 76

TV-Beleidigung

Beim „Frühschoppen" am 7. August war unter anderem als kubanischer Journalist Herr Jürgen Koch dabei.

Während der Sendung hatte er schon wiederholt von den schulmeisterlich dozierenden Deutschen gesprochen, obwohl er als kubanischer Journalist dauernd mit erhobenem Finger dozierte. Der Höhepunkt seiner Ausführungen kam, als er von den „verdammten Deutschen" sprach. Muß man sich dies bieten lassen in einer Sendung, die sonst ein so gutes Niveau hat?

Nicht ein Wort der Entschuldigung des Herrn Koch am Ende der Sendung war zu hören! Auch hätte Herr Höfer sich sicher selbst einen Gefallen getan, wenn er eine kurze Erklärung zu der Beleidigung des Herrn Koch gegeben hätte.

O. Blunck, Hamburg 71

Ohne Prägung?

„Honeckers Milieu": WELT vom 12. August

W. Hertz-Eichenrode beschäftigt sich in einem Kommentar u. a. mit der Herkunft Honeckers aus *dem* Saarland. Ausgehend von einer Äußerung des Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß wird das Saarland als christlich, „um nicht zu sagen katholisch" geprägtes Land bezeichnet. Trotz seiner Abstammung aus dem guten katholischen Saarland – so müssen Strauß und Hertz-Eichenrode ja wohl interpretiert werden – habe Honecker in der DDR ein menschenfeindliches, kommunistisches Milieu geschaffen.

Im Lutherjahr 1983 erscheint es angebracht, einen evangelischen Standpunkt ins Blickfeld zu rücken. Evangelische Christen in der Nachfolge des Reformators Martin Luther – 25 Prozent der saarländischen Bevölkerung sind übrigens evangelisch – werden Lehre und Verhalten der katholischen Kirche ebenso kritisch gegenüberstehen wie Lehre und Verhalten eines „Sowjetkommunisten".

Jürgen Heipcke, Neustadt-Pelzerhaken

Wort des Tages

» Bilden heißt vor allem das Urteil bilden. Mit Wissen allein ist es nicht getan. Der Jugendliche muß in die Lage versetzt werden, nach einer festen Wertskala ein eigenes Urteil zu fällen. Der wirkliche Erzieher vermittelt dem Jugendlichen ein Gefühl der Werte und hilft ihm, sie zu lieben. «

Jean Daniélou, franz. Theologe (1905–1975)

In Moskau häufen sich die Besuche aus den USA

Berichtet wird nur über Friedensrolle des Kreml

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Die Supermächte sprechen auch außerhalb ihrer Verhandlungs- und Konferenzbegegnungen wieder miteinander, aber der Dialog ist schwierig und gleicht eher wechselseitigen Monologen.

In Moskau häufen sich in jüngster Zeit die amerikanischen Besuche: Nach Ex-Botschafter Averell Harriman und Samantha Smith, dem fröhlichen Kind, erhöhte sich das politische Gewicht der Kundschafter. Den 21 Kongreßabgeordneten der oppositionellen Demokraten, die im Juni zu Gast waren, folgten dieser Tage der Metall-Gewerkschafter William Winpisinger und neun demokratische Senatoren. In dieser Woche unterzeichnet Landwirtschaftsminister Block in Moskau das neue Getreideabkommen, *das die sowjetische Mindestab*nahme amerikanischen Getreides um die Hälfte auf neun Millionen Tonnen jährlich erhöht.

Block ist in der Reihe der Besucher der erste Regierungspolitiker Washingtons seit dem Führungswechsel im Kreml, sieht man von der Anwesenheit von Vizepräsident und Außenminister anläßlich der Beisetzung Leonid Breschnews ab.

Propagandistisch hat der Kreml seine Angriffe auf die „Vormacht des Imperialismus und die Kriegsgefahr", die von ihr ausgeht, nicht im geringsten abgeschwächt. Auch die Darstellung der Gespräche Andropows mit den amerikanischen Gästen ist unverändert von selbstgerechter Einseitigkeit geprägt. Der Tass-Bericht über die Begegnung des Partei- und Staatschefs mit den Senatoren in der vergangenen Woche, von allen Medien gleichlautend verbreitet, kennt nur friedensfördernde Initiativen des Kreml und versetzt die US-Politiker in die Rolle brav nickender Zuhörer, denen Belehrendes mitgeteilt wurde.

Nicht anders erging es, folgt man Tass, dem Gewerkschaftsführer Winpisinger. Von ihm wurde kaum mehr verbreitet als die Versicherung, daß auch „die amerikanischen Werktätigen einen gesicherten Frieden und die Beseitigung der Atomkriegsgefahr" wünschten.

Die Senatoren sorgten dafür, daß ein Teil ihrer Äußerungen unverfälscht bekannt wurde. Was in der Parteizeitung „Prawda" nur in dem Satz anklang, sie hätten ihre Ansichten zu mehreren internationalen Problemen dargelegt, erwies sich als handfeste Mahnung an die sowjetische Seite, den negativen Einfluß ihres ungebremsten Rüstungsstrebens, ihrer internationalen Expansion und ihrer internen Menschenrechtsverstöße auf die Meinungsbildung des amerikanischen Volkes nicht zu verkennen. Selbst Kritiker der Reagan-Administration und Leute „wie ich selbst", sagte Senator Pell, die sich für bessere Ost-West-Beziehungen einsetzen, seien darüber ernsthaft besorgt.

Khomeinis Pilger-Appell irritiert die Saudis

Iraner werden in Mekka schärfer kontrolliert

PETER M. RANKE, Beirut

Die saudischen Behörden haben den iranischen Revolutionsführer Ayatollah Khomeini beschuldigt, die religiösen Gebote der moslemischen Pilgerfahrt nach Mekka und Medina zu verletzen. Statt Versöhnung und Frieden zu predigen, verbreite Khomeini Feindschaft. Tatsächlich sind *Streit und Krieg unter Moslems* während des Hadsch geächtet.

Khomeini hat vor einigen Tagen erklärt, die rund 85 000 iranischen Pilger sollten nicht vergessen, daß die Pilgerfahrt ohne ihre politischen und sozialen Dimensionen keinen Sinn habe. Sie sollten daher nicht nur „religiöse Rituale" befolgen, sondern die Gelegenheit nutzen, um andere Moslems über die Verbrechen der USA und der Sowjetunion aufzuklären.

Die saudischen Sicherheitsbehörden haben die Kontrolle und Überwachung der iranischen Pilgergruppen daraufhin verstärkt. Denn sie sehen in dem Aufruf Khomeinis auch die Aufforderung, die politischen und antimonarchistischen Ideen des Ayatollah zu verbreiten.

Die Kontrolle der Pilger ist jedoch schwierig: Täglich treffen jetzt bis zu Hunderttausend mit Jumbo-Flugzeugen, mit Bussen oder zu Schiff aus aller Welt in Dschiddah ein, und sie müssen dann in Hotels oder riesigen Zeltlagern untergebracht werden. Ein Einreiseverbot ist außerdem unmöglich, da jeder Moslem das Recht und die Pflicht zur Pilgerfahrt nach Mekka und Medina hat. Dieses Recht darf nicht verweigert werden.

Nachdem es schon im Vorjahr zu Zusammenstößen mit iranischen Pilgern gekommen war, befürchten die saudischen Sicherheitsbehörden, daß die schiitischen Mullahs Agenten einschleusen, die zu der etwa 275 000 Mitglieder zählenden schiitischen *Minderheit in der am Golf gelegenen* Erdölprovinz Hasa Verbindung aufnehmen. Teheran sieht in Saudi-Arabien einen Gegner im Golfkrieg, der Irak mit Geld und Waffen unterstützt.

Die Schiiten in Saudi-Arabien werden von iranischen Sendern mit Revolutionsparolen gegen die Königsherrschaft versorgt. Nicht vergeblich, denn im November 1979 kam es in der Ölprovinz, vor allem in der Stadt Qatif bei Dammam, zu schweren Unruhen. Die Schiiten beklagen sich, sie würden als Arbeiter auf den Ölfeldern ausgenutzt und seien in Verwaltung und Ministerien benachteiligt. Tatsächlich gibt es unter Ministern, Staatssekretären und in den oberen Behördenrängen keine Schiiten.

Saudische Diplomaten betrachten es als ein Wunder, daß es jetzt im Pilgermonat noch keine ernsthaften Zwischenfälle gab. Dabei ist allein die Versorgung der etwa zwei Millionen Pilger, die fünf bis zehn Tage in Mekka und Medina bleiben, ein großes Problem. Der Tradition nach brauchen sie Datteln, Kamelmilch und zum Abschluß einen Hammel zum schlachten, außerdem Reis und Fruchtsäfte oder Tee. (SAD)

Personalien

VERANSTALTUNG

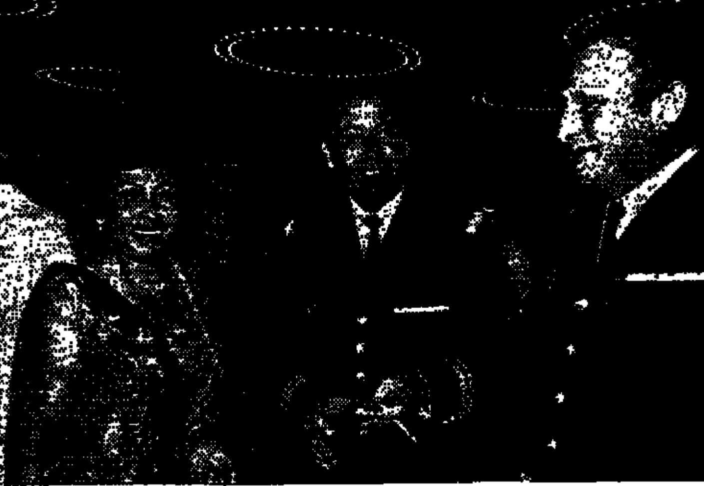
Indonesiens neuer Botschafter **Ashadi Tjahyadi** wird am Dienstag auf seinem neuen Posten in Bonn erwartet. Der Botschafter, Luftmarschall a. D., war ehemaliger Chef der Luftwaffe. Wenige Tage vor seinem Eintreffen feierten die Diplomaten seines Landes in der Bad Godesberger Stadthalle ihren Nationalfeiertag. Gastgeber war Indonesiens Geschäftsträger **Singgih Hadipranewo**. Die Exotik des fernöstlichen Inselreiches zieht immer wieder viele deutsche Freunde in ihren Bann. Die Indonesier sind für ihre besondere Deutschfreundlichkeit bekannt. In der politischen Ferienzeit übernehmen es gerne die Militärs in den Auslandsbotschaften, ihre Bonner Chefs zu vertreten. So hielten es jetzt auch die Franzosen in der Abwesenheit von Botschafter **Jacques Morizet**. Französische Präsenz unterstrichen die beiden Oberstleutnants **Jean Clerc**, Stellvertreter des Heeresattachés, und **François Pütz** vom Verbindungsstab der französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, die sofort Anschluß fanden bei Frau **Rukmi Lestari Stapels**, die in der Militärabteilung der indonesischen Botschaft tätig ist. Das Inselreich Indonesien dokumentiert übrigens auch in seinen folkloristischen Gewändern, daß man kriegerisches Aussehen mit friedlichen Absichten sehr wohl verbinden kann. **Harry Suharkat** von der Wirtschaftsabteilung der Botschaft trug auf dem Rücken den Dolch. Die friedliche Zurschaustellung der Waffe dokumentiert er mit Hilfe einer Blumenranke. Übrigens eine javanische Idee.

GEBURTSTAG

Der Frankfurter Verleger **Werner Wirthle** feiert am 23. August seinen 75. Geburtstag. Der Verleger ist seit 1949 Chef der „Societäts-Druckerei" im „Zeitungsviertel", in der neben der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", „FAZ", auch die Tageszeitungen „Frankfurter Neue Presse" mit ihren Kopfblättern, das Boulevardblatt „Abendpost/Nachtausgabe" sowie die siebensprachige Monatsillustrierte für das Ausland „Scala International" erscheinen. Gesellschaftsrechtlich ist die Societät mit ihren rund 2000 Beschäftigten auch mit der „FAZ" verknüpft. Werner Wirthle ist Schwabe. Er stammt aus Blaubeuren und ist der Sohn des späteren Präsidenten der Oberpostdirektion Tübingen. Seine Ausbildung absolvierte der Druckereifachmann in Leipzig bei B. G. Teubner und in der Leipziger Meisterschule für das graphische Gewerbe. 1928 begann er im Ullstein-Verlag in Berlin zu arbeiten. Während des Krieges war er an der Westfront. 1945 wurde Werner Wirthle von der amerikanischen Militärregierung zum Treuhänder der Frankfurter Societätsdruckerei GmbH bestellt. In diesem Verlag war bis 1943 die „Frankfurter Zeitung" erschienen. Nach dem großen Wiederaufbau des Unternehmens denkt Werner Wirthle jetzt daran, in absehbarer Zeit die Geschäftsführung des Hauses abzugeben. Als Nachfolger nannte er den jetzigen zweiten Geschäftsführer der Societäts-Druckerei und Anteilseigner Dr. **Peter Kluthe**. Werner Wirthle ist heute auch Präsident der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft und Mitglied der Administration des Städelschen Kunstinstituts in Frankfurt.

EHRUNG

Dr. **Werner Altenburg**, während der Kriegshandlungen in Beirut Geschäftsträger der deutschen Botschaft, ist nach Bonn zurückgekehrt und jetzt stellvertretender Referatsleiter in der Abrüstungsabteilung im Auswärtigen Amt. Bundespräsident **Karl Carstens** zeichnete Altenburg mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande aus. Der Diplomat hatte sich in hervorragender Weise in Beirut um die Sicherheit der Deutschen in Libanon verdient gemacht.





Die Diplomatie des Lächelns bleibt die stärkste Waffe. Von links: Rukmi Lestari Stapels, die Oberstleutnants Jean Clerc und Francois Pütz und rechts Harry Suharkat von der indonesischen Botschaft. FOTOS: KEIL

Kein Zeitplan für Teilrückzug aus Nahost

E.L./AFP/AP, **Jerusalem/Kairo/Beirut**

Der ägyptische Außenminister Kamal Hassan Ali hat am Wochenende die Notwendigkeit eines präzisen Zeitplans für den israelischen Truppenrückzug aus Libanon bekräftigt. Nach einem Gespräch Alis mit dem US-Sonderbotschafter für Nahost, Robert McFarlane, in Alexandria sagte ein Sprecher des Außenministeriums, Kairo gehe davon aus, daß einem Abzug der israelischen Truppen der Rückzug der syrischen Truppen nach einem genauen Kalender folgen müsse.

Der libanesische Staatspräsident Amin Gemayel hat inzwischen einen aus drei Mann bestehenden Kabinettsausschuß beauftragt, mit den Führern der oppositionellen „Nationalen Errettungsfront" über eine Aussöhnung zu verhandeln. Der Ausschuß soll zunächst mit dem ehemaligen Staatspräsidenten Suleiman Frandschie und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Rashid Karame sprechen. Beide sollen aufgefordert werden, auf den sozialistischen Drusenführer Walid Dschumblatt einzuwirken, mit ihnen gemeinsam an einer in dieser Woche stattfindenden Konferenz in Beirut mitzuwirken.

Heftige Kämpfe zwischen Drusen und Christen befürchten israelische Offiziere, die jetzt die Vorbereitungen zum Teilrückzug der israelischen Armee aus den Bergen des Schuf und der Umgebung von Beirut überwachen. Die Drusen könnten 30 000 Mann zu den Waffen rufen, die Christen etwa 40 000. Vermutlich ist diese Besorgnis der Grund, warum Israel den Zeitpunkt des Teilrückzugs bis heute nicht festgelegt hat. Wie ein Sprecher der israelischen Streitkräfte in Beirut erklärte, soll der Teilabzug nicht ohne vorherige Information der libanesischen Behörden und aller anderen betroffenen Stellen erfolgen.

*

rtr, **Athen/Tunis**

Für die Ermordung eines hohen PLO-Funktionärs am Wochenende in Athen hat sich nach Angaben der Kuwaiter Tageszeitung „Al-Qabas" eine bislang unbekannte Gruppe der PLO-Guerrillaorganisation Fatah verantwortlich erklärt. Die Zeitung berichtete gestern, ein Anrufer habe sich bei ihr gemeldet und sich als *Vertreter der „korrektiven Bewegung"* innerhalb der Fatah bezeichnet. Bei dem Erschossenen handelt es sich um Mamoun Mreish Sughaiyer, einen engen Mitarbeiter des stellvertretenden Befehlshabers der PLO-Streitkräfte Abu Yihad.

Kohl wieder in Bonn. Neuer Streit um Mutterschaftsgeld

■ Fortsetzung von Seite 1

– zumal die Wahl in Hessen bevorsteht –, brüskieren und ein Vermummungsverbot durchsetzen wird. Unmittelbar vor seinem Urlaubsbeginn hatte Kohl Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU), mit dem er sich gut versteht, zu sich gebeten und mit ihm über das Verhältnis zur FDP gesprochen. Kohl war, wohl aufgrund von Klagen der FDP, zu der Meinung gelangt, die Pressepolitik des Bundesinnenministers sei besonders gegenüber der FDP aggressiv. Zimmermann hat diesen Vorwurf nicht auf sich sitzenlassen und den Kanzler seinerseits auf „Störenfriede" wie die FDP-Abgeordneten Baum und Hirsch und außerdem die Ausländerbeauftragte Frau Funcke hingewiesen.

Kohl möchte das Verhältnis zwischen den drei Koalitionsparteien intakt und möglichst „störungsfrei" halten. Der Milliardenkredit für die „DDR", bei dessen Zustandekommen der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß eine entscheidende Rolle *gespielt hat, war zwischen ihm und* Bayern abgesprochen. Aber manches, was Strauß später erklärte, sei es zur Entwicklung in Polen oder zu laufenden Verhandlungen mit der „DDR", mißfiel dem Kanzler. Dennoch äußerte er sich dazu nicht öffentlich.

Andererseits aber hat das Bundeskanzleramt in den letzten Wochen auch versucht, die FDP für eine Mäßigung von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zu gewinnen, der sich bei jeder Gelegenheit an der CSU reibt. Man schreibt die Aussagen von Graf Lambsdorff zum Teil der im Vorfeld von Hessen notwendigen Profilgewinnung der FDP zu, aber man empfindet sie dennoch als Störfaktor.

Der Kanzler ist nach seinem Urlaub auf mehreren Feldern gefordert. Der Auftritt des Vorsitzenden der *CDU/* CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, vor der Bundespressekonferenz, bei dem er zur Sicherheitspolitik Stellung bezog, hat Mutmaßungen ausgelöst. Dregger hatte dabei im Hinblick auf Genf vor „falschen Konzessionen" gewarnt und erklärt, „nicht jede Entscheidung" könne unter Beachtung deutscher Sicherheitsinteressen von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gebilligt werden. Im Kanzleramt sprach man von sibyllinischen Äußerungen. Und nicht wenige spekulierten, Dregger habe damit endgültig alle abweichlerischen Gedanken auch im eigenen Lager verbannen wollen.

Wenn im Bundeskanzleramt über die politische Strategie diskutiert wird, dann ist es natürlich, daß sich die CDU-Führung auch Gedanken über die Zukunft des Koalitionspartners FDP machen wird. Kohl hat immer gesagt, er will dieses Bündnis mit der FDP auf längere Zeit angelegt wissen. Der Wahlausgang in Hessen wird nicht zuletzt auch deshalb bundespolitische Bedeutung haben.

Burt: Diskussion um Nachrüstung fast gewonnen

dpa/SAD, **London**

Optimistisch über die Aussichten für ein Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen hat sich der Leiter der Europa-Abteilung im US-Außenministerium, Richard Burt, geäußert. Der britischen Zeitung „Observer" sagte Burt, er sei hoffnungsvoll, daß die „fundamentalen Hindernisse" bei *den Verhandlungen in Genf beseitigt* werden könnten.

Er spielte dabei vor allem auf die Frage der Einbeziehung britischer und französischer Atomwaffen in ein Abkommen an. Es sei „interessant festzustellen", daß die Sowjets ihre Forderungen nach Einbeziehung dieser Waffen jetzt nicht mehr so stark vorbrächten. Nach seiner Meinung könne es sich deshalb bei dieser Forderung von vornherein um einen „vor allem taktischen Trick" gehandelt haben.

Die Kampagne, die Öffentlichkeit in den NATO-Staaten für die Aufstellung von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern zu gewinnen, ist nach Einschätzung Burts *so gut* wie gewonnen. Er sagte, er habe das Gefühl, daß sich die Menschen in Westeuropa damit abgefunden hätten. „Ich glaube, daß die Ergebnisse der britischen, deutschen und italienischen Wahlen das demonstrieren."

Burt deutete an, daß nach der Einführung der neuen Systeme die Arsenale veralteter Atomwaffen weiter abgebaut werden könnten.

Genscher: Auch Pershing kann reduziert werden

Mit Blick auf CDU Klarstellung zu Genfer Verhandlungen

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Bundesaußenminister Genscher hat der Ansicht widersprochen, daß ein „Zwischenergebnis" der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) lediglich vorsehe, die für die Bundesrepublik vorgesehenen Marschflugkörper zu reduzieren, nicht aber die ballistischen Raketen des Typs Pershing 2. *Diese* Vorstellung ist eine Zeitlang von führenden Politikern der CDU vertreten worden, so daß Genschers Äußerungen vom Wochenende von Bonner Beobachtern als deutliches Zeichen gegenüber dem Koalitionspartner verstanden wurdeN, die Union solle die Geschäftsgrundlage des NATO-Doppelbeschlusses nicht verlassen.

Genscher hatte in einem Interview der „Süddeutschen Zeitung" erklärt: „Wenn wir sagen, wir stehen zum Doppelbeschluß, so meinen wir zur Nachrüstung und zu den Verhandlungen. Und wenn wir vom Waffenmix sprechen, dann heißt das auch, daß von Reduzierungen als Teil eines *Verhandlungsergebnisses Pershing 2* und Marschflugkörper im gleichen Verhältnis betroffen sein müssen." Und er fügte hinzu, eine „klare Absage" sei „jeder Gedankenspielerei" zu erteilen, die nur Reduzierungen bei den Marschflugkörpern meine.

In ähnlichem Sinne hatte sich auch der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dregger, letzte Woche auf einer Bonner Pressekonferenz geäußert (s. WELT v. 18. 8.). Dregger erklärte bei dieser Gelegenheit, selbst für den Fall eines „niedrigen Zwischenergebnisses" bei den Genfer INF-Verhandlungen sei ein Waffenmix „sinnvoll". Dregger wollte offenkundig auch Befürchtungen des Koalitionspartners FDP im Ansatz zerstreuen, daß die Union lediglich *zur Reduzierung der Cruise* Missiles bereit sei.

Während sich der FDP-Vorsitzende in dem Zeitungsinterview klar zum „Waffenmix" bekannte, bekundete der Fraktionsvorsitzende der FDP, Mischnick, wiederum Sympathie für die Formel vom „Waldspaziergang", bei der die beiden Unterhändler die Pershing 2 ausgeklammert hatten. AP zufolge forderte Mischnick im nordhessischen Schotten ein Anknüpfen und Weiterentwickeln am Kompromiß des Waldspaziergangs.

Der Außenminister wandte sich gegen den Wunsch der griechischen Regierung, den Termin der Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen in *Westeuropa um* ein halbes Jahr zu verschieben. Bonn könne damit nicht einverstanden sein, sagte Genscher, da die INF-Verhandlungen „so klar zu den Kernpunkten vorgestoßen" seien, „daß jederzeit, auch heute noch, eine Einigung möglich ist". Zugleich erinnerte er daran, daß der Bundestag der möglichen Stationierung von US-Waffen schon 1979 zugestimmt habe.

Apel befürchtet Antiamerikanismus durch Zinspolitik

dpa/AP, **Bonn**

Allein beim Verteidigungsetat des Haushalts 1984 drohen nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Apel, Nachforderungen in Milliardenhöhe, wenn der Dollar-Kurs auf der gegenwärtigen Höhe bleibt. In einem Interview mit dem SPD-eigenen „Parlamentarisch-politischen Pressedienst", wies der frühere Verteidigungs- und Finanzminister auf die hohe Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik von der Dollar-Entwicklung und der Zinspolitik der USA hin.

Apel forderte die Bundesregierung auf, mit den Amerikanern über Zinssenkungen „ernsthaft und energisch zu reden" und mit den Partnern im europäischen Währungssystem eine konzertierte Aktion zu starten: „Wir müssen uns nicht wundern, wenn diese Politik, die die Amerikaner betreiben, unsere Wirtschaft in Schwierigkeiten bringt und dann der Antiamerikanismus weiter wächst." Er, Apel, wolle das nicht und fordere von *der Bundesregierung rasches* Handeln. Der SPD-Politiker kritisierte erneut den Bonner Etat für 1984, in dem keine Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit vorgesehen seien.

Steuersenkung: Pläne bekräftigt

dpa, **Hamburg**

Eine baldige Senkung der Lohn- und Einkommensteuer haben FDP-Politiker und der Bund der Steuerzahler erneut befürwortet. Nach Meinung von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) sollte die Steuerlast noch in dieser Legislaturperiode um mindestens zwölf bis 14 Milliarden Mark gesenkt werden. Es sei „höchste Zeit", die mit steigendem Einkommen entstehenden „heimlichen Steuererhöhungen" an die Bürger zurückzugeben, sagte Lambsdorff im Westdeutschen Rundfunk. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick bezeichnete eine leistungsfreundlichere Gestaltung der Steuergesetze auch als „psychologische Konsolidierung" der Konjunktur.

Der Bund der Steuerzahler sieht für eine Änderung der Steuergesetze „äußerste Eile" geboten. Der Verbandsvorsitzende Armin Feit meinte in der „Neuen Osnabrücker Zeitung", daß durch die jetzigen Steuergesetze der Bürger „fast dazu gezwungen wird", bei seiner Steuererklärung zu manipulieren.

In der Albanien-Frage setzt Athen auf den stillen Dialog

JOHNNY ERLING, **Bonn**

Die Athener konservative Tageszeitung „Mesimvrini" bezog ihren Aufmacher direkt aus dem Europaparlament. Der Bericht über die miserable Lage von etwa 400 000 ethnischen Griechen im benachbarten Südalbanien war für den griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou bestimmt: 25 000 albanische Griechen, mußte er erfahren, seien in Albanien in *Gefängnissen und Arbeits*lagern interniert. Aber auf eine angekündigte baldige Stellungnahme des Außenministers wartet man bisher vergeblich. Griechenland ist derzeit das einzige NATO-Land, das seit 1971 diplomatische Beziehungen zu Albanien hat und sie ausbauen konnte, obwohl formal noch immer der seit 1940 *herrschende* Kriegszustand nicht aufgehoben wurde. Die sich seither entwickelnden Kontakte möchte Athen nicht aufs Spiel setzen.

Das mag den Ausschlag gegeben haben dafür, daß auch die vorwiegend religiösen mehr als 80 Verbände der Heimatvertriebenen Griechenlands mit der sozialistischen Regierung in der, wie sie es nennen, Nord-Epirus-Frage an einem Strang ziehen und internationales Aufsehen um den „albanischen GULag" ebenso vermeiden, wie es die konservative Opposition tut – obwohl sie es eigentlich war, die im Januar 1982 das Europa-Parlament alarmiert hatte.

Der nun vorgelegte Bericht wirkt schockierend. Die Aufzählung drastischer Menschenrechtsverletzungen wäre eigentlich Stoff genug für den Europäischen Gerichtshof, dem indes Albanien nicht angehört. Über die Anzahl der in Albanien lebenden Griechen gibt es allerdings nur Schätzungen, die von 150 000 bis zu 400 000 Personen reichten. Ebenso fraglich ist, wie viele davon interniert sind.

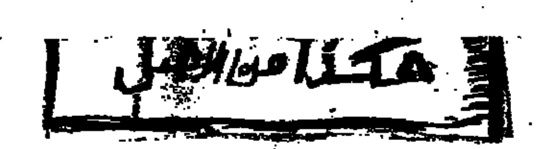
Daß in Albanien Menschenrechtsverletzungen aber gang und gäbe sind, ist ernsthaft nicht zu bezweifeln. Während „amnesty international" vorsichtig von 2000 politischen Gefangenen in den beiden zentralen Lagern Burelli und Spach spricht, hat dieser Tage Nikolaos Stavrou, Professor für internationale Beziehungen an der Harvard-Universität, eine in drei Jahren angefertigte Untersuchung über Albanien vorgelegt. Er schätzt die Gesamtzahl aller politischen Gefangenen auf immerhin 40 000. Dabei konnte er durch intensive Gespräche mit Flüchtlingen 29 Gefängnisse und Arbeitslager lokalisieren.

Gravierend sind nach übereinstimmenden Berichten die religiöse und ethnische Verfolgung. Von den ehemaligen weit über 600 Kirchen existieren heute nur noch 20 als Museen. Umsiedlungen und Diskriminierungen ethnischer Griechen sind an der Tagesordnung.

Dennoch setzt die Regierung Papandreou in Übereinstimmung mit allen politischen Kräften auf den stillen Dialog. So wird auch größere Publizität um die Flüchtlinge aus Albanien vermieden. Bekannt ist nur, daß im ersten Halbjahr 1983 mindestens 15 Albanern die Flucht gelang, darunter zehn ethnischen Griechen.

Auf dem Normalisierungskurs der kleinen Schritte wird angenommen, daß Athen nun bereit ist, Verhandlungen über die Aufhebung des Kriegszustandes zu beginnen. Albanien betrachtet das als Vorbedingung für eine Öffnung der Grenzübergänge. Zudem möchte Griechenland Albanien die Tür nach Europa offenhalten. Damit handelt es durchaus im Interesse der EG.

Sicherlich aber hofft Papandreou auch, daß seine Initiative für eine atomwaffenfreie Zone in den Balkan-Ländern ebenfalls in Albanien auf eine positive Resonanz stößt, das bislang als einziges Land Gespräche dazu abgelehnt hat. In der vergangenen Woche schrieb Papandreou deshalb einen zweiten Brief an die Balkan-Staaten. Es scheint, daß man sich in Griechenland Hoffnungen macht, nicht zuletzt auch darauf, daß Enver Hodschas erster West-Besuch nach Athen führt.



Von Schoop zu Groth

gb. – Kurt Schoop, seit 1967 Chef der Düsseldorfer Messegesellschaft Nowea, gehört ohne jeden Zweifel zu den herausragenden Persönlichkeiten im deutschen Messewesen. Dies wird nicht nur durch die Leistung belegt, mit der er Düsseldorf zu einem sehr erfolgreichen Messeplatz gemacht hat, sondern beinahe mehr noch durch die Art und Weise, wie er jetzt seine Nachfolge geregelt hat.

Der Aufsichtsrat der Nowea hat am Freitag einem Konzept zugestimmt, das den Übergang der Geschäftsleitung von Schoop auf seinen Nachfolger frühzeitig regelt. Claus Groth, der die Nachfolge 1984 antreten wird, war lange enger Mitarbeiter Schoops in Düsseldorf gewesen, bevor er 1979 als Vorstandsvorsitzender zur Messegesellschaft nach Hannover ging. Dort mußte er sich jetzt entscheiden, ob er seinen Vertrag über 1984 hinaus verlängert, mithin 1986, wenn Schoop 65 Jahre alt wird, als „Wunschkandidat" für Düsseldorf nicht zur Verfügung gestanden hätte.

Man kann dem Nowea-Aufsichtsrat und Schoop für die Weitsicht ihrer Entscheidung, nicht zu warten, nur loben. Sie erhalten mit Claus Groth einen Messemann an den Rhein zurück, der in Hannover Beachtliches geleistet hat und verfügen mit Schoop im Aufsichtsrat über einen erfahrenen Berater, dessen Dienste sich auf Feldern nutzen lassen, die der Messemanager im Laufe seiner täglichen Geschäfte nicht ausreichend beachten kann.

Zu bedauern ist jedoch die Deutsche Messe- und Ausstellungs AG in Hannover, die ausgerechnet in einer Zeit, da sich der Wettbewerb zwischen den Messegesellschaften dramatisch verschärft, ihren Spitzenmann verliert. Es wird sicher schwierig sein, bis zum kommenden Jahr einen Nachfolger zu finden, der die für die gesamte deutsche Wirtschaft wichtige Messearbeit in Hannover erfolgreich weiterführen kann. Aber wat den eenen sien Uhl ...

Hühnerglück

hg – Endlich ist es den deutschen Verbraucherschützern gelungen, der EG-Kommission ein bedrückendes Problem nahezubringen: Sind die Hühner, deren Eier wir täglich verzehren, auch glücklich? Wer kennt es nicht, das dumpfe Brüten vor dem morgendlichen Frühstücksei: Darf die Spenderin in huhneswürdiger Weise auf dem Hühnerhof Körnerpicken, oder muß sie etwa, horribile dictu, in einer Legebatterie arbeiten? Dieser Unsicherheit soll ein Vermerk auf der Eierpackung ein Ende bereiten; so eine deutsche Forderung. Man kann sich vorstellen, was dann passiert: Etliche Eieranbieter werden versuchen, auf den Packungen ihrer Eier den Vermerk „glücklich" anzubringen, obwohl die Hühner nur zweimal täglich für jeweils zehn Minuten Freigang haben. Also muß das Hühnerglück kontrolliert werden, durch Beamte, versteht sich. Und es kommt, wie es kommen muß: Endlich gibt es in Brüssel wieder ein paar Planstellen mehr.

Ohne Logik und Vernunft

Von CLAUS DERTINGER

Der Devisenmarkt hat zur Zeit mehr Ähnlichkeit mit Monte Carlo als mit einer ökonomisch sinnvollen Veranstaltung für den internationalen Handels- und Kapitalverkehr. Zumindest gilt das für den Dollar, die wichtigste Währung der Welt. Wenn der Dollarkurs in zwei Wochen um mehr als fünf Prozent steigt und in nur fünf Tagen wieder um fast fünf Prozent sinkt, ohne daß sich in den Volkswirtschaften der USA auf der einen und der Bundesrepublik und anderer Länder auf der anderen Seite irgendwelche wirtschaftlichen oder politischen Veränderungen von auch nur minimaler Bedeutung ergeben haben, dann können solche horrenden Wechselkursschwankungen eigentlich nur ein Indiz dafür sein, daß Logik und Vernunft keine Rolle mehr spielen.

Gewiß, es ist eine Binsenweisheit, daß Wechselkurse mehr oder weniger weit von ihrer Kaufkraftparität abweichen können, daß sie nicht fundamentale Daten wie Entwicklung der Leistungsbilanz und Inflationsraten spiegeln müssen. Eine Währung kann aus politischen Gründen als „save haven" begehrter sein als andere, oder sie kann wegen hoher Zinsen besonders attraktiv sein. Das erklärt auch, warum der Dollar stark ist, obwohl das Loch in der amerikanischen Leistungsbilanz immer größer wird und der Überschuß in der deutschen Leistungsbilanz weiter wächst.

Die politische Attraktivität des Anlagelandes USA und der Zinsvorteil des Dollar gegenüber der D-Mark und anderen Währungen liefern jedoch noch keine schlüssigen Argumente für die jüngsten Kurseskapaden des Dollar. Der Höhenflug seit Ende Juli wäre noch verständlich, wenn es massive Kapitalabflüsse aus der Bundesrepublik in die USA gegeben hätte.

Die einzige deutlich in Erscheinung getretene Triebfeder der Dollarhausse war eine gewaltige Spekulation. Sie basierte auf der Erwartung, daß die Zinsen in den USA weiter steigen. Einmal, weil das riesige Washingtoner Budgetdefizit inflationär und zinstreibend wirkt. Zum anderen, weil man glaubt, daß die über das Zielband hinausschießende Geldmenge entweder die US-Notenbank veranlaßt, an der Zinsnotbremse zu ziehen, oder – falls sie das nicht täte – die Inflation wieder ins Kraut schießt und dann auch wieder die Zinsen steigen.

Tatsächlich sind die Zinsen am amerikanischen Geld- und Kapitalmarkt vom 25. Juli bis 5. August um rund ⅝ Prozentpunkte gestiegen, womit auch der Zinsvorsprung des Dollar vor der D-Mark wuchs. Der Dollarkurs wäre jedoch sicherlich nicht derart explodiert, wenn nicht im Devisenhandel massiv darauf spekuliert worden wäre.

Der Glaube an einen noch längeren Höhenflug verstärkte sich noch, als die Notenbanken versuchten, den Kursanstieg zu bremsen. Wenn die Zentralbanken nicht selbst Angst vor einem Fortgang der Dollarhausse hätten, würden sie sicher nicht eingreifen, so kommentierte man am Markt die konzertierten Interventionen mit rund 3 Milliarden Dollar. So bewirkten die Notenbankeingriffe genau das Gegenteil des beabsichtigten Effekts. Und als die Interventionen dann eingestellt wurden, weil die USA nicht mehr mitzogen, verbreitete sich am Markt erst recht die Meinung, daß es für den Dollar auf dem Weg nach oben keinen Halt mehr gäbe.

Aber wie so oft, wenn der ganze Markt „auf einer Seite liegt", kommt irgendwann eine Korrektur, zu der es häufig nur eines geringen Anstoßes bedarf. Und schon bricht die ganze Spekulation zusammen. Auslöser des „Drehs" waren die plötzlich in die Welt gesetzten Zweifel an einem weiteren Zinsanstieg in den USA und die Hoffnungen auf sinkende Zinsen, nur weil die Geldmenge in einer Woche langsamer gestiegen ist als erwartet. Man gewinnt den Eindruck, daß manche potenten Marktteilnehmer bewußt Meinungen verbreiteten, die den Dollarkurs in eine für sie gewünschte und gewinnbringende Richtung in Bewegung bringen. Und der gesamte Markt folgt ihnen dann blind wie eine Herde, bis den letzten die Hunde beißen. Man könnte über die Kurseskapaden und die für sie nachträglich gefundenen Begründungen lachen, wenn sie nicht – wie die Dollarhausse – auch ökonomisch nachteilige Folgen hätten.

LATEINAMERIKA / Interamerikanische Entwicklungsbank pessimistisch

Verschuldung zwang zwanzig Länder zur Drosselung ihrer Einfuhren

HORST-ALEXANDER SIEBERT, Washington

Einen hohen Preis in Form stark gebremster Exporte müssen die Industrienationen für die Verschuldungskrise zahlen, in der die wichtigsten lateinamerikanischen Länder stecken. Die neueste Lageanalyse der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) in Washington übertrifft die schlimmsten Befürchtungen: Die Einfuhren der Region sackten im vergangenen Jahr wert- und mengenmäßig um 19,4 und 15,4 Prozent.

Weil Devisen fehlten und der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) vorgeschriebene Anpassungsprozeß Opfer verlangt, drosselten 20 der 25 IDB-Mitgliedsstaaten ihre Bezüge aus dem Ausland. Chile kürzte die Importe um 46, Argentinien um 45 und Mexiko beispielsweise um 37 Prozent. Obwohl die Exporte Lateinamerikas um 9,8 und 0,7 Prozent schrumpften, brachten die scharfen Einfuhrschnitte einen Überschuß von 7,7 Milliarden Dollar in der zusammengefaßten Handelsbilanz.

Mexiko, das 1981 noch ein Handelsminus von 3,4 Milliarden Dollar verbuchte, rutschte auf Grund dieser Politik mit 6,9 Milliarden Dollar in die schwarzen Zahlen. Argentinien und Brasilien wiesen einen Aktivsaldo von 1,9 und 0,8 Milliarden Dollar aus. Erheblich verschlechtert haben sich die Dienstleistungs- und Kapitalbilanz der Region, und zwar auf 41,5 (zehn) und 29,3 Milliarden Dollar (36 Prozent). Hier wirkten sich die enormen Zinsbelastungen aus. Die Währungsreserven sanken auf 12,8 Milliarden Dollar. Es war der tiefste Sturz in vier Jahrzehnten.

Die Schwächung der Zahlungsbilanzposition, die schon 1980 einsetzte, hatte dramatische Folgen: Der Zustrom ausländischen Kapitals nach Lateinamerika verengte sich auf weniger als 30 Milliarden Dollar netto – 65 Prozent des Vorjahresniveaus. Bis März 1983 mußten 16 Länder Hilfe beim IWF suchen. Weiter gesunken sind auch die ausländischen Direktinvestitionen in Lateinamerika, die früher eine wichtige Finanzquelle darstellten. Die IDB befürchtet, daß die Kapitalzuflüsse nie wieder so kräftig zunehmen wie in der letzten Dekade – von 1977 bis 1981 stiegen sie von 14,5 auf 45,9 Milliarden Dollar netto – und real, also inflationsbereinigt, sogar abnehmen können.

Nach Angaben der IDB erreichte die öffentliche Verschuldung Ende 1981 in Lateinamerika 181 (1975: 59) Milliarden Dollar; 72 Prozent entfielen auf Argentinien, Brasilien, Mexiko und Venezuela. Im selben Jahr verschlang der Schuldendienst 29 Milliarden Dollar. Wegen der verkürzten Laufzeiten und fälligen Tilgungen wird er sich 1983 trotz der niedrigeren Zinsen weiter erhöhen. Auf die vier größten Schuldnerländer entfielen 76 Prozent der Zins- und Tilgungszahlungen. Brasilien und Peru mußten dafür 34 und 47 Prozent der Exporterlöse abzweigen; für die Region betrug der Durchschnitt 26 Prozent.

Lateinamerika befindet sich im dritten Rezessionsjahr; Auslöser waren laut IDB die Wachstumskrise in den Industriestaaten und der Zusammenbruch der Rohstoffpreise. Das zusammengefaßte Bruttoinlandsprodukt fiel 1982 zum erstenmal seit 1945, und zwar real um 1,2 Prozent. Pro Kopf waren es sogar mehr als drei Prozent. In elf Ländern sank der Lebensstandard, gemessen an den Einkommen gegenüber 1980, um fünf bis über zehn Prozent. Von den 120 Millionen arbeitsfähigen Lateinamerikanern sind 36 Millionen ohne Job oder unterbeschäftigt. Ungelöst bleibt das Inflationsproblem.

Für dieses Jahr rechnet die IDB angesichts der immer noch schwachen Konjunktur in den meisten Industriestaaten nicht mit einer merklichen wirtschaftlichen Erholung. Besser soll es jedoch 1984 aussehen.

Die IDB-Prognosen für die Hauptschuldner: Argentinien: Die Übergangsphase bleibt schwierig, auch bei erfolgreicher Umschuldung übersteigt der Kapitalabfluß 1983 netto fünf Milliarden Dollar. Brasilien: Wachstumstempo kann sich weiter verlangsamen, unwahrscheinlich sind Exportüberschüsse von sechs Milliarden Dollar. Mexiko: Auf dem richtigen Stabilitätskurs. Venezuela: Wegen Präsidentschaftswahl im Dezember gibt es noch kein ernstzunehmendes Gesundungsprogramm.

US-AKTIENMÄRKTE

Schnelleres Wachstumstempo schürt die Inflationsangst

H.-A. SIEBERT, Washington

An den US-Aktienmärkten herrscht große Ratlosigkeit, da die Richtung, in der die amerikanischen Zinsen und Preise marschieren, immer schwerer auszumachen ist. Einmal hat sich das wirtschaftliche Wachstumstempo in den Vereinigten Staaten im zweiten Quartal 1983 stärker als erwartet beschleunigt und hohe Gewinne in die Kassen der Unternehmer gespült. Zum anderen sind die Aufträge für langlebige Verbrauchsgüter zum erstenmal seit Februar gesunken und das Haushaltsbüro des Kongresses warnt vor jahrelangen Rekorddefiziten.

In diesem ungewissen Klima ist es kein Wunder, daß das Börsengeschäft einer Achterbahn ähnelt: An einem Tag schießen die Kurse weit in die Höhe, am anderen sacken sie tief in den Keller. Dieses Bild wiederholte sich in der vergangenen Woche. Erstmals seit Mitte Juli blieb der Dow-Jones-Industrie-Index jedoch mit 11,38 Punkten im Plus; die Anstöße gingen hauptsächlich von den verbesserten Rentenwerten aus. Am Freitag, als die Wall Street mit den neuesten Statistiken überschüttet wurde, erholte er sich nur um 1,73 auf 1194,21 Punkte. Der breitere Nyse-Index ist um 1,08 (0,19) auf 94,92 Punkte gestiegen.

Die inzwischen mehrfach revidierten Zahlen zeigen, daß Amerikas Bruttosozialprodukt in der April-Juni-Periode real nicht um 8,7, sondern um 9,2 Prozent zugenommen hat. Es war der kräftigste Konjunkturschub seit 1978. Im ersten Quartal erhöhte sich die Wertschöpfung um 2,6 Prozent nach einem Minus von 1,7 Prozent im Gesamtjahr 1982. Die Teuerung, gemessen am Deflator, machte nur 3,5 Prozent aus. Das sollte die Wall Street eigentlich beruhigen, aber sie befürchtet eine Wiederholung früherer Boomphasen, die zu Preisexplosionen führten. Als Motor erwiesen sich die Verbrauchernachfrage (plus 9,7 Prozent), der Wohnungsbau, die Lageraufstockung und die Verbesserung der Netto-Exporte.

Nach Steuern nahmen die Gewinne der US-Unternehmen im zweiten Quartal um 14,7 Prozent zu, verglichen mit einem Rückgang um 4,7 und 2,6 Prozent in den beiden vorausgegangenen Vierteljahresperioden. Das Handelsministerium hält den Aufschwung jetzt für so stark, daß „leichte Zinsanhebungen ihn nicht stoppen können". Einen Bremseffekt kann nach Ansicht ernst zu nehmender Broker indes die Abnahme der Ordereingänge, die von Autos bis zu Flugzeugen reicht, im Juli um 3,6 (Juni: plus 7,6) Prozent haben.

Folgt man der Wall Street, dann entscheiden zwei Faktoren über den künftigen Verlauf der Aktienkurse: Das Ausmaß des Haushaltsdefizits, das sich im laufenden Finanzjahr auf 201 Milliarden Dollar (ohne außerordentliche Budgets) nahezu verdoppelt, und die Geldversorgung. Vermutlich löst die jüngste Verringerung um 500 Millionen Dollar (M1) einen kurzen Spurt aus. Aber die Zinsgefahr bleibt.

AUF EIN WORT

„Die Väter der Europäischen Gemeinschaft würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie sähen, wie stark heute administrativer Protektionismus als Ersatz für Schutzzollpolitik betrieben wird. Gerätesicherheit und Verbraucherschutz sind oft bloßer Vorwand für prohibitive Prüfkosten und Wartezeiten, die den internationalen Warenaustausch torpedieren."

Hubertus Pierschkalla, Buderus AG, Wetzlar, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Heizungsindustrie.
FOTO: DIE WELT

Zinsen werden wieder sinken

dpa, Bad Segeberg

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) rechnet damit, daß die Zinsen wieder zurückgehen. Auf einer CDU-Veranstaltung in Bad Segeberg sagte Stoltenberg, die Zinsen seien im Gefolge der Entwicklung in den USA in den vergangenen Monaten leicht gestiegen. Mittelfristig sei jedoch zu erwarten, daß die Verbesserung der Leistungsbilanz der Bundesrepublik, der Rückgang der Verschuldung und eine günstigere Wirtschaftslage „den Zinstrend erneut umkehren und wir niedrigere Zinsen erreichen". Positiv hat sich nach Darstellung Stoltenbergs die private Verbrauchernachfrage in diesem Jahr entwickelt.

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Nach der Lehre bleiben manche ohne Anstellung

GISELA REINERS, Bonn

Zum Problem der Jugendarbeitslosigkeit gesellt sich nach und nach ein weiteres, vergleichsweise aber Geringeres: Jugendliche, die von den Betrieben „über Bedarf" ausgebildet wurden, finden in zunehmendem Maße keine Anstellung. Wie aus dem jüngsten Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft hervorgeht, hat sich von 1981 auf 1982 die Zahl der nach ihrer Lehre nicht übernommenen Jugendlichen unter 25 Jahren von 20 800 auf rund 45 000 mehr als verdoppelt. Zur Dramatisierung bestehe jedoch kein Anlaß. Der Anteil der Nicht-Übernommenen betrage, gemessen an den arbeitslosen Jugendlichen, nur 8,2 Prozent.

Nach Angaben des Informationsdienstes bemühen sich jedoch zahlreiche Betriebe, den jungen Leuten die Enttäuschung zu ersparen, das Berufsleben gleich mit Arbeitslosigkeit beginnen zu müssen. So werden häufig Park-Möglichkeiten gefunden, wo die Jugendlichen erst einmal beschäftigt werden, um dann auf frei werdende Stellen nachrücken zu können. Bei Audi werden junge Leute mit Arbeiten betraut, die ihrer Ausbildung in etwa entgegenkommen; Esso versucht, der Entlassung der Jüngeren durch vorzeitige Pensionierungen älterer vorzubeugen; Mannesmann beschäftigt die Ausgelernten ein Jahr lang zu 20 Stunden in der Woche mit Nachrück-Möglichkeiten, frühestens nach drei Monaten.

In diesem Zusammenhang plädiert das Arbeitgeber-Organ dafür, keine tarifvertragliche oder gesetzliche Verpflichtung zur Übernahme aller Ausgebildeten im erlernten Beruf zu voller Stundenzahl zu schaffen. Nur so könne die nötige Flexibilität für die Betriebe erhalten bleiben.

BRASILIEN

In Paris Verhandlungen über Zahlungsaufschub beantragt

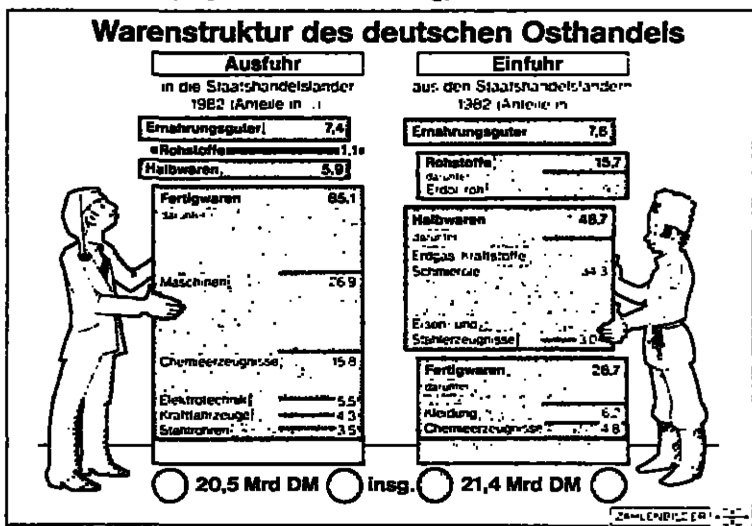
JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Angesichts seiner drohenden Zahlungsunfähigkeit ersucht Brasilien seine Gläubigerstaaten um Zahlungsaufschub. Wie Planungsminister Antonio Delfim Netto am Wochenende in Paris erklärte, habe er jetzt offiziell die Aufnahme entsprechender Verhandlungen beantragt. Ursprünglich wollte Netto noch nach London und Frankfurt reisen, ist jetzt aber direkt nach Brasilien zurückgekehrt. Das Stundungsbegehren bezieht sich auf 1,5 bis zwei Milliarden Dollar der 1983 und 1984 gegenüber 16 westlichen Staaten fällig werdenden und von deren Regierungen garantierten Verbindlichkeiten. Die gesamte Auslandsschuld Brasiliens beläuft sich auf rund 90 Milliarden Dollar. Davon sind 10 Milliarden Dollar kurzfristig. Hinzu kommen zwei Milliarden Dollar Zinsrückstände.

Zusagen scheint Netto in Paris aber nicht erhalten zu haben. Wirtschafts- und Finanzminister Delors erklärte nach seinem Gespräch lediglich, er stünde neuen Schuldenverhandlungen unter der Bedingung nicht abgeneigt gegenüber, daß Brasilien seinen Konflikt mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bereinigt. Dieser hatte einen Standby-Kredit über 4,9 Milliarden Dollar im Juni blokkiert, da Brasilien dessen Auflagen nicht nachgekommen war (Verminderung der Inflation von zur Zeit 140 auf 50 Prozent 1984).

Wegen der Freigabe der zurückgehaltenen 411 Millionen Dollar traf Netto mit dem in Paris auf Urlaub befindlichen IWF-Generaldirektor Jacques de Larosière zusammen. Außerdem sprach er mit dem Präsidenten der Stellvertretergruppe des Zehnerclubs, Michel Camdessus.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Spielt die Ausfuhr für die Bundesrepublik Deutschland, gemessen am gesamten Außenhandelsvolumen, auch nur eine untergeordnete Rolle, so hat sie für einzelne Branchen doch größeres Gewicht: Vierzehn Prozent der Stahlröhren und 16 Prozent der Werkzeugmaschinen wurden in Richtung Osten geliefert. Im Jahr 1982 entfielen mehr als ein Viertel der deutschen Lieferungen auf Maschinen. QUELLE: ZAHLENBILD

Mehr „Ausländer" bei Pkw-Neuzulassungen

Flensburg (dpa/VWD) – Im Juli 1983 kamen 28,8 Prozent der in der Bundesrepublik und Berlin insgesamt 174 000 neu zugelassenen Pkw aus dem Ausland. Im Juli vorigen Jahres waren es 24,3 Prozent der damals annähernd 163 000 Pkw-Neuanmeldungen. Wie aus einer vom Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg herausgegebenen Statistik hervorgeht, stammten im Berichtsmonat 42 Prozent (21 175) der ausländischen Pkw aus Japan (Vorjahr 46 Prozent gleich 18 209 Fahrzeuge). 11 740 (11 360) zugelassene Wagen wurden in Frankreich, 7470 (6500) in Italien und 7200 (1050) in Spanien produziert. Die stark gestiegene Zahl aus Spanien importierter Fahrzeuge resultiert aus der Produktion der neuen Werke von Ford („Fiesta") und General Motors (Opel „Corsa"). Von den deutschen Herstellern konnten vor allem VW, Daimler-Benz, BMW und Porsche mehr Pkw absetzen als im Juli 1982.

USA heben Embargo auf

Washington (AP) – Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat die Genehmigungspflicht für Exporte von Röhrenlegemaschinen aufgehoben und damit faktisch das Röhrenlegemaschinen-Embargo gegen die Sowjetunion beendet, mit dem der Bau der sowjetischen Erdgasleitung nach Westeuropa blockiert werden sollte. Bei der Bekanntgabe der Entscheidung erklärte das US-Handelsministerium, es handele sich lediglich um eine „technische Änderung", die keinen Wechsel der Handelspolitik gegenüber der UdSSR andeute. Moskau habe von anderen westlichen Staaten problemlos Röhrenlegemaschinen kaufen können.

IRI mit Rekordverlust

Rom (rtr) – Der staatliche italienische Industriekonzern „Instituto per la Ricostruzione Industriale" (IRI), der rund 500 Unternehmen in allen Bereichen der Wirtschaft des Landes umfaßt, wird 1983 voraussichtlich den Milliarden-Verlust des Vorjahres noch einmal übertreffen. Wie IRI-Chef Romano Prodi in einem Fernsehinterview erklärte, dürfte der Fehlbetrag für das laufende Jahr mehr als 3000 Milliarden Lire (umgerechnet über fünf Milliarden Mark) erreichen, was deutlich über dem Minus des Vorjahres von 2672 Milliarden Lire (über 4,4 Milliarden Mark) liege. Rund 70 Prozent davon rühren Prodi zufolge aus Betriebsverlusten im Stahlbereich her, der in der IRI-Gruppe unter dem Subunternehmen Finsider zusammengefaßt ist. Hier könne nur noch eine großangelegte Strukturänderung helfen, betonte der IRI-Chef. Auch von dem internationalen Aufschwung werde man in Italien wohl nicht so sehr profitieren, da in dem Land immer noch der „notwendige Geist zur Zusammenarbeit" fehle.

Stagnation in Frankreich

Paris (J. Sch.) – Der Index der französischen Industrieerzeugung ging im Juni gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 2,3 Prozent zurück. Dadurch wurde der Zuwachs von Mai kompensiert. Im zweiten Quartal hielt sich die Produktion leicht über dem Vorjahresstand. Dabei ist aber die rezessive Bauwirtschaft nicht berücksichtigt. Auch die von dem Index nicht erfaßten Industriezweige verzeichneten Produktionsrückgänge. Bestenfalls verblieb danach eine Stagnation. Für das Gesamtjahr 1983 erwartet die Regierung auf Grund ihrer Austerity-Politik eine leichte Rezession.

Weg der Kurse

	5. 8. 83	12. 8. 83
Boeing	38,625	40,50
Chrysler	25,75	25,25
Citicorp	38,75	39,75
Coca-Cola	51,25	49
Exxon	38,375	36,875
Ford Motors	56,25	58
IBM	122,25	117,875
PanAm	7,625	7,875
US Steel	27,375	25,75
Woolworth	36,50	36,50

Kritik an Pharmaindustrie

Bonn (VWD) – Die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen haben der Pharmaindustrie vorgeworfen, die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Juli von 13 auf 14 Prozent zu zusätzlichen Preissteigerungen genutzt zu haben. In einer gemeinsamen Presseerklärung der Verbände hieß es, die Arzneimittelhersteller hätten sich „mit zusätzlichen Preisanhebungen nicht unbeträchtlichen Ausmaßes" bedient. Laut Arzneimittelindex der gesetzlichen Krankenversicherung seien die Arzneimittelpreise im Juli gegenüber dem Vormonat um 1,3 Prozent gestiegen und lägen damit um sieben Prozent über den Preisen vom Juli 1982.

SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK

Deutsche Geldpolitik sollte etwas zurückhaltender sein

AP, Zürich

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hofft auf eine anhaltende Festigung der Deutschen Mark gegenüber dem Schweizer Franken und zählt dabei auch auf Hilfe von deutscher Seite. Nationalbankpräsident Fritz Leutwiler sagte in einem Interview des Zürcher Tages-Anzeiger, der Kurs der Mark sei gegenüber dem Franken „eindeutig" unterbewertet. Die Ursache dafür sei vor allem die in den letzten Monaten nicht mehr absolut parallel verlaufende Geldpolitik der Deutschen Bundesbank und der Schweizerischen Nationalbank.

Leutwiler wies den Einwand zurück, die Geldpolitik in der Schweiz sei in der ersten Hälfte dieses Jahres zu restriktiv gewesen. Er sagte, die Ausweitung der deutschen Geldmenge sei konjunkturell und teilweise politisch motiviert gewesen. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit sei das verständlich. Eine etwas zurückhaltende deutsche Geldpolitik würde Leutwiler aber „besser passen". Er sei überzeugt, daß sich die Bundesrepublik in nächster Zeit bemühen werde, auf den Stabilitätspfad einzuschwenken.

Der Präsident sagte, die Nationalbank habe mit ihren Mark-Käufen in den letzten Tagen eine Ausdehnung der Geldmenge um einen Prozentpunkt über das vorgegebene Wachstumsziel von drei Prozent hinaus zugelassen. Ein noch stärkeres Überschießen werde es jedoch nicht geben, da der geldpolitische Spielraum ausgenützt worden sei.

Zur Dollarhausse sagte Leutwiler, der Dollar interessiere die Nationalbank weniger als die Mark. Der hohe Dollarkurs habe einerseits unerwünschte Teuerungseffekte, andererseits biete er gewisse Vorteile für die Exporteure.

BUNDESRECHNUNGSHOF / Behörden sollten Fahrzeugpark einschränken

„Sogar Taxifahren deutlich billiger"

HEINZ HECK, Bonn

Nun wissen wir es ganz genau: Die Fahrt im „Dienstkraftfahrzeug mit Fahrer" ist „die mit Abstand teuerste und damit unwirtschaftlichste Beförderungsmöglichkeit". In einem Schreiben des Bundesrechnungshofs in Frankfurt an den Finanzminister und „an alle Bundesministerien" wird in einer Zeit, da Sparen in Bonn großgeschrieben werden soll, noch mal daran erinnert: Der Beförderungskilometer der eingangs geschilderten hochherrschaftlichen Art kostet nach jüngsten Berechnungen (Stand 1. Januar 1982) des baden-württembergischen Landesrechnungshofs 232 Pfennig. In der Bundesbahn sind es in der ersten Klasse 24,8 Pfennig oder – im Großkunden-Abonnement, das dem Bund wohl zugänglich sein dürfte – 21,4 Pfennig.

Die Privatwirtschaft hat aus dieser Kostenrelation von beinahe 1 zu 11 bereits Konsequenzen gezogen, wie es im Schreiben des Bundesrechnungshofs heißt. Dort „wird aus diesem Grund im allgemeinen Dienstreiseverkehr weitgehend auf den Einsatz von Dienst-Pkw mit Fahrern verzichtet". Mehr als 80 Prozent dieser Kosten seien Personalaufwendungen für den Fahrer. Selbst Taxifahren ist deutlich billiger. Nach der Rechnung aus Stuttgart kostet dann der Kilometer „nur" 1,50 Mark. Für andere Beförderungsmethoden von der Benutzung des eigenen Pkw bis zum selbstgefahrenen Dienstwagen ergeben sich Kilometerkosten zwischen 30 und 51 Pfennig, wenn man immer nur einen Reisenden zugrunde legt.

Der Bundesrechnungshof liefert den Bonner Ministerien den naheliegenden Katalog von Empfehlungen gleich mit:

- Allgemeine Überprüfung des Bedürfnisses zur Haltung der vorhandenen Dienstfahrzeuge unter Anlegung eines „strengen Maßstabes",
- Einschränkung des Fahrzeugparkes,
- Verringerung der Zahl der Berufskraftfahrer,
- Allgemeine Zulassung des Selbststeuerns von Dienstfahrzeugen durch Bundes(Landes)-Bedienstete,
- Benutzung von Taxis, vor allem auch zur Beförderung von Behinderten zwischen Wohnung und Dienststelle.

Die Rechnungsprüfer erinnern an eine Empfehlung aus Stuttgart, wonach der Bestand an Dienstfahrzeugen mit Fahrern stark abgebaut werden sollte und knüpfen daran die süffisante Schlußfolgerung: „Damit entfiele das Argument, zunächst müßten die Dienstfahrzeuge benutzt werden, weil sie ohnehin vorhanden seien."

Die geschilderten Erkenntnisse wie die Vorschläge „sind nicht neu". Sie bestätigen ähnliche Ermittlungen, die schon 1971 in Berlin, 1974 in Rheinland-Pfalz, im Saarland und vom Magistrat der Stadt Frankfurt sowie 1976 vom Bayerischen Rechnungshof angestellt wurden.

IRAK / Paris stundet eine Milliarde Dollar

Zahlungsunfähigkeit droht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreich will Irak seine in diesem Jahr fällig werdenden Forderungen aus zivilen Warenlieferungen – schätzungsweise eine Milliarde Dollar – stunden. Ein entsprechendes Rahmenabkommen wurde jetzt zwischen den beiden Regierungen unterzeichnet. Ähnliche Verhandlungen laufen mit anderen irakischen Gläubigerstaaten, darunter mit Belgien, Großbritannien und Italien.

Die finanzielle Lage Bagdads hat *sich infolge des iranisch-irakischen* Kriegs gewaltig verschlechtert. Dies resultiert nicht nur aus den hohen Rüstungsausgaben und Waffenimporten, sondern auch daher, weil die Einnahmen aus dem Ölexport, der früher 98 Prozent der Gesamtausfuhr des Landes ausmachte, infolge von Kriegsschäden stark zurückgegangen sind. Gegenwärtig exportiert Irak (auf ein Jahr hochgerechnet) weniger als 700 000 Barrel täglich gegenüber 3,25 Millionen 1979.

Wertmäßig verminderte sich der irakische Gesamtexport von 26,4 Milliarden Dollar 1980 auf 7,5 Milliarden Dollar 1982. Er dürfte in diesem Jahr nicht viel mehr als sechs Milliarden Dollar erreichen. Gleichzeitig nahmen die Importe des Landes im nichtmilitärischen Bereich von 12,9 auf 17,7 Milliarden Dollar zu. In diesem Jahr sollen sie dank der neuen Austerity-Politik Bagdads auf 16 Milliarden Dollar begrenzt werden.

Zu dem auf acht bis 10 Milliarden Dollar veranschlagten normalen Handelsbilanzdefizit kommen die Waffenimporte, *die sich nach Pariser* Schätzungen auf etwa eine Milliarde Dollar monatlich belaufen. Danach käme man auf ein Gesamtdefizit von etwa 20 Milliarden Dollar im Jahr. Andererseits verfügt das ehemals sehr reiche Irak über Währungsreserven von nur noch wenigen Milliarden Dollar. Sie würden gerade noch zur Absicherung der laufenden Transaktionen mit dem Ausland ausreichen. Irak befindet sich damit am Rande der Zahlungsunfähigkeit, heißt es in Paris. Er könnte bald zu einem neuen Großschuldner des Westens werden.

GROSSBRITANNIEN / Gespräche zwischen Regierung und Gewerkschaften

Beide Seiten begraben Feindseligkeit

WILHELM FURLER, London

Seit dem deutlichen Sieg der britischen Konservativen unter Premierministerin Margaret Thatcher bei den Parlamentswahlen am 9. Juni hat sich die Einstellung der Gewerkschaftsführung gegenüber der Regierung spürbar verändert. Die Spitze des Dachverbandes der britischen Gewerkschaften TUC hat sich ganz offensichtlich von ihrer feindseligen Haltung gegenüber der konservati*ven Regierung und gegenüber* Arbeitsminister Norman Tebbit gelöst und sucht wieder den Dialog.

So haben am Donnerstag und Freitag vergangener Woche zum ersten Mal seit 18 Monaten wieder Gespräche zwischen führenden TUC-Funktionären und dem Arbeitsminister stattgefunden, um die die Gewerkschaftsseite gebeten hatte. Noch auf dem letzten Gewerkschaftskongreß im Frühherbst vergangenen Jahres war die regierungsfeindliche Haltung dadurch unterstrichen worden, daß offizielle Gespräche mit der Premierministerin und Kabinettsmitgliedern als „völlig unangebracht" und mit dem Arbeitsminister als „unzumutbar" abgelehnt wurden.

Hintergrund dieser feindseligen Haltung: Die von der Regierung und insbesondere von Minister Tebbit betriebene Reform des britischen Gewerkschafsrechts, die damit bezweckte Beschneidung der gewerkschaftlichen Macht sowie die Einführung von mehr Demokratie im Ge*werkschaftssystem ließen* vor allem die Gewerkschafts-Linke um ihren Einfluß bangen. Doch seit der schweren Wahlniederlage der von der Gewerkschaftsorganisation getragenen Labour-Partei *hat ein Umbruch* stattgefunden. Ohne den kommenden Jahreskongreß des TUC Anfang September in Blackpool und die dort anstehenden Diskussionen über eine möglicherweise zu verändernde Einstellung gegenüber der Regierung Thatcher überhaupt erst abzuwarten, haben die führenden Gewerkschafts-Funktionäre auf eigene Initiative um die Unterredungen mit dem Arbeitsminister nachgesucht.

Auch wenn es darin um die Themenbereiche Jugendausbildung sowie bargeldlose Lohnzahlungen und nicht um die Reform des Gewerkschaftsrechts ging, unterstreichen die überraschend positiven Äußerungen *aller Beteiligten im Anschluß an die* Gesprächsrunde Beobachtungen in den letzten Wochen, daß die Gewerkschaftsführer nach Jahren der totalen Feindseligkeit gegenüber der Thatcher-Administration zumindest wieder den Dialog suchen.

So erklärte TUC-Generalsekretär Len Murray im Anschluß an die Ge*spräche mit Minister* Tebbit, sie seien „sehr konstruktiv und fruchtbar" gewesen. Zwar sei der TUC noch dabei, das Eis zu testen, aber bisher habe es gehalten. Aber auch die Regierung *selbst hat sich offensichtlich von ih*rer Haltung gelöst, die Gewerkschaftsbewegung lediglich als feindselig gesinnten und niemals konstruktiven Klotz am Bein anzusehen.

SUPERTANKER / Katastrophe vor Südafrika

Jetzt kleinere Schiffe?

ROLF GÖRTZ, Madrid

Noch immer liegt über den Ursachen einer der größten Tankerkatastrophen das Schweigen des Reeders, des spanischen Staates. Denn der kürzlich vor der südafrikanischen Küste zur Hälfte ausgebrannte und dann gesunkene Riesentanker „Castillo de Bellver" gehört der „Empresa elcano de Marina Mercante", einer Tochtergesellschaft des nationalen Industrieinstituts Ini, eine staatliche Holding, der auch die Bauwerft in Cadiz gehört. Auch die Versicherungsgesellschaft Musini, die 68 Prozent der Versicherungssumme der Ladung (95 Millionen Mark) und 45 Prozent der Schiffsversicherung (17,5 Millionen Mark) trägt, ist eine Tochtergesellschaft des Ini. *Die ökologischen Schäden in Südafrika* trägt nach spanischen Angaben die britische Versicherungsgesellschaft „Britannia Club". Auch eine Reihe der insgesamt 23 Gesellschaften, die an der Versicherung von Schiff und Ladung beteiligt sind, haben sich bei Lloyds in London rückversichert.

Ohne die ökologischen Schäden wird die Schadensumme mit 175 Millionen Mark angegeben, davon betreffen 140 Millionen DM die Ladung von 250 000 Tonnen Rohöl, eine Summe, die mit zu Lasten der spanischen Raffinerie ENP fällt – auch sie ein Tochterunternehmen des Ini, das ungefähr 65 Prozent der spanischen Schwerindustrie kontrolliert.

Der Reederei-Elektriker Benito Luis erklärte der Zeitung „El Pais", *daß auf dem Supertanker kurz nach* seiner Übergabe im August 1978 bereits ein leerer Tank durch eine Gasexplosion schwer beschädigt wurde. Die Aussage wurde von einem Gewerkschaftsfunktionär der Handelsmarine bestätigt. Ihr kommt insofern Bedeutung zu, als zur Zeit der Schiffskatastrophe vor dem Kap der guten Hoffnung eine schwere See herrschte, die die Verbände des Schiffes und also besonders zusätzliche Schweißnähte schwer beansprucht haben dürfte.

Außer der „Castillo de Bellver" sanken seit 1976 zwei weitere spanische Supertanker. Ein vierter auf der gleichen Werft in Cadiz gebaute Supertanker „Amoco Cadiz" lief unter liberianischer Flagge vor der französischen Küste aus dem Ruder und verursachte dort eine schwere Umweltkatastrophe. Fachleute fragten schon damals, ob nicht die schweren Erschütterungen der gewaltigen Dieselmotoren – Spanien baut die größ*ten Dieselmotoren der Welt in Lizenz* von Burmester u. Wain – zu den Unfallursachen dazugehörten.

Abgesehen von schiffbautechnischen Debatten erhebt sich in Fachkreisen erneut die Frage nach Wert oder Unwert der Riesentanker. Sie wurden auf Stapel gelegt, als es darum ging, bei einem hohen Ratenniveau die Kosten zu senken. Außerdem wollte man mit diesen Schiffsgrößen die Frachten senken, die zu Beginn der Ölkrise nach der Sperrung des Suez-Kanals durch den Umweg über das Kap der guten Hoffnung anstiegen. Die Entwicklung auf dem Ölmarkt, die schlechten Erfahrungen mit den Riesenschiffen, die *mehrere Meilen benötigen, um einer* plötzlichen Kollisionsgefahr auszuweichen, vor allem aber auch ökologische und strategische Überlegungen lassen inzwischen das Experiment mit den Tankergiganten als gescheitert betrachten. Man will es nur nicht öffentlich zugeben. (SAD)

FRANKREICH / „Risikopapiere" sind erfolgreich

Geändertes Sparverhalten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das Sparverhalten der Franzosen hat sich in letzter Zeit stark geändert. Vor allem das bisher vernachlässigte Aktiensparen machte überraschende Fortschritte. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres wurden für 10,4 *Milliarden Franc „Risikopapiere"* neu gezeichnet gegenüber 2,6 Milliarden Franc in der gleichen Vorjahreszeit. Davon entfielen 6,5 Milliarden Franc auf Aktienemissionen infolge von *Kapitalerhöhungen*, 1,9 Milliarden Franc auf Wandelanleihen und zwei Milliarden Franc auf sonstige Beteiligungstitel.

Wirtschafts- und Finanzminister Delors sieht darin einen beachtlichen Anfangserfolg seines neuen Aktienspargesetzes. Es löst weitgehend das Spargesetz seines (bürgerlichen) Amtsvorgängers Monory ab, das vor allem Investmentzertifikate begünstigte, deren Fonds bis zu 40 Prozent aus Obligationen bestehen müssen. Überdies dürfte die starke Aktien-Hausse (35 Prozent seit Anfang dieses Jahres) das Interesse für diese Sparform begünstigt haben. Gleichwohl hat auch das Sparen in festverzinslichen Wertpapieren weitere Fortschritte gemacht.

In der Vergleichszeit stiegen die Emissionen an Obligationen von 84,2 auf 115,5 Milliarden Franc. Davon entfielen 14 Milliarden Franc auf Staatsanleihen. Dieses anhaltend *starke Interesse erklärt sich aus der* immer noch sehr hohen Rentenrendite, die mit rund 14 Prozent zur Zeit fünf Punkte über der Inflationsrate liegt. Dagegen hat sich der Einlagen*zuwachs bei den Sparkassen von 15* auf 13,3 Milliarden Franc vermindert, obwohl das von der sozialistischen Regierung für die unteren Einkommensschichten neu geschaffene infla*tionsindexierte „Livret Rose" großes* Interesse fand. Sicht und kurzfristige Spareinlagen wurden dagegen oft zur Umwandlung in langfristige reduziert. Seit dem 1. August dürfte auch das *berühmte „Livret A" an Interesse* verloren haben, nachdem der steuerfreie Zins für darauf unterhaltene Sichteinlagen von 8,5 auf 7,5 Prozent gesenkt wurde. Weitere Zinssenkungen sind *wahrscheinlich, falls sich* die Abschwächung des Dollar-Kurses fortsetzen sollte.

Ungarn: Plansoll nicht erfüllt

AFP, Budapest

Der ungarische Vizepremier Joszef Marjai hat anläßlich des Gedenktages der Gründung Ungarns die Ergebnisse der ungarischen Wirtschaft, die hinter den Zielsetzungen des Planes für 1983 zurückbleiben, heftig kritisiert. In der Industriestadt Tata (50 km westlich von Budapest) erklärte Marjai, daß „die Tätigkeit und Ergebnisse der ungarischen Industrie eine Verspätung dem Plan gegenüber aufwiesen". Die Ergebnisse von Juli 1983, fügte er hinzu, lägen sowohl hinter denen vom Juni dieses Jahres als auch hinter dem Juli 1982 zurück.

„Die Industrie muß wenigstens die Ziele des Planes für 1983 erreichen", *sagte der Vizepremier*, der *auf die* internationalen „Pflichten" Ungarns verwies, eines Landes, das mit seinem Außenhandel rechnen muß, um seine Schulden zurückzahlen zu können, *die auf rund acht Milliarden Dollar* geschätzt werden. Marjai rief außerdem zu mehr Ordnung und Disziplin bei der Arbeit auf. In diesem Zusammenhang sprach sich Marjai für „eine Modernisierung" des Lohnsystems aus, das seiner Meinung nach differenzierter sein müßte.

RENTENMARKT / Zinsen sind gesunken

Immer noch Unsicherheit

Der deutsche Rentenmarkt lief in der letzten Woche wieder hinter dem amerikanischen her. Allerdings sind die Renditen bei uns nur etwa halb so stark gesunken wie in den USA. Doch reichte das immerhin aus, die Scharten der Vorwoche auszuwetzen. Freilich waren sich offenbar noch längst nicht alle Marktteilnehmer sicher, ob nun wirklich die Zinswelle da ist, nachdem der Kapitalmarktzins seit dem 17. März, dem Tag der letzten Leitzinssenkung, um mehr als einen Prozentpunkt gestiegen ist. Für einen weiteren Zinsrückgang in dieser Woche spricht zwar, daß die erheblich stärker als erwartet ausgefallene Schrumpfung der US-Geldmenge die Zinssenkungsphantasie in Amerika wieder anregen könnte. Andererseits ist nicht auszuschließen, daß der Zentralbankrat an diesem Donnerstag den Lombardsatz zwecks Dämpfung der Geldmengenexpansion erhöht. Es wäre dann keine Überraschung, wenn höhere Geldmarktzinsen auch die Zinsen am Kapitalmarkt mit hochziehen. (cd.)

Emissionen	19.8. 83	12.8. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,83	7,94	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,74	7,76	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	8,05	8,07	7,11	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,00	8,03	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,94	8,05	7,05	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,67	7,76	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,40	8,51	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,94	8,04	7,83	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,25	8,30	8,45	10,32	8,32

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheibe (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

VEREINIGTE SCHMIRGEL / Dividende gekürzt

Mit Ertrag nicht zufrieden

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Vereinigte Schmirgel- und Maschinen-Fabriken AG (VSM), Hannover, einer der führenden deutschen Schleifmittel-Hersteller, hat im Geschäftsjahr 1982 zwar im Gegensatz zur Branche leichte Preiserhöhungen durchsetzen können. Nach Angaben des Vorstands reichten aber die Erlösverbesserungen nicht aus, um die Kostensteigerungen aufzufangen. Insgesamt, so heißt es im Geschäftsbericht, war die Ertragslage nicht befriedigend.

Immerhin hat das Unternehmen trotz der spürbaren Verschlechterung der Auftragslage im zweiten Halbjahr den Umsatz im gesamten Jahr noch um 3,7 Prozent auf 81,4 (78,4) Mill. DM steigern können. Gleichzeitig erhöhte sich der Jahresüberschuß auf 0,43 (0,38) Mill. DM. Nach Einstellung von 0,1 Mill. DM in die freie Rücklage verbleibt ein Bilanzgewinn von 0,33 Mill. DM. Der Hauptversammlung am 24. August wird vorgeschlagen, daraus eine auf 12 (14) Prozent gekürzte Dividende auszuschütten. Die 82 500 DM Vorzugsaktien sollen wieder mit 6 Prozent bedient werden. Am Grundkapital von insgesamt 2,75 Mill. DM sind die Zündwarenfabrik Starcke GmbH & Co. und die Rud. Starcke GmbH & Co., beide in Melle, mit zusammen über 50 Prozent beteiligt. Die Dresdner Bank hält über 25 Prozent.

Negativ verlief die Entwicklung der ausländischen Tochtergesellschaften. In besonderem Maße gelte dies für die US-Tochter, die auch 1982 noch mit roten Zahlen gearbeitet hat. Insgesamt verringerten sich die Erträge aus Beteiligungen auf 18 600 (65 000) DM.

Kräftig erhöht hat VSM im Berichtsjahr die Investitionen in Sachanlagen; sie erreichten 2,3 (1,4) Mill. DM und lagen über den Abschreibungen von 2,06 (2,16) Mill. DM. Der leichte Rückgang sei auf das Auslaufen von Sonderabschreibungen zurückzuführen. Mit 14,8 (17) Mill. DM werden die Vorräte deutlich niedriger als im Vorjahr ausgewiesen.

RHEINPROVINZ LEBEN / Bilanzen geändert

Hohes Plus im Neugeschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Provinzial Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz, Düsseldorf, hat 1982 nach eigenen Angaben „ihre günstige Entwicklung fortsetzen können und ein gutes Geschäftsergebnis erzielt". Einer Mitteilung der Anstalt ist zu entnehmen, daß aufgrund einer Betriebsprüfung „zur Vermeidung von steuerlichen Nachteilen die Rechnungsabschlüsse für die Jahre 1977 bis 1981 (!) geändert wurden". Dabei sind offenbar zu vorsichtige Schadenreserven früherer Jahre rückwirkend verrechnet worden. Die Rechte der Versicherungsnehmer seien hierdurch nicht beeinträchtigt worden.

Ohne Vorlage eines Geschäftsberichtes nannte die Rheinische Provinzial einen Gesamtzugang von 2,53 Mrd. DM Versicherungssumme (plus 4,6 Prozent). Das mit 5,6 Prozent deutlich geringere Gesamtbeitragsaufkommen von 444 (420) Mill. DM wird mit dem starken Zuwachs im Bereich der Risikoversicherungen und geringeren Anpassungen bei den dynamischen Lebensversicherungen begründet. Die „Dynamische" macht im Neugeschäft einen Anteil von 49 Prozent aus. Der Gesamtabgang hat sich auf 1,25 (1,13) Mrd. DM erhöht. Der vorzeitige Abgang hat sich trotz der ungünstigen konjunkturellen Einflüsse nur von 3,4 auf 3,7 Prozent des Vorjahresbestands erhöht. Der Versicherungsbestand wird mit 13,5 (12,5) Mrd. DM (plus 10,6 Prozent) beziffert. Damit würde das Wachstum bedeutend über dem Branchendurchschnitt von 6,8 Prozent liegen.

Die Abschlußkosten sind, so der Vorstand, stabil geblieben, während die Verwaltungskosten auf 3,6 (3,2) Prozent der Beiträge gestiegen sind. Dies wird im wesentlichen mit der Einführung eines neuen „verursachungsgerechteren" Kostenrechnungsprogramms erklärt. Mit den nicht exakt angegebenen Kapitalanlagen wurden Erträge von 235 (203) Mill. DM erzielt. Das entspricht einer Durchschnittsrendite von 7,5 (7,2) Prozent. Aus dem nicht genannten Bruttoüberschuß werden 182 (151) Mill. DM der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugewiesen, die damit 480 (403) Mill. DM erreicht.

ABFALLWIRTSCHAFT / WELT-Gespräch mit Professor Albert Kuhlmann, Präsident des TÜV Rheinland

Müllverbrennung sollte der Deponie vorausgehen

HANS BAUMANN, Köln

„Giftmüllskandale" und öffentliche Anklagen gegen unzulässige und auch unzumutbare Abfall-Lagerungen häufen sich. Sind dies Indizien dafür, daß die Endlagerung von Müll schlechthin in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gelöst ist, wie man es eigentlich in einem dichtbesiedelten und hochindustrialisierten Land erwarten dürfte? Die WELT sprach über dieses Thema mit Professor Albert Kuhlmann, Vorsitzender der Geschäftsführung des TÜV Rheinland, Köln, des größten Dienstleisters der Bundesrepublik.

Nach seiner Meinung ist ein wesentlicher Grund für diesen Mißstand die für ihn „schlichte Tatsache", daß Müll-Ablagerung schon seit eh und je „ganz schlicht durch Abkippen praktiziert wurde". Auf hygienische und ästhetische Gesichtspunkte habe man, soweit sie überhaupt Beachtung fanden, durch die Wahl des Platzes reagiert.

Nach Kuhlmann ist man dabei wohl nicht besonders sensibel gewesen, „sonst hätte sich nicht eine Situation ergeben können, die durch folgende Zahlen charakterisiert wird: Wir hatten 1980 im Bundesgebiet 2983 öffentliche Deponien, davon für Bauschutt 2389, für Hausmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle 531 und 65 für Sonderabfälle. Hinzu kommen private Deponien, von denen 1977 noch 1728 bestanden. Von den öffentlichen Deponien dürften schätzungsweise gut 1000 höheren Umweltschutzansprüchen genügen, während die restlichen knapp 2000 in diesem Sinne eine zu geringe Ausstattung ausweisen." Kuhlmann schätzt den Landverbrauch für alle Deponien auf rund 60 000 Hektar.

Seit über 20 Jahren wird lebhaft darüber diskutiert und gestritten, ob man nicht in stärkerem Maße eine Müllverbrennung der Endlagerung auf Deponien vorschalten sollte. Wann darf man ein Ergebnis erwarten? „Bislang ist der Streit zugunsten der reinen Deponie ausgegangen", antwortet Kuhlmann. Dabei war die Betriebskostenreduzierung ausschlaggebend – begleitet von den seinerzeit noch ungelösten Emissionsproblemen bei der Müllverbrennung. „Schaut man aber in die Zukunft, so treten, bezogen auf die gegenwärtige Situation, erhebliche Sorgen auf", sagt Kuhlmann. In der Bundesrepublik müsse man sich endlich darüber klarwerden, daß es örtlich Schwierigkeiten geben wird, auch wenn sich die jährliche Abfallmenge von insgesamt rund 250 Millionen Tonnen bis zum Jahr 2000 kaum wesentlich vergrößern wird.

Betrachte man allein die kleineren Gemeinden, so stelle man fest, daß dort noch viel für die Abwasserreinigung getan werden muß, wodurch sich die Menge des Klärschlammes von heute jährlich 40 Millionen Tonnen auf rund 50 Millionen Tonnen bis zum Jahr 2000 erhöhen wird. Bisher wurde dieser Schlamm vornehmlich von der Landwirtschaft aufgenommen. Das aber wird in Zukunft, nach Kuhlmann, nur noch in beschränktem Maße möglich sein, weil man die Vergiftung der Böden vermeiden müsse. Folge: Große Klärschlammmengen müssen künftig als Abfall gelagert werden.

Kuhlmann verweist auf einen weiteren Aspekt: Die industrielle Produktion naturfremder Stoffe wird sich weiter erhöhen. In großen Mengen konzentriert können derartige Stoffe schädlich werden für den Naturkreislauf. Daher bedürfen sie einer besonderen Behandlung, nämlich der sicheren Absonderung von unschädlichem und natürlichem Abfall. Und das gilt nach Meinung des TÜV-Chef besonders für den sogenannten „Sondermüll".

Rechtlich sei die Überwachung und Entsorgung von „Sonderabfällen" gut geregelt. Dennoch sei ein unangenehmes Problem aufgetaucht: der „Abfalltourismus". Export und Transit von Abfällen seien weder verboten noch beschränkt. Für sie reiche eine Beförderungsgenehmigung. Proben würden üblicherweise nicht genommen. Diese Lücke soll nun durch eine Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes geschlossen werden. Sorge bereitet Kuhlmann aber der Vollzug. Ihn sollte man nach seiner Vorstellung durch ein „Sonderabfall-Kataster" offenlegen.

Was muß im Detail unverzüglich geschehen? „Die Zahl der Deponien muß radikal verringert werden", fordert Kuhlmann. Es sollten nur noch Anlagen mit besserer Ausstattung betrieben werden, also solche, die mindestens eine Million Kubikmeter fassen können. Die Bundesländer sollen nach einheitlichen Grundsätzen Verwertung und Entsorgung strategisch planen. Alle Deponien müssen mit Sperrschichten gegen Grundwasserverseuchung ausgerüstet werden.

Auf jeden Fall aber müsse der Streit über Art und Umfang der Müllverbrennung beendet werden und zwar in der Weise, „daß in aller Regel der Deponie die Verbrennung der brennbaren Abfallstoffe vorausgeht". Damit wird dann nicht nur die Endlagerung erheblich reduziert, es werden auch giftige organische Verbindungen thermisch zersetzt und Abfälle mit Krankheitserregern sterilisiert. Kuhlmann: Durch die Müllverbrennung wird das Volumen bis um 85 Prozent vermindert.

Ist die Mülltonne für jederlei Abfall nicht überholt? „Mehrkammer-Müllsysteme sind schon erprobt worden, das Prinzip ‚Sack im Behälter'." In Großversuchen müßten die Gebietskörperschaften jetzt herausfinden, wie praktisch verfahren werden kann. Kuhlmann sieht auch die Quelle der Probleme, wenn er formuliert: „Gegenwärtig besteht auf diesem Feld der Endlagerung einschließlich des Sondermülls ein zu großes Handlungsdefizit in Planung und Praxis."

BODE-PANZER

Wenig Anlaß zur Zufriedenheit

D. SCHMIDT, Hannover

In ihren Erwartungen enttäuscht sieht sich die Bode-Panzer AG, Hannover, mit Blick auf die Ergebnisse im Geschäftsjahr 1982. Vorstand Günter Krölls, der vor Jahresfrist die weiteren Aussichten noch „vorsichtig optimistisch" einschätzte, nennt als Gründe für den reduzierten Umsatz und die Verschlechterung des Ergebnisses den anhaltend harten Wettbewerb auf dem Gebiet der Panzerschränke und Tresoranlagen.

Der Umsatz des Unternehmens, das zum französischen Tresoranlagen-Hersteller Fichet-Bauche SA gehört, verringerte sich 1982 um rund 5 Prozent auf knapp 35 (37) Mill. DM. Darin enthalten sind etwa 7 Mill. DM der Tochtergesellschaft Essener Geldschrankfabrik Gustav Kellner Söhne GmbH. Vom Umsatz entfallen rund zwei Drittel auf das Panzerschrank-Geschäft. Daneben befaßt sich Bode mit der Herstellung von Büromöbeln und Regalen aus Stahl.

Unbefriedigender noch stellt sich die Ertragslage dar. Der Jahresüberschuß, der sich bereits 1981 mit 0,28 (0,6) Mill. DM mehr als halbiert hatte, steht nur noch mit 20 000 DM zu Buche. An eine Dividendenausschüttung – für 1981 wurden noch 6 (12) Prozent gezahlt – kann unter diesen Umständen nicht gedacht werden. Die unbefriedigende Kapazitätsauslastung hat im Berichtsjahr erneut zu einem Abbau der Belegschaft von 400 auf jetzt noch 375 Mitarbeiter geführt. Die Investitionen wurden auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres gehalten und lagen mit 0,24 (0,22) Mill. DM wieder unter den Abschreibungen.

Differenziert beurteilt Bode-Panzer die Entwicklung im laufenden Jahr. Während der Umsatz gegenüber dem Vorjahr merklich angezogen hat und im ersten Halbjahr bereits bei 20 Mill. DM lag, gebe die Ertragsentwicklung wenig Anlaß zur Zufriedenheit.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Prof. Dr. Eduard Picker: Der Warnstreik und die Funktion des Arbeitskampfes in der Privatrechtsordnung. Carl Heymanns Verlag, Köln 1983. 249 Seiten. 68 Mark.

„Verhandlungsbegleitende" Warnstreiks sind mit dem Arbeitskampfrecht unvereinbar; derartige Warnstreiks widersprechen der Privatrechtsordnung. Das sind, vereinfacht dargestellt, die Kernaussagen einer soeben erschienenen Monographie, in der Prof. Picker den „verhandlungsbegleitenden", gewerkschaftlich organisierten Warnstreik untersucht. Diese Streikart ist in der „Neuen Beweglichkeit" von den Gewerkschaften zu einer eigenständigen Kampfform entwickelt worden. Pikkers Arbeit präzisiert den funktionalen Zusammenhang zwischen Arbeitskampf und Verhandlung. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß sich Arbeitskampf und autonomes Verhandeln – als gleichzeitige Verhaltensweisen – gegenseitig ausschließen. Es geht beim heute praktizierten Warnstreik nicht allein um eine „technisch neue" Kampfform, vielmehr wirft gerade dieses gewerkschaftliche Kampfmittel grundsätzliche Rechtsfragen auf. Der Warnstreik gefährdet nicht zuletzt Freiheit und Funktionsfähigkeit des tarifpolitischen Findungsprozesses. Bisher sind Warnstreiks in der heute intensiv genutzten Form höchstrichterlich nicht entschieden. Verhandlungsgegenstand der – häufig zitierten – Leitentscheidung des Bundesarbeitsgerichts von 1976 war letztlich eine Demonstration während der Arbeitszeit, die mit dieser von der Gewerkschaft zentral organisierten Kampftaktik von für die Betriebe nicht vorhersehbaren, wechselnden Kurzstreiks nicht vergleichbar ist.

Becker/Kreikebaum: Zeitarbeit, Forkel-Verlag, Wiesbaden, 1982, 331 S., 69 Mark.

Das Gesetz zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung (AÜG) trat 1972 in Kraft. Seitdem wurde das AÜG insgesamt viermal novelliert, auch durch das Verbot der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung in der Bauwirtschaft. Die nun in zweiter Auflage vorliegende Abhandlung berücksichtigt alle Neuerungen und verschafft den Bezug zu dem einschlägigen Schrifttum sowie der Rechtsprechung. Becker, Richter am Bundesarbeitsgericht in Kassel, verfaßte den juristischen Teil der Darstellung, die ebenso wie die Vorauflage alle rechtlichen Aspekte des AÜG systematisch aufarbeitet und durch die inhaltlich und sprachlich klare Fassung selbst für den juristischen Laien verständlich bleibt. Kreikebaum behandelt die betriebswirtschaftlichen Aspekte der Zeitarbeit, wobei die Wirtschaftlichkeitsüberlegungen seitens des Entleihers einen Schwerpunkt bilden. jwh

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin, Amtsgericht Charlottenburg: Varioplast Fensterbau GmbH; **Düsseldorf:** Florian's Blumen-Handel GmbH, Ratingen; Jost Reich, Kaufmann, Meerbusch-Osterath; Arper moda italiana GmbH; **Siegburg:** Verbrauchergemeinschaft Interessenverband und Selbsthilfeorganisation der Verbraucher e. V. St. Augustin.

FUSSBALL / Aufsteiger Uerdingen nach zwei Spielen vorne – Meister Hamburger SV erscheint noch stärker als in der letzten Saison

ERGEBNISSE

Düsseldorf – Köln	2:0	(1:0)
Uerdingen – Frankfurt	5:2	(2:1)
Kaiserslautern – Stuttgart	2:2	(1:1)
Braunschweig – Mannheim	3:2	(3:1)
Offenbach – M'gladbach	4:3	(4:1)
Bielefeld – München	1:3	(1:2)
Leverkusen – Nürnberg	3:0	(2:0)
Dortmund – Hamburg	1:2	(0:0)
Bremen – Bochum	5:2	(1:1)

TABELLE

1. Bundesliga

1. Uerdingen	2	2	0	0	9:4	4:0
2. München	2	2	0	0	5:2	4:0
3. Hamburg	2	2	0	0	5:3	4:0
4. Stuttgart	2	1	1	0	5:2	3:1
5. Düsseldorf	2	1	1	0	3:1	3:1
6. Leverkusen	2	1	0	1	4:2	2:2
7. Bremen	2	1	0	1	5:4	2:2
8. Mannheim	2	1	0	1	4:3	2:2
9. Offenbach	2	1	0	1	4:4	2:2
10. Bielefeld	2	1	0	1	4:5	2:2
11. Braunschw.	2	1	0	1	3:5	2:2
12. Bochum	2	1	0	1	3:5	2:2
13. Kaiserslaut.	3	0	2	1	6:7	2:4
14. Dortmund	3	0	2	1	5:6	2:4
15. Gladbach	2	0	1	1	4:5	1:3
16. Frankfurt	2	0	1	1	4:7	1:3
17. Köln	2	0	0	2	2:5	0:4
18. Nürnberg	2	0	0	2	2:7	0:4

DIE SPIELE

Dortmund – Hamburger SV 1:2 (0:0)
Dortmund: Immel – Loose – Huber, Rüßmann – Tenhagen, Zorc, Raducanu, Keser, Koch – Reich (46. Schaub), Klotz. – **Hamburg:** Stein – Hieronymus – Groh (79. Schröder), Jakobs – Kaltz, Hartwig, Rolff, Magath, Wehmeyer – Schatzschneider, Wuttke. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 0:1 Jakobs (53.), 0:2, Kaltz (84., Foul-Elfmeter), 1:2 Klotz (89.). – **Zuschauer:** 50 000. – **Gelbe Karten:** Groh, Wehmeyer.

K'lautern – VfB Stuttgart 2:2 (1:1)
Kaiserslautern: Grüner – Briegel – Plath (46. Hoos), Brehme – Kitzmann, Geye, Melzer, Allofs, Bongartz (50. Frowein) – Nilsson, Brummer. – **Stuttgart:** Roleder – Makan – K. H. Förster, B. Förster – Schäfer, Kempe, Ohlicher, Allgöwer, Buchwald – Reichert (34. Kelsch), Corneliusson. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** 1:0 Brehme (4., Foul-Elfmeter), 1:1 Corneliusson (15.), 1:2 Allgöwer (68.), 2:2 Brummer (69.). – **Zuschauer:** 27 622. – **Gelbe Karten:** Brehme – B. Förster, Kempe.

Leverkusen – Nürnberg 3:0 (2:0)
Leverkusen: Vollborn – Bast – Posner, Gelsdorf – Wojtowicz, Winklhofer, Hörster, Vöge (63. Geschlecht), Röber – Waas, Tscha (70. Zechel). – **Nürnberg:** Kargus – Weyerich – Täuber (63. Trunk), Reinhardt – Schöll (46. Habiger), Lottermann, Burgsmüller, Eder, Grahammer – Heck, Dreßel – **Schiedsrichter:** Gabor (Berlin). – **Tore:** 1:0 Hörster (7.), 2:0 Tscha (11.), 3:0 Tscha (64.). – **Zuschauer:** 12 000.

Offenbach – M'gladbach 4:3 (4:1)
Offenbach: Herr – Peukert – Kutzop, Paulus – Grünewald, Michelberger, Franusch (64. Höfer), Trapp, Martin (76. Kubosch) – Sandner, Bein. – **Mönchengladbach:** Kamps – Hannes (69. Criens) – Krauss, Ringels, Frontzeck – Matthäus, Bruns, Schäfer, Rahn – Pinkall (46. Mill), Lienen. – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Tore:** 1:0 Michelberger (21.), 2:0 Bein (23.), 3:0 Bein (29.), 3:1 Rahn (37.), 4:1 Bein (38.), 4:2 Matthäus (64., Foul-Elfmeter), 4:3 Criens (86.). – **Zuschauer:** 24 000 – **Gelbe Karten:** Trapp, Paulus – Frontzeck, Bruns.

Uerdingen – Frankfurt 5:2 (2:1)
Uerdingen: Vollack – Herget – Brinkmann, van de Loo – Hofmann, Jusufi, Buttgereit, Funkel, Feilzer (82. Raschid) – Loontiens, Gulich (62. Puszamszies). – **Frankfurt:** Jüriens – Berthold – Schreml, Körber, Falkenmayer – Sziedat, Fruck (59. Sievers), Trieb, Mohr (46. Eymold) – Borchers, Svensson. – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 1:0 Funkel (17.), 2:0 Herget (23.), 2:1 Fruck (27.), 2:2 Berthold (52.), 3:2 Loontiens (57.), 4:2 Funkel (87.), 5:2 Puszamszies (88.). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Brinkmann – Falkenmayer, Schreml.

Bremen – VfL Bochum 5:2 (1:1)
Bremen: Burdenski – Fichtel (46. Neubarth) – Gruber, Pezzey, Schaaf – Möhlmann, Sidka, Reinders, Bracht – Völler, Meier (75. Okudera). – **Bochum:** Zumdick – Lameck – Zugcic, Schulz (57. Kühn) – Knüwe, Bönighausen (57. Grünberger) – Oswald, Woelk, Kuntz – Pater, Schreier. – **Schiedsrichter:** Correll (Happenbach). – **Tore:** 1:0 Meier (13.), 1:1 Kuntz (40.), 2:1 Neubarth (47.), 3:1 Völler (51.), 4:1 Meier (58.), 4:2 Pater (75.), 5:2 Völler (78.). – **Zuschauer:** 19 000. – **Gelbe Karten:** Reinders – Woelk (2), Bönighausen.

Braunschweig – Mannheim 3:2 (3:1)
Braunschweig: Franke – Hollmann – Geiger, Bruns, Pahl, Tripbacher, Studzizba, Kindermann (56. Lux), Merkhoffer – Zavisic, Worm. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Knapp, Schlindwein, Dickgießer – Quaisser, Hein, Schön, Scholz (34. Makan) – Linz, Walter. – **Schiedsrichter:** Uhlig (Dortmund). – **Tore:** 1:0 Hollmann (4., Foul-Elfmeter), 2:0 Tripbacher (42.), 3:0 Studzizba (43.), 3:1 Walter (44.), 3:2 Linz (51.). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karten:** Hollmann, Kindermann, Studzizba, Zavisic – Linz, Sebert.

Bielefeld – München 1:3 (1:2)
Bielefeld: Kneib – Wohlers – Dronia, Pohl, Schnier – Geils, Pagelsdorf (56. Westerwinter), Schröder, Kompodietas – Grillemeier, Ozaki. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Maurer, Dürnberger – Pflügler, Lerby, Grobe, del'Haye – M. Rummenigge (78. Hoeneß), K. H. Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Tore:** 0:1 del'Haye (8.), 1:1 Dronia (9.), 1:2 Grobe (35.), 1:3 K. H. Rummenigge (90.). – **Zuschauer:** 28 000. – **Gelbe Karten:** Schnier, Pohl, Schröder, Dronia – Augenthaler, Dürnberger.

Düsseldorf – 1. FC Köln 2:0 (1:0)
Düsseldorf: Kleff – Zewe – Kuczinski, Löhr, Bockenfeld – Bommer, Ormslev, Dusend, Weikl – Edvaldsson, Wenzel. – **Köln:** Schumacher – Strack – Steiner, Prestin, Baffoe – Hönerbach, Hartmann, Fischer, Zimmermann – Littbarski, Allofs. – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim) – **Tore:** 1:0 Bommer, (35.), 2:0 Bommer (76.). – **Zuschauer:** 30 000.

VORSCHAU

Dienstag, 23. 8., 20 Uhr

Nürnberg – Bielefeld	(1:1)
München – Düsseldorf	(1:0)
Bochum – Braunschweig	(0:2)
Stuttgart – Mannheim	(–:–)

Mittwoch, 24. 8., 20 Uhr

Hamburg – Uerdingen	(–:–)
Frankfurt – Leverkusen	(5:0)
Köln – Offenbach	(–:–)
Mönchengladbach – Bremen	(1:2)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.



Fußball-Kulisse



Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

„Na, haben wir das nicht toll gemacht?" – strahlende Gesichter und freundschaftliche Gesten bei Bayern München nach dem 3:1-Erfolg in Bielefeld. Trainer Udo Lattek, Manager Uli Hoeness und Vereinsarzt Hans-Wilhelm Müller-Wohlfahrt führen den Freudentanz auf. „Die waren einfach eine Nummer zu groß für uns", meinte Bielefelds Libero Horst Wohlers über die auch spielerisch überzeugenden Bayern. FOTO: SVEN SIMON



Kampf im Gleichschritt: Dieter Schatzschneider und Rolf Rüßmann. Der Dortmunder Vorstopper hatte den Hamburger diesmal stets unter Kontrolle. Nach dem Spiel lobte er ihn sogar: „Dieter hat für einen Mittelstürmer eine ausgezeichnete Technik, er ist ein Gewinn für die Bundesliga." Weil Rüßmann gut aufpaßte, konnte der Hamburger Mittelstürmer in Dortmund seine Torgefährlichkeit nicht beweisen. FOTO: FMS

Immel wieder auf dem Sprung zu Derwall: „Ich habe gelernt"

Von ULRICH DOST

Tja", sagte **Lothar Huber** (31), und weil er Zeit zum Nachdenken brauchte, wiederholte er die Frage noch einmal für sich selbst, „wie kann man nur den Hamburger SV schlagen." Mit Borussia Dortmund war es Huber *wieder einmal nicht* gelungen, den Europapokalsieger im eigenen Stadion zu schlagen. Und dann kam seine Antwort: „Das ist schon sehr schwer. Ich glaube, man schafft es nur, wenn man den HSV 90 Minuten lang unter Druck setzt, ihn zu Fehlern verleitet. Aber welcher Gegner schafft das schon?"

Es hat sich also nichts verändert im Vergleich zum Vorjahr. Der Hamburger SV bleibt die überlegene Mannschaft in der Bundesliga, der 2:1-Erfolg in Dortmund war der erneute Beweis dafür. Die Hamburger sind inzwischen sogar so stark, daß sie auswärts selbst den *Ausfall ihres* Sturms verkraften können. **Wolfram Wuttke** (21) und **Dieter Schatzschneider** (25) fielen deutlich vom Rest der Mannschaft ab. Lothar Huber zieht einen Vergleich zur Hamburger Mannschaft des vergangenen Jahres, die mit **Horst Hrubesch** (32) und **Lars Bastrup** (28) mit 3:1 in Dortmund gewann: „Das Mittelfeld und die Abwehr sind noch stabiler geworden. Felix Magath noch mehr die zentrale Figur im Mittelfeld. Nur der Sturm ist noch schwächer. Schatzschneider wird seinen Weg machen, aber Wuttke ist bei weitem nicht so gefährlich wie Bastrup. *Wuttke nimmt* den Ball und rennt irgendwo hin, da steckt keine Effektivität hinter. Bastrup suchte immer den direkten Weg zum Tor."

Großen Respekt vor Schatzschneider zeigte auch **Rolf Rüssmann** (32). Der Hamburger Mittelstürmer sei schon ein Gewinn für die Bundesliga, meinte der Dortmunder Vorstopper. Er habe selten einen Mittelstürmer mit einer so guten Technik gesehen, wie sie Schatzschneider besitzt. Rüssmann: „Er ist zudem noch raffiniert und körperlich robust, und besitzt einen sehr harten Schuß." Als alter Fuchs, so Rüssmann, habe er die Taktik von Schatzschneider, ihn aus dem Abwehrzentrum herauszulokken, selbstverständlich sofort durchschaut.

Zu den auffälligsten Spielern des Spitzenspiels zählte zweifelsohne der Hamburger Verteidiger **Manfred Kaltz** (30). Sofort kam das Thema Nationalelf wieder auf. Kaltz dazu: „Das Thema habe ich abgehakt." Bundestrainer **Jupp Derwall** (55) sagt: „Zu diesem Thema dürfen Sie mich nicht fragen. Ich habe kein Interesse. Wenn einer sagt, egal wer, er will nicht mehr, dann ist das Ding gelaufen. Rein in die Kartoffel, raus aus der Kartoffel, gibt es bei mir nicht." Zu seinem 70. Länderspiel wird Manfred Kaltz also wohl doch nicht kommen.

Der Fernsehreporter vom Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) hatte es auch erkannt. „Eike Immel hat seine Krise überwunden", *hieß* es im Bericht zum Spiel Dortmund gegen Hamburg. Ähnlich formulierte gestern der „Sport-Informations-Dienst", Düsseldorf: „Weitere HSV-Treffer verhinderte Eike Immel, der seine Krise aus dem Frühjahr offensichtlich überwunden hat und wieder Kronprinz hinter Nationaltorwart Harald Schumacher werden will."

Bundestrainer Jupp Derwall entließ den Dortmunder Torwart zum Ende der letzten Saison aus der Nationalmannschaft: „Ordne deine privaten und sportlichen Dinge, dann *gehörst du wieder zu unserem Kreis.*" Eike Immel hat sich wieder gefangen, in den ersten drei Bundesligaspielen wartete er mit guten Leistungen auf. Die WELT sprach mit **Eike Immel** (22) darüber, wie er aus seiner Krise herausgefunden hat.

WELT: Ihre persönliche Formkurve zeigt eindeutig nach oben. Was hat sich geändert im Vergleich zur letzten Saison?

Immel: Es hat sich viel geändert. Ich habe nur ein paar Tage Urlaub gemacht, dann aber gleich wieder mit dem Training begonnen: Sprungkraft, Krafttraining und Waldläufe. Doch das wichtigste: Unter unserem neuen Trainer Uli Maslo mache ich endlich wieder täglich ein Torwarttraining. Das gibt mir Sicherheit, nun fühle ich mich wieder topfit.

WELT: Wie sehen Sie denn heute das Ende der letzten Saison?

Immel: Das war *die schwärzeste Zeit* meiner Profi-Laufbahn überhaupt. Wer freut sich schon, wenn er in drei Spielen 15 Gegentreffer kassiert. Wir lieferten andauernd schlechte Spiele im defensiven Bereich, ich als Torwart nicht ausgenommen. Dadurch, daß ich kein Torwarttraining machen *konnte, fühlte ich mich immer unsi*cher, hatte ein flaues Gefühl im Magen.

WELT: Hätten Sie nicht damals mit dem Trainer darüber sprechen können?

Immel: Ich bin mir eigentlich damals gar nicht darüber bewußt geworden, weil mir einfach der Vergleich fehlte. Heute, nach der guten Vorbereitung und dem intensiven Training, kann ich sagen: „Letzte Saison warst du wirklich nicht fit. Heute weiß ich auch, daß es ein Fehler ist, immer die Schuld bei anderen zu suchen. Man muß sich besser an die eigene Nase packen.

WELT: Nicht zuletzt wegen privater Schwierigkeiten hat der Bundestrainer beim letzten Länderspiel in Luxemburg gegen Jugoslawien auf Sie verzichtet. Sind die Dinge, über die die WELT am 24. Mai berichtet hatte, jetzt alle geregelt?

Immel: Diese Dinge sind tatsächlich alle geregelt. Auch in der WELT wurde mir ja vorgehalten, ich hätte einen zu hohen Lebensstandard. Mein *Haus, das 750 000 Mark gekostet hat,* würde ich nicht finanzieren können. Doch mein privater Bereich ist durch meinen Steuerberater und meinen Rechtsanwalt genau abgesichert worden. Meine finanziellen Engagements stehen schon im Verhältnis zu meinem Einkommen. In den fünf Jahren meiner Profi-Laufbahn habe ich im*merhin schon* vier Eigentumswohnungen und ein Haus erworben.

WELT: Privat sollen Sie ja auch lange Zeit zwischen zwei Damen gestanden haben?

Immel: Tatsache ist, daß ich mich nach vier Jahren von meiner Freundin Martina getrennt habe – in bestem Einvernehmen. Heute verstehen wir uns sogar besser als vorher. Das war ein ganz normaler Vorgang, wie er bei jungen Leuten häufig passiert. Das war und ist mit meiner jetzigen Freundin Ulrike alles geklärt.

WELT: Auch Ihre Spielleidenschaft, die Ihnen vorgehalten wurde?

Immel: Ich bin nach der Weltmeisterschaft in Spanien durch die Spielerei in die Negativ-Schlagzeilen geraten. Weil ich nun einmal in Dortmund an einem Backgammon-Turnier teilgenommen habe, ohne aber einen Pfennig zu verlieren, paßte das selbstverständlich ins Bild. Aber ich bin kein Spieler. Dennoch habe ich aus der Sache gelernt. Fotos wie damals, als ich vor einem Backgammonspiel Platin-Würfel in der Hand hielt, wird es *von mir nicht mehr geben. Von mir* gibt es nur noch Bilder auf dem Sportplatz.

WELT: Was haben Sie denn sonst noch aus diesen Vorkommnissen gelernt?

Immel: Schon eine Menge. Ich werde aus den Erfahrungen meine Konsequenzen ziehen. Es ist doch so, daß *private Angelegenheiten nie an die* Öffentlichkeit kommen, wenn es sportlich gut läuft. Heute weiß ich, daß ich meinen Privatbereich so schützen muß, daß man mir nun wirklich gar nichts mehr vorwerfen kann, wenn ich einmal wieder daneben greife. Ich will keine Anlässe mehr zu Negativ-Kritiken geben, ich will nichts tun, was man mir später vorwerfen könnte. Dazu gehört auch, daß man in guten Zeit nie überheblich ist.

WELT: Wie sehen Sie denn Ihre Chancen für die Nationalmannschaft? Wird es eine Rückkehr geben?

Immel: Das hoffe ich schon. Aber ich denke, nicht so bald. Es wäre selbstverständlich schön, wenn ich im September in Ungarn dabei wäre, doch dieser Termin ist vielleicht noch zu früh. Es gibt zwei Möglichkeiten, um *wieder in den Kader zu kommen.* Erstens: Man wartet, bis die Konkurrenz schwach spielt. Stein und Budenski erhielten ihre Chance, weil ich schwach war. Zweitens: Man muß so überragend spielen, daß der Bundestrainer nicht an einem vorbei kann. Ich habe mich für die zweite Möglichkeit *entschieden.*

Karl Allgöwer – Zurück in die Nationalmannschaft, aber erst im nächsten Jahr

MARTIN HÄGELE, **Stuttgart**

Die Tür bleibt vorerst geschlossen. Karl Allgöwer (26), ein ehemaliger Nationalspieler, der selbst auf Jupp Derwalls Team verzichtet hatte, drückt nicht auf die Klingel. Er klopft noch nicht einmal leise an. Und Bundestrainer Jupp Derwall denkt nicht daran, den zornigen jungen Mann irgendwann einmal anzurufen. Derwall: „Wenn jemand nicht will, dann soll er es lassen. Ich habe kein Interesse. Der Allgöwer redet immer noch nur darauf los."

Seit der Stuttgarter Torjäger vor einem Jahr die letzte Einladung des Bundestrainers abgelehnt hatte, herrscht zwischen den beiden eine Art kalter Krieg. Beide teilen einander über *die Zeitungen mit,* wie wenig sie voreinander halten.

Beispiel Allgöwer: „Mit dem Bundestrainer ist keine Zusammenarbeit möglich. Jupp Derwall geht den Schwierigkeiten gern aus dem Weg. Er fällt doch nur auf Kriecher herein." Ihm, so Allgöwer, tue das zwar weh, aber das sei eben sein Standpunkt. In Wirklichkeit aber möchte Allgöwer doch für Deutschland spielen.

Beispiel Derwall: „In wichtigen Spielen habe ich den Allgöwer im letzten Jahr doch gar nicht gesehen." Auf dem Betzenberg konnte der Bundestrainer seinen Kritiker mal wieder beobachten. Obwohl Allgöwer durch eine Kniereizung gehandikapt war, bot er eine großartige Leistung. Er war Antreiber, Torschütze und zweiter Libero. Je nachdem, wie es die Situation im Spiel gegen den 1. FC Kaiserslautern (2:2) gerade von ihm verlangte. Und die Kollegen schoben Allgöwer auch dauernd Ball und Verantwortung zu. Immer wenn es brenzlig wurde, suchten sie ihn.

Karl Allgöwer mußte auch dem Beobachter Derwall ins Auge stechen. Doch bevor er in die Verlegenheit kam, Allgöwer loben zu müssen, biß sich der Bundestrainer lieber auf die Zunge. Derwall zweifelte am wirklichen Stellenwert der Partie: „Ich weiß nicht, ob das jetzt ein wichtiges Spiel war."

Daraus läßt sich für Allgöwers internationales *Los schließen: Der Mit*telfeldspieler kann auch in dieser Saison wieder fast so viele Tore schießen (20) wie der Bremer Mittelstürmer und Bundesligaschützenkönig Rudi Völler (22) – und trotzdem wird er keine Gnade bei Jupp Derwall finden. Es sei denn, Allgöwer holt in den Partien gegen Bayern München und den Hamburger SV die Kastanien allein aus dem Feuer. Damit käme er Derwalls Anspruch an einen „Nationalspieler Allgöwer" wohl etwas näher. Vielleicht würde der Bundestrainer dann einmal zum Telefon greifen.

Allgöwer wäre das gar nicht recht. „Besser", sagt er, „es kommt jetzt nichts vom DFB, das würde bei mir bloß Unruhe auslösen und alles wieder aufbrechen lassen." Für Allgöwer läßt sich der persönliche Konflikt mit dem Cheftrainer des deutschen Fußballs schlichtweg auf einen Punkt zurückführen: mangelnde fachliche Qualifikation. Er sagt: „Ein Trainer muß doch sehen, daß ich als Verteidiger nichts bringen kann." In diese Rolle hatte Stuttgarts ehemaliger Trainer Jürgen Sundermann den offensivstarken Allgöwer abgeschoben und diesem damit sein Selbstvertrauen und seine Qualitäten geraubt.

Nun soll die Zeit die Wunden heilen. „Ich dürfte doch in der Nationalmannschaft keine einzige Schwäche zeigen. Ich wäre dann sofort ausgebootet, und diese Nervenbelastung ist mir einfach zu groß", erklärte Allgöwer seine momentane Position.

Also setzt er sich doch ins Wartezimmer der Nationalelf? „In drei Jahren findet in Mexiko die Weltmeisterschaft statt", so Allgöwer, sie sei sein Ziel. Aber er wolle sich erst nächstes Jahr bei der Nationalelf zurückmelden. „Ich hoffe, daß ich beim und mit dem VfB Stuttgart dann so stark bin", sagt er.

In diesem Sinne war das 2:2 auf dem gefürchteten Betzenberg eine kleine Etappe eines langen Weges. *Für den Spieler wie für den Klub.* Daß gerade ihm dabei Steine vor die Füße geworfen werden, daran hat sich Karl Allgöwer schon gewöhnt. „Zweimal hätte Schiedsrichter Assenmacher Strafstoß für uns geben müssen", sagt Allgöwer, „aber der hat wohl gedacht, der Allgöwer kann machen, was er will, ich pfeife nicht."

Schicksal eines Aufmüpfigen. Mit geradem Kreuz ist in der Bundesliga schwerer durchs Leben zu kommen als mit devoten Rumpfbeugen. So erscheint es in diesem Falle, wobei Klarheit hier nur geschaffen werden kann, wenn beide, *Derwall* und Allgöwer, sie überhaupt wollen. Der Weg des Stuttgarter Profis, über Leistung ständig in Erinnerung zu bleiben, ist dabei vielleicht die beste Methode, Jupp Derwall dazu zu veranlassen, über seinen Schatten zu springen.



Zwei herrliche Tore erzielte der Koreaner Bum Kun Cha für seinen neuen Arbeitgeber Leverkusen gegen Nürnberg, dann wurde er wegen einer Verletzung ausgewechselt. Rechts ein kleiner koreanischer Fan. FOTO: TOP

Cha wird von seinen früheren Feinden gefeiert – „Alle sind gute Jungs"

DIETMAR SCHULZ, **Leverkusen**

So kann es gehen, wenn einer nur mal das Hemd wechselt: Vor Jahr und Tag noch wurde der koreanische Fußball-Profi Bum Kun Cha im Trikot der Frankfurter Eintracht als „Schauspieler" beschimpft, nachdem ihn seine Gegenspieler im Leverkusener Haberland-Stadion wieder einmal zur Strecke gebracht hatten. Er wurde bespuckt und beleidigt.

Jetzt, da er für gut und gerne eine Million Mark in den Dreß mit dem Kreuz des Chemie-Konzerns Bayer geschlüpft ist, feierten ihn dieselben Leute auf der Tribüne wie einen König, als er sein zweites Tor zum 3:0-Sieg der Werksmannschaft über den 1. FC Nürnberg beigesteuert hatte und den Platz in der 70. Minute verlassen durfte.

Cha ist in Leverkusen bereits zu erstaunlichen Erkenntnissen gekommen. Der Kollege Jürgen Gelsdorf, der ihn vor Jahren so schwer verletzte, daß er wochenlang im Krankenbett lag, sei ein so netter Mensch, sagt Cha heute, daß er den damaligen Vorfall *für gar nicht mehr möglich halte.* Wie auch? Und der Kollege Rudolf Wojtowicz, der ihn in Frankfurt einmal so piesackte, daß er mehr auf dem Bauch lag als auf den stämmigen Beinen stand, auch das sei ein guter Junge. Die Zeiten ändern sich halt.

Anfang September zieht die Familie Cha in ein schmuckes Einfamilienhäuschen in der Gartenstadt Leichlingen, einem schönen Örtchen unweit seiner jetzigen Arbeitsstelle. Bis dahin wohnt er im Hotel, wo sein Trainer nun schon im zweiten Jahr logiert. Am Samstag abend fuhr er nach Aalen/Württemberg, wo der Bayer-Profi Wolfgang Vöge ein Fitneß-Studio eröffnete. Der Ausflug kam ihm willkommen. „Hotel-Leben ist nicht so gut", sagte der Spieler, „ich muß wissen, daß ich nach Hause komme, wenn das Spiel vorbei ist."

Dettmar Cramer, der Cha schon in Korea kennen- und schätzengelernt hatte und ihn vor Jahren für eine Ablösesumme von drei Millionen Mark aus dem laufenden Vertrag in Frankfurt nach Saudi-Arabien verpflichten wollte, nennt Cha „einen der Künstler des Gewerbes, die den Applaus wie das tägliche Brot brauchen und nicht wie Soldaten behandelt werden dürfen". Ins Spiel gegen Nürnberg war der 30 Jahre alte Stürmer mit dem Handikap einer Zerrung gegangen. Die *„medizinische Abteilung"* des Klubs, wie sich Cramer gerne ausdrückt, hatte ihn halbwegs fit gemacht. „In drei bis vier Wochen ist er bis unter die Haarspitzen in bester Kondition", glaubt der Trainer, der sich mit dem Koreaner häufig zu Solo-Übungsstunden traf, nachdem das wochenlange Tauziehen um die Zukunft des begehrten Mannes zwischen Nürnberg und Leverkusen entschieden war.

Als ihn die Fans feierten und das Spiel abgepfiffen, die Premiere für ihn zu einem rauschenden Ballfest geworden war, wirkte Chas sonst so starres Lächeln offen. Er hat ein paar schlimme Erfahrungen hinter sich, ein paar Sorgen weniger, nicht zuletzt dank der Hilfe des Unternehmens, das den Sport in Leverkusen finanziert. Udo Klug dagegen, der Manager und Trainer der Nürnberger, der diesen Mann so gerne kaufen wollte und ihn doch für alles Geld nicht bekommen konnte, lächelte gequält, als er sich von Cha verabschiedete.

Am Mittwoch hat Bum Kun Cha an seiner früheren Wirkungsstätte anzu*treten, wenn Leverkusen in Frank*furt auf die Eintracht trifft. Der Ehrgeiz, es denen doch zu zeigen, läßt die Schmerzen in der dick angeschwollenen linken Wade vergessen. „Warum sollte ich Angst haben?", fragt der Spieler selbstbewußt zurück, „die *müssen doch Angst vor mir haben.*" Dieser Meinung ist auch Jungnationalspieler Herbert Waas, der Partner im Angriffsgespann: „Ich denke, wir beide werden schon noch einiges zu bieten haben. Ich kann von Cha nur lernen, und die Verständigung zwischen uns klappt immer besser."

Torrekord, aber wenig Zuschauer

● **Tabellenspitze:** Zum ersten Mal steht Bayer Uerdingen an der Tabellenspitze der Bundesliga. Doch dahinter folgen schon (punktgleich) die Favoriten Hamburg und München. Von den 18 Klubs standen erst drei noch nie zuvor auf dem ersten Platz: Bochum, Leverkusen und Aufsteiger Mannheim.

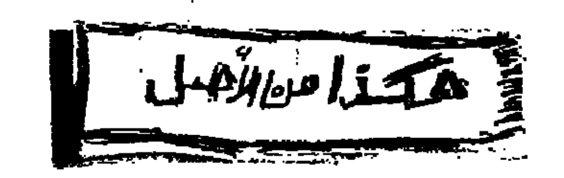
● **Zuschauer:** 209 772 Zuschauer am zweiten Spieltag entsprechen einem Durchschnitt von 23 080 Besuchern pro Spiel. Eine Zahl, die Pessimisten bereits aufschreckt. Schließlich bewiesen die Spiele bisher, daß die Pläne, offensiv zu spielen, keine leeren Versprechungen waren: 31 Tore am ersten, 42 Treffer am zweiten Spieltag. Noch niemals zuvor startete die Bundesliga so torreich in eine Saison.

● **Torschützen:** Zwei Spieler führen die Torschützenliste an: Der Offenbacher Uwe Bein erzielte seine drei Treffer beim 4:3-Sieg über Mönchengladbach, Manfred Kaltz vom Hamburger SV verwandelte in Dortmund bereits seinen zweiten Elfmeter. Hinter diesen beiden folgen 13 Spieler, die zwei Treffer erzielten. Darunter die fünf Stürmer, die am zweiten Spieltag zweimal trafen: Bommer (Düsseldorf), Völler, Maier (Bremen), Funkel (Uerdingen) und Tscha (Leverkusen).

● **Jubiläum:** Beim 1:2 gegen den Hamburger SV erlitt Borussia Dortmund die 200. Niederlage in der Bundesliga. Zum dritten Mal hintereinander gewann der HSV im Westfalenstadion. Der frühere Kapitän der Dortmunder, Manfred Burgsmüller, bestritt sein 300. Bundesligaspiel – es gab *mit* seinem neuen Verein Nürnberg zum Jubiläum eine Niederlage.

● **Serien:** Auf der Bielefelder Alm fühlt sich Bayern München wohl. Zum fünftenmal hintereinander gewannen die Bayern auf einem Platz, der von vielen anderen Klubs gefürchtet wird. Gleich zwei Serien setzten sich in Bremen fort. Der SV Werder blieb auch im 28. Heimspiel hintereinander unbesiegt und verbesserte dabei seine Erfolgsbilanz gegen den VfL Bochum auf 25:1 Punkte. Nur 1978 holten die Bochumer in Bremen ein 3:3.

● **Verwarnungen:** 29 Verwarnungen sind Rekord für einen Spieltag. In der letzten Saison gab es einmal 25 gelbe Karten. Heißes Temperament als Folge der heißen Temperaturen. Immerhin: Der erste Platzverweis der 21. Saison ließ weiter auf sich warten.





2. Liga

DW. Bonn

Hessen Kassel hat seine Tabellenführung nach dem vierten Spieltag Helmut Hampl zu verdanken. Erst eine Viertelstunde vor Spielschluß, als Kassel beim Aufsteiger Saarbrükken noch mit 0:1 zurücklag, kam Hampl ins Spiel. Innerhalb von nur fünf Minuten schoß er drei Tore und sorgte somit für den vierten Sieg im vierten Spiel. Hinter Hessen Kassel halten nur zwei der drei Absteiger Anschluß. Mit einem klaren 4:0-Erfolg über Darmstadt schoß sich der Karlsruher SC auf Platz zwei vor Schalke 04, das beim 3:3 in Oberhausen nur knapp einer Niederlage entging.

Für Hertha BSC, den dritten Absteiger, kam eine Woche nach dem deutlichen 7:2-Sieg über Fortuna Köln ein sportliches Tief in Essen. Aber die 1:4-Niederlage hat für die Berliner auch finanzielle Auswirkungen. Schatzmeister Günter Herzog rechnet vor: „Das kostet uns am Mittwoch beim Lokalderby gegen Charlottenburg über 100 000 Mark."

Die Zuschauerresonanz war erneut gut: 90 000.

DIE ERGEBNISSE

Oberhausen – Schalke	3:3	(3:2)
Köln – Hannover	2:2	(2:1)
Aachen – Duisburg	2:1	(2:0)
Lüttringhausen – Ulm	0:0	
SCC Berlin – Osnabrück	0:1	(0:1)
Essen – Hertha BSC	4:1	(0:1)
Wattenscheid – Freiburg	0:0	
Karlsruhe – Darmstadt	4:0	(2:0)
Stuttgart – Solingen	2:2	(1:1)
Saarbrücken – Kassel	1:3	(1:0)

DIE TABELLE

1. Hess. Kassel	4	4	0	0	13:3	8:0
2. Karlsruhe	4	2	2	0	11:3	6:2
3. Schalke	4	2	2	0	8:3	6:2
4. Aachen	4	2	2	0	4:2	6:2
5. SSV Ulm	4	2	1	1	8:4	5:3
6. Freiburg	4	1	3	0	5:3	5:3
7. Solingen	4	1	3	0	6:5	5:3
8. Osnabrück	4	2	1	1	2:3	5:3
9. Duisburg	4	1	2	1	4:2	4:4
10. Köln	4	1	2	1	9:11	4:4
11. Hertha BSC	4	1	1	2	10:9	3:5
12. Oberhausen	4	1	1	2	8:8	3:5
13. Essen	4	1	1	2	7:8	3:5
14. Wattenscheid	4	0	3	1	2:5	3:5
15. Darmstadt	4	1	1	2	4:8	3:5
16. Saarbrücken	4	1	1	2	4:8	3:5
17. Hannover	4	0	3	1	4:8	3:5
18. SCC Berlin	4	1	0	3	2:6	2:6
19. Stuttgart	4	0	2	2	2:7	2:6
20. Lüttringh.	4	0	1	3	1:8	1:7

NÄCHSTER SPIELTAG

Dienstag, 23. 8., 18.30 Uhr: Freiburg – Aachen (4:1), 19.30 Uhr: Darmstadt – Kassel (–:–), 20 Uhr: Duisburg – Köln (2:3), Osnabrück – Stuttgart (2:2), Schalke – Saarbrücken (–:–). – Mittwoch, 24. 8. 18.30 Uhr: Ulm – Oberhausen (–:–), 20 Uhr: Hannover – Essen (4:0), Solingen – Lüttringhausen (3:0), Karlsruhe – Wattenscheid (–:–). Hertha BSC – SCC Berlin (–:–). In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

SPORT-NACHRICHTEN

Dementi von Lendl

Kings Island (dpa) – Der tschechoslowakische Tennisprofi Ivan Lendl hat Meldungen dementiert, nach denen er nicht mehr in seine Heimat zurückkehren werde. Sein Rechtsanwalt sagte in Washington: „Lendl hat absolut keine Pläne, in die USA auszuwandern. Er hat weiterhin den Wunsch, für sein Land im Daviscup zu spielen."

Guter Einstand für Gault

Los Angeles (dpa) – Willie Gault (USA), Sieger mit der Sprintstaffel bei der Leichtathletik-Weltmeisterschaft in Helsinki, hatte bei seinem ersten Spiel als Footballprofi einen guten Einstand. Mit den Chicago Bears gelang dem Dritten von Helsinki über 110 m Hürden bei den Los Angeles Raiders ein 27:21-Erfolg.

Fußball: Köln Letzter

Gijon (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub 1. FC Köln belegte beim Costa-Verde-Turnier in Gijon nur den vierten und letzten Platz. Bei der 6:7-Niederlage nach Elfmeterschießen gegen Atletico Madrid wurde Gerd Strack vom Platz gestellt. Das zweite Spiel gegen Gastgeber Sporting Gijon verloren die Kölner mit 0:1. Turniersieger Spartak Moskau schlug im Finale Madrid 2:1.

Erster Sieg gegen „DDR"

Udine (sid) – Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Herren gewann zum ersten Mal gegen die „DDR". Beim Turnier um den Cup der italienischen Stadt Udine gab es einen 3:1-Sieg. Zuvor war Griechenland 3:1 geschlagen worden.

Scholz turnt nicht mit

Ludwigshafen (dpa) – Barbara Scholz (Friesenheim), Vierte der Deutschen Kunstturnmeisterschaften, kann bei den Weltmeisterschaften Ende Oktober in Budapest nicht starten. Nach einer Meniskusoperation muß sich die 18jährige einem zweiten Eingriff unterziehen. Nun sollen die überdehnten Bänder gekürzt werden.

Klimke gewann Dressur

Rotterdam (sid) – Rainer Klimke gewann beim internationalen Reit- und Springturnier in Rotterdam auf Pascal den Großen Dressurpreis vor Annemarie Sanders-Keyzer (Holland) auf Amon und Finn Sasko Larsen (Dänemark) auf Coq d'or.

Spandau nach Cardiff

Rom (dpa) – Zur Vorrunde des Europapokal-Wettbewerbs der Landesmeister müssen die Wasserballer von Spandau 04 Berlin nach Cardiff reisen. Bei der Auslosung in Rom erhielten die Berliner neben Cardiff noch Piräus und Wien als Gruppengegner. Im Pokalsieger-Wettbwerb erwartet der Duisburger SV zu Hause Antwerpen und Paris.

Kanu: Titel für Junioren

Bydgoszcz (sid) – Die Junioren des Deutschen Kanu-Verbandes (DKV) gewannen erstmals bei Europameisterschaften einen Titel. Der 18 Jahre alte Hartmut Faust (Wuppertal) wurde in Bydgoszcz (Polen) Junioren-Europameister im Einer-Canadier über 500 m.

Dietzen Etappensieger

San Martin de Valdeiglesias (sid) – Radprofi Raimund Dietzen (Trier) gewann die erste Etappe der Kastilien-Rundfahrt über 170 Kilometer von Alcala de Henares nach San Martin de Valdeiglesias. In der Gesamtwertung führt weiterhin Pedro Muñoz (Spanien), der im Prolog gesiegt hatte. Dietzen ist mit zehn Sekunden Rückstand Achter.

Rad: Hindelang Meister

Wiesloch (dpa) – Der achte Platz im dritten Lauf zur deutschen Kriteriums-Meisterschaft der Radprofis reichte Hans Hindelang (Germaringen) zum Titel. Er siegte vor Horst Schütz (Singen) und dem Neustädter Gregor Braum (je 23 Punkte).

Deregoski gestorben

Berlin (dpa) – Werner Deregoski ist im Alter von 59 Jahren in Berlin gestorben. Deregoski war früher Präsident der Deutschen Eisschnellauf-Gemeinschaft (DESG) und erster Vorsitzender des Berliner Eissportverbandes.

Kristen Omnium-Meister

Frankfurt (sid) – Josef Kristen (Köln) wurde in Frankfurt Deutscher Omnium-Meister der Radprofis. Kristen kam durch seine Siege im Punkte-, Ausscheidungs- und Zeitfahren sowie durch seinen vierten Platz im Verfolgungsfahren insgesamt auf sieben Punkte. Den zweiten Platz belegte Günter Schumacher (Büttgen) mit 13 Punkten vor dem Neustädter Gregor Braun (19).

LEICHTATHLETIK / Europacup in London war nur ein müder Abklatsch der Weltmeisterschaften

Herle und Schildhauer freuten sich über ihre deutsch-deutsche Zusammenarbeit gegen Cova

MARCUS BERG, London

Als sie nach dem Rennen ihre Trainingsjacken wieder anzogen, amüsierten sie sich köstlich. Ein ums andere Mal klopften sie sich dabei auf die Schulter und strahlten sich an: Christoph Herle aus München und Werner Schildhauer aus Halle. Geschehen am ersten Tag des Europacup-Finales der Leichtathleten in London nach dem 10 000-Meter-Lauf. Schildhauer, der zweimalige Vize-Weltmeister, der ständige Zweite, hatte gewonnen, und Herle, der Vierte, war dessen Wegbereiter. Er hatte den italienischen Weltmeister Alberto Cova auf die Innenbahn abgedrängt. So konnte dieser seinen superschnellen Endspurt erst auf den letzten dreißig Metern ausspielen – zu spät, um Schildhauer noch einzuholen.

Und Cova? Der schmunzelte statt sich zu ärgern. Der Europacup, nur noch ein Jux?

Kurz darauf spielte der französische Hochspringer Frank Verzy den Pausenclown. Er hatte mit 2,32 m gewonnen. Die Konkurrenz – auch Mögenburg und der Sowjetrusse Sereda – verspürte offenbar keine rechte Lust auf den großen Höhenflug. Verzy ließ die Weltrekordhöhe von 2,38 m auflegen, um dann drei alberne Hopser gegen die Latte zu vollführen – eine Lächerlichkeit.

Das Europacup-Finale der Leichtathleten, eine Woche nach den Weltmeisterschaften, war eine klägliche Vorstellung. Der deutsche Hochspringer Carlo Thränhardt hatte zuvor befürchtet: „Diese Veranstaltung hat nach der WM nur noch sekundäre Bedeutung." Lediglich 15 000 Zuschauer waren am ersten Tag dieses Mannschaftswettbewerbes in den Londoner Crystal Palace gekommen. Sie sahen, daß der englische 1500-m-Weltmeister Steve Cram wie einst Sebastian Coe die Konkurrenz nach Belieben beherrscht. Sie konnten sich davon überzeugen, daß die in Ägypten geborene Engländerin Fatima Whitbread in der Tat zur Weltspitze der Speerwerferinnen gehört. Sie erlebten, daß Europameister Frank Emmelmann aus Magdeburg noch immer der beste und abgebrühteste Sprinter dieses Kontinents ist.

Ansonsten? Die Stars waren müde, lustlos. Mögenburg hüpfte als Dritter über 2,23 m, Christian Haas rannte über 100 m nach indiskutablen 10,71 Sekunden als Fünfter ins Ziel. Und schließlich gab es noch die redlichen Arbeitssiege von Harald Schmid (400 m Hürden) und Hartmut Weber (400 m). Es mußte ja getan werden, was zu tun war.

Die Stars von Helsinki haben ohnehin anderes im Kopf. Ihnen steht der Sinn nach den großen Sportfesten in den nächsten zwei Wochen. Über 50 000 Zuschauer waren am letzten Mittwoch bereits zum ISTAF ins Berliner Olympiastadion gekommen. Volle Häuser versprechen Stimulation und gute Gagen. Auch deshalb halten sich die Athleten jetzt zurück, denn am Mittwoch in Zürich wird der Letzigrund bis auf den letzten Platz ausverkauft sein, ebenso das Stadion auf dem Oberwerth in Koblenz.

Die amerikanische Doppel-Weltmeisterin Mary Decker hat für Zürich einen Weltrekordversuch über 3000 m angekündigt. Der englische Olympiasieger Steve Ovett, in Helsinki wegen eines taktischen Fehlers unter die Räder gekommen, möchte in Koblenz den schnellsten Meilenlauf der Leichtathletik-Geschichte absolvieren. Harald Schmid wagt dort das 800-m-Duell gegen Weltmeister Willi Wülbeck. Patriz Ilg will dem Weltrekord über 3000 m Hindernis den Garaus machen.

Es ist die Cleverneß der Veranstalter, seit drei Jahren solche Darbietungen zu Hochfesten der internationalen Leichtathletik zu stilisieren. Und dennoch sind diese Herren jetzt in Sorge. Am 2. September, einen Tag nach der saisonbeschließenden „Goldenen Gala" von Rom, wollen die Meeting-Direktoren mit den Spitzenfunktionären des Internationalen Leichtathletik-Verbandes (IAAF) Fraktur reden. Es geht dabei um die Aufarbeitung dieses vorolympischen Jahres. Die Universiade in Edmonton, das Europacup-Finale eine Woche nach den Weltmeisterschaften, die panamerikanischen Spiele im August in Caracas – das alles führe zu einer Übersättigung und am Ende zu einer sportlichen Entwertung dieser Veranstaltungen.

Deshalb wird – noch hinter vorgehaltener Hand – von sinnvolleren Plänen gesprochen. Europa- und Weltmeisterschaften, Olympische Spiele würden als Championate ausreichen. Nach Helsinki habe sich die Leichtathletik-Welt verändert, und nun gehe es darum, einer Inflation der Titel und Meisterschaften vorzubeugen.

Die internationale Leichtathletik lebt von den großen Duellen der Publikumslieblinge und der aktuellen Stars. Geboten wird so etwas auf den großen Sportfesten, nicht etwa bei Länderkämpfen oder bei einem Europacup-Finale. Das Weitsprung-Duell von London um den vierten und fünften Platz zwischen dem Polen Wlodarczyk und dem Italiener Evangelisti hat wohl nur noch deren Angehörige mitfiebern lassen ...

Ilg stürzte, quälte sich weiter und gab dann auf

sid/DW. London

Weltmeister ist der Wattenscheider Willi Wülbeck in der vorigen Woche über 800 Meter in Helsinki geworden. Am Sonntag, beim zweiten, abschließenden Tag des Eurocup-Finales in London, gewann Wülbeck ebenfalls den 800-m-Lauf. Er siegte in 1:45,75 Minuten vor Detlef Wagenknecht („DDR") und dem Engländer Peter Elliott. Wülbeck lief bis zur Schlußkurve im Windschatten des Engländers und passierte diesen zu Beginn der Zielgeraden.

Nach diesem dritten Sieg für die deutsche Mannschaft – am ersten Tag hatten Harald Schmid über 400 m Hürden und Europameister Hartmut Weber über 400 m gewonnen – gab es aus deutscher Sicht ein enttäuschendes Ergebnis über 3000 m Hindernis. Weltmeister Patriz Ilg war in diesem Rennen der klare Favorit. Doch in der zweiten Runde stürzte er. Während der Engländer Colin Reitz und der polnische Vize-Weltmeister Boguslaw Maminski an der Spitze das Tempo verschärften, kämpfte Ilg verbissen mit 30 Metern Rückstand um den Anschluß. Das Hindernis am Wassergraben überwand er nur noch im Bocksprung. In der vorletzten Runde nahm Sportwart Otto Klappert den Sieger von Helsinki und Athen (Europameisterschaften 1982) aus dem Rennen. Es gab also keinen Punkt für die deutsche Mannschaft. Das Rennen gewann Maminski im Spurt vor Reitz.

Begonnen hatte der zweite Tag mit einer klaren Niederlage für den früheren Weltrekordler Karl-Hans Riehm im Hammerwerfen. Er war mit 77 Metern nur Vierter geworden.

Auch für die Frauenmannschaft des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) begann der gestrige Wettkampftag mit einer Enttäuschung. Martina Krott (Aachen) war für die erkrankte 3000-m-Vizeweltmeisterin Brigitte Kraus (Köln) im 1500-m-Lauf eingesprungen. Martina Krott belegte lediglich den letzten Platz. Beim Weitsprung wurde die Siebenkämpferin Sabine Everts eingesetzt. Sie schaffte den sechsten Platz – das war in etwa das, was die Düsseldorferin derzeit leistungsmäßig erreichen kann. Weltmeisterin Heike Daute aus der „DDR" war nicht zu gefährden. Mit einem Sprung von 6,99 Meter im fünften Versuch entschied die Jenaerin den Wettbewerb für sich. – Die Finalrunde in London dauerte bei Redaktionsschluß noch an.

Mit den deutschen Sprintern scheint es trotz der Niederlage der 4 x 100-m-Staffel in London aufwärtszugehen. In Bad Reichenhall liefen Dobeleit (Neuwied), Klamneth, Ewers (beide Kornwestheim) und Lübke (Dümpten) mit 39,67 Sekunden neuen *Junioren-Europarekord* über 4 x 100 m (zuvor: „DDR", 39,69).

Günther Lohre, in London nicht dabei, gewann in Recklinghausen einen internationalen Stabhochsprung-Wettbewerb mit 5,60 m vor dem Franzosen Abada (5,55 m).

Rekorde, Medaillen und Doping – mit diesem Thema befaßte sich der finnische Langstreckenläufer Kaarlo Maanika in der in Helsinki erscheinenden Tageszeitung „Iltalehti". Maanika erklärte, er habe bei den Olympischen Spielen 1980 in Moskau die Silbermedaille über 10 000 m und den dritten Platz über 5000 m hauptsächlich nur deshalb erreicht, weil er sich zuvor des Blutdopings unterzogen habe.

Ärger um Schokoladen-Vertrag Den Stars mit Sperre gedroht

sid/dpa, London

Kein Sieg und keine Niederlage haben die deutschen Leichtathleten beim Europacup in London so erregt wie ein Werbevertrag. Abgeschlossen hat ihn die Fördergesellschaft im Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV) im Juni mit dem Hersteller von Schokoladenriegeln (Mars) für die Dauer von einem Jahr. Die Vereinbarung garantiert der Firma die Exklusivrechte an der werbemäßigen Vermarktung einer Gruppe von 20 Spitzenathleten aus neun Disziplinen. Dafür soll der Verband 150 000 Mark erhalten, für gezielte Olympiavorbereitungen dieser Sportler.

Einen „komischen Vertrag" nannte Aktivensprecher Harald Schmid den Abschluß und formulierte zwei wesentliche Bedenken: „Die Entscheidung ist über die Köpfe der Athleten hinweg getroffen worden. Man hätte uns nicht erst jetzt in aller Eile informieren dürfen, nachdem schon Einzelheiten des Vertrags veröffentlicht wurden. Außerdem scheint die vereinbarte Exklusivität unvertretbar weit zu gehen. Da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen." Die betroffenen Sportler schienen in London entschlossen, sich mit den geschaffenen Tatsachen nicht abzufinden. Schmid: „Wir müssen eben alle zusammenhalten. In einer Woche sehen wir weiter."

DLV-Generalsekretär Heiner Henze räumt ein, daß bessere Informationen den Ärger der Sportler vielleicht verhindert hätten. So erlagen noch am Sonntag die Hochspringer Ulrike Meyfarth und Dietmar Mögenburg dem Irrglauben, ohne ihre Unterschriften könne der DLV-Vertrag gar nicht rechtswirksam werden. Dazu Henze: „Wir haben lediglich einen Ausrüstervertrag abgeschlossen wie mit Schuh- und anderen Sportartikel-Herstellern. Dazu brauchen wir die Einwilligung der Sportler nicht."

Ausgangspunkt des Vertrags-Wirrwarrs war eine Vereinbarung zwischen dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) und der Schokoladen-Firma. Danach hat dieses Unternehmen in seinem Produktbereich das Exklusivrecht, mit den olympischen Ringen zu werben. Den Kontrakt mit dem DLV versteht Henze als zweite Stufe eines dreiteiligen Vertragswerks, doch gerade die nur über die Deutsche Sporthilfe möglichen Einzelverträge mit den Topstars scheinen gefährdet.

Ein zweiter Schokoladen-Hersteller (Ferrero) hat der Sporthilfe Werbeverträge angeboten, die den Sportlern selbst zwar mehr Geld, dem NOK dagegen nichts und dem DLV nur sehr wenig einbringen würden. Kein Wunder also, wenn Ulrike Meyfarth sagt: „Ich nehme doch das, was mir am meisten einbringt." Und Mögenburg: „Wenn ich Werbung mache, dann individuell und nicht in der Gruppe, wie es der Mars-Vertrag vorsieht."

Ob das zweite Unternehmen überhaupt in Konkurrenz zum DLV- und NOK-Partner steht, bezweifelt Henze. Aber den betreffenden Athleten wurde dennoch mit der Sperre gedroht, falls sie beim zweiten Schokoladen-Hersteller werben wollen. Der DLV-Generalsekretär: „Im Regelwerk ist es nur dem Verband gestattet, solche Verträge für den Athleten abzuschließen, der Sportler hat kein Recht dazu. Wer sich außerhalb der Spielregeln stellt, muß auch außerhalb der Regeln leben."

SEGELN / Griese/Marcour die absoluten Stars der Starboot-Klasse

Zwei Siege hintereinander an einem Tag

sid, Los Angeles

Zwei Deutsche sind seit dem Wochenende die absoluten Stars der Starboot-Segler, auch wenn sie vor der letzten WM-Wettfahrt vor Los Angeles erst Silber sicher hatten. „Wenn es einmal läuft, dann läuft es eben", strahlte Joachim Griese (26) nach zwei Tagessiegen an einem Tag. Und Vorschotmann Michael Marcour (23) schaute stolz in die Runde: „Drei WM-Siege hintereinander, das hat es in der Starklasse noch nie gegeben!"

Vor dem Finale hatten sich der Hamburger Rechtsanwalt und der Architekturstudent vom Möhnesee mit 22,0 Punkten auf Platz zwei hinter den spanischen Titelverteidiger Antonio Gorostegui (17,0) vorgeschoben. Donnerstag und Freitag fielen die Wettfahrten wegen Flaute aus, ehe am Samstag endlich wieder Windstärke vier herrschte und der Start zum vierten und fünften Rennen erfolgen konnte. Mit dem Wind fuhren Griese/Marcour dem Feld der 78 Boote sofort auf und davon – wie bei der vorolympischen Regatta vor zwei Wochen 20 km südlich von Long Beach.

„Das war ein guter Tag für unsere Flotte", freute sich Bundestrainer Franz Untersberger, denn auch die Europameister Hagen/Hösch (Platz sechs und sieben) sowie Schwartz/Möckl (Fünfte im fünften Rennen) waren ganz vorn dabei. Keinen guten Tag hatte allerdings der 48 Jahre alte Hamburger Uwe von Below und Vorschotmann Franz Wehofsich, die am Morgen noch auf Platz zwei der Gesamtwertung lagen und in der fünften Wettfahrt dann an der zweiten Wendemarke von ihren Münchner Mannschaftskameraden Roellenbleg/Seeberger gerammt wurden. „Wir liefen sofort leck, an eine Weiterfahrt war überhaupt nicht zu denken", berichtete Wehofsich an Land.

Der Amerikaner Paul van Cleve sicherte sich vor Milwaukee die Weltmeisterschaft der Finn-Dinghy-Segler mit 54,7 Punkten vor dem Münchner Wolfgang Gerz (62) und dem Niederländer Mark Neelemans (67,4). Wolfgang Gerz, 1981 Gewinner der Titelkämpfe, gewann die siebte und letzte Wettfahrt vor dem Amerikaner van Cleve.

MILITARY / Zwei englische Damen und überraschend das Team von Schweden Europameister

Deutsche Mannschaft beim Geländeritt geplatzt
Die Pferde blieben in der Hitze einfach stehen

dpa, Frauenfeld

Die 16. Europameisterschaft der Military-Reiter wurde ein Championat grotesker und widersprüchlicher Superlative. Noch nie gab es bei einer Europameisterschaft so viele Ausfälle: 40 Prozent aller Teilnehmer überstanden den 27 km langen Geländeritt mit seiner 7,4 km langen Querfeldeinstrecke und ihren 31 klobigen Hindernissen nicht. Und die deutschen Military-Reiter blieben ohne Medaille – zum ersten Mal seit 1971.

Auf den ersten Blick eine schlimme Bilanz. Doch dieser erste Blick trügt, denn noch nie gab es bei einer Europameisterschaft wie in Frauenfeld trotz 40 Prozent Ausfälle keinen ernsthaften Unfall oder schwerwiegenden Sturz. Noch eine Zahl ist bemerkenswert: Zwölf Teilnehmer blieben in der Querfeldeinstrecke fehlerfrei, darunter auch die Deutschen Rüdiger Schwarz, Klaus Erhorn und Helmut Rethemeier. Das gab es seit vielen Jahren nicht mehr.

Der Grund all dieser Widersprüche: *Die meisten Teilnehmer* dieser EM scheiterten nicht am mangelnden Können, sondern an der Hitze. Die Pferde, die unter den tropischen Temperaturen (bis zu 35 Grad) mehr zu leiden hatten als ihre Reiter, blieben vor den Hindernissen des Truppenübungsplatzes Frauenfeld einfach stehen. Wer bei der drückenden Hitze sein Pferd, vom übertriebenen Ehrgeiz geplagt, über die Hindernisse treiben wollte, war chancenlos. Nicht reiterliche Vernunft verhinderte vielfach Schlimmeres, sondern die *erschöpften Pferde gaben schlichtweg* auf.

Symptomatisch war der Ausfall des Schweizer Titelverteidigers Hansueli Schmutz, dessen bewährter zehnjähriger holländischer Wallach Oran drei Viertel der Distanz gut bewältigte. Doch im Gegensatz zu anderen Routiniers ritt Schmutz zu forsch in den tiefen Wassergraben, eines der letzten Hindernisse. Resultat: Oran erlitt einen Kälteschock. Am nächsten Hindernis gab es eine Verweigerung, dann folgte ein Sturz – der Titelverteidiger gab auf, hatte verloren, weil bei ihm der Ehrgeiz über die Vernunft gesiegt hatte.

Auch für die deutschen Military-Reiter wurde diese EM ein Championat voller Widersprüche: Mit Rüdiger Schwarz, Bettina Overesch, Klaus Erhorn und Helmut Rethemeier hatten sich vier Reiter nach Dressur und Geländeritt unter den ersten Zehn plaziert. Das gab es noch nie bei einer Europameisterschaft. Grund genug zu Stolz und Freude. Trotzdem ließen die Deutschen nach dem Querfeldeinritt die Köpfe hängen. Sie waren gut geritten, hatten Kraft und Kondition ihrer Pferde gut eingeteilt, mußten sich aber als Verlierer fühlen, weil sie trotzdem medaillenlos geblieben waren.

Wären der deutsche Meister Klaus Erhorn (24) aus Luhmühlen und Helmut Rethemeier (Vlotho) nicht Einzel-, sondern Mannschafts-Reiter gewesen, wäre der deutschen Equipe wenigstens Silber sicher gewesen. Military-Chef Hilarius Simons verbreitete Galgenhumor: „So etwas ist Künstlerpech. Die Verletzung Takars von Horst Karsten konnte keiner voraussehen. Und einen Ausfall wie den von Siemens-Fischer muß man immer einkalkulieren und auch überstehen."

Das Pech hat eine Parallele: 1975 in Luhmühlen hatte die deutsche Mannschaftsführung noch kein Zutrauen zu Otto Ammermann, Karl Schulz und Helmut Rethemeier und ihren drei sehr jungen Pferden Volturno, Madrigal und Pauline. Am Ende gab es dann Bronze für die deutsche Mannschaft – wären die unerfahrenen Pferde nominiert worden, wäre es Gold geworden.

Wenigstens einen Trost gab es für Hilarius Simons: „Klaus Erhorn war für mich die große Überraschung. Wie dieser Junge sich im Gelände verhalten hat, war meisterhaft. Als Fair Lady in der Hitze müde wurde, stellte er sich sofort darauf ein und schaltete gewissermaßen einen Gang zurück. Besser kann man es nicht machen." Der deutsche Meister, dem die Military-Funktionäre keine meisterhafte Leistung zugetraut und ihn erst nominiert hatten, als Herbert Blöcker und Ralf Ehrenbrink ausgefallen waren, hat in Frauenfeld Pluspunkte für die nächste Hitzeschlacht gesammelt: Für die Olympischen *Spiele in Los Angeles*.

Erhorn fühlt sich, auch ohne Medaille, als großer Sieger: „Fair Lady war großartig. So ein Pferd bekomme ich nie wieder." In der Hitze von Frauenfeld hat Erhorn die Qualitäten seines Pferdes erst so richtig entdeckt – den deutschen Funktionären widerfuhr das gleiche mit Erhorn ...

Das abschließende Springen bestätigte nur die Ergebnisse aus Dressur und Geländeritt: Europas Military wird von zwei Engländerinnen beherrscht. Rachel Bayliss gewann vor *der Titelverteidigerin Lucinda Green*. In der Mannschaftswertung überraschten die Schweden mit ihrem ersten Gold bei einer Europameisterschaft. Claus Erhorn und Bettina Overesch belegten als beste Deutsche gemeinsam mit 80,60 Strafpunkten den sechsten Rang.

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ...

LEICHTATHLETIK

Europacup-Finale in London, erster Tag: **Männer: 100 m:** 1. Emmelmann („DDR") 10,58, 2. Wells (GB) 10,59, 3. Richard (F) 10,65, 4. Bryzgin (UdSSR) 10,70, 5. Haas (D) 10,71, 6. Simionato (I) 10,74, 7. Zwolinski (P) 10,77, 8. Kiss (U) 11,08. – **400 m:** 1. Weber (D) 45,39, 2. Schönlebe („DDR") 45,70, 3. Lowatschow (UdSSR) 45,83, 4. Canti (F) 45,96, 5. Brown (GB) 46,03, 6. Ujheli (U) 46,41, 7. Ribaud (I) 46,83, 8. Pawlowicz (P) 47,62. – **1500 m:** 1. Cram (GB) 3:42,27, 2. Busse („DDR") 3:43,12, 3. Kurek (P) 3:43,65, 4. Thiebault (F) 3:43,84, 5. Patrignani (I) 3:43,84, 6. Baranski (D) 3:44,82, 7. Kirow (UdSSR) 3:46,02, 8. Toth (U) 3:47,15 – **10 000 m:** 1. Schildhauer („DDR") 28:02,11, 2. Cova (I) 28:02,13, 3. Abramow (UdSSR) 28:02,87, 4. Herle (D) 28:04,13, 5. Jones (GB) 28:07,03, 6. Legrand (F) 28:17,87, 7. Kus (P) 28:20,87, 8. Mejer (U) 28:21,36. – **4x100 m:** 1. Italien 38,86, 2. Großbritannien 38,88, 3. Polen 38,97, 4. „DDR" 38,99, 5. Frankreich 39,19, 6. UdSSR 39,40, 7. Ungarn 39,45, 8. Deutschland 39,59. – **400 m Hürden:** 1. Schmid (D) 48,56, 2. Charlow (UdSSR) 49,53, 3. Szparak (P) 49,65, 4. Sole (GB) 50,58, 5. Cosi (I) 50,72, 6. Takacs (U) 50,78, 7. Herrmann („DDR") 51,24, 8. Duvigneau (F) 52,07. – **Hochsprung:** 1. Verzy (F) 2,32, 2. Sereda (UdSSR) 2,30, 3. Mögenburg (D) 2,23, 4. Sam („DDR"), 5. di Giorgio (I) und Wszola (P) je 2,19, 7. Parsons (GB) und Gibicsar (U) je 2,19. – **Weitsprung:** 1. Szalma (U) 8,10, 2. Stepanian *(UdSSR) 8,09, 3. Koch („DDR")* 7,88, 4. Wlodarczyk (P) 7,78, 5. Evangelisti (I) 7,78, 6. Herbert (GB) 7,66, 7. Busse (D) 7,59, 8. Deroche (F) 7,40. – **Kugelstoßen:** 1. Sarul (P) 20,54, 2. Timmermann („DDR") 20,39, 3. Bojars (UdSSR) 20,16, 4. Andrei (I) 19,22, 5. Szabo (U) 18,62, 6. Gelhausen (D) 17,51, 7. Winch (GB) 17,23, 8. Djebailli (F) 16,50. – **Speerwerfen:** 1. Michel („DDR") 85,72, 2. Puuste (UdSSR) 85,54, 3. Tafelmeier (D) 84,20, 4. Ottley (GB) 82,40, 5. Gorak (P) 81,68, 6. Lakafia (F) 79,80, 7. Ghesini (I) 78,88, 8. Temesi (U) 77,88.

Frauen: 100 m: 1. Göhr („DDR") 11,28, 2. Nuneva (Bu) 11,32, 3. Cook (GB) 11,39, 4. Kocembova (CSSR) 11,47, 5. Antonowa (UdSSR) 11,49, 6. Kasprzyk (P) 11,62, 7. Schabinger (D) 11,79, 8. Juhasz (U) 12,31. – **400 m:** 1. Kocembova (CSSR) 49,33, 2. Pinigina (UdSSR) 50,65, 3. Bußmann (D) 51,09, 4. Busch („DDR") 51,56, 5. Scutt (GB) 52,02, 6. Forgacs (U) 52,18, 7. Stamenova (Bu) 52,52, 8. Kapusta (P) 53,41. – **800 m:** 1. Kratochvilova (CSSR) 1:58,79, 2. Schröder („DDR") 1:59,53, 3. Klinger (D) 1:59,64, 4. Januchta (P) 2:00,70, 5. Sorokina (UdSSR) 2:02,70, 6. Petrova (Bu) 2:03,35, 7. Purvis (GB) 2:03,66, 8. Mohacsi (U) 2:08,90. – **4x100 m:** 1. „DDR" 42,63, 2. Großbritannien 43,18, 3. UdSSR 43,67, 4. Bulgarien 43,88, 5. CSSR 44,20 , 6. Deutschland 44,26, 7. Polen 44,38, 8. Ungarn 45,90. – **400 m Hürden:** 1. Fiedler („DDR") 54,20, 2. Ambrosiene *(UdSSR) 54,74, 3. Morley* (GB) 56,16, 4. Filickova (CSSR) 56,84, 5. Everts (D) 57,05, 6. Assenova (Bu) 57,84, 7. Szopori (U) 58,27, 8. Maniewska (P) 58,83. – **Diskus:** 1. Opitz („DDR") 69,00, 2. Muraschowa (UdSSR) 68,86, 3. Petkova (Bu) 64,88, 4. Silhava (CSSR) 64,36, 5. Ritchie (GB) 60,22, 6. Herczeg (U) 59,64, 7. Majewska (P) 58,36, 8. Galler (D) 55,20. – **Speerwerfen:** 1. Whitbread (GB) 69,04, 2. Kempe („DDR") 63,22, 3. Olejarz (P) 63,12, 4. Peters (D) 60,40, 5. Gunba (UdSSR) 59,84, 6. Todorowa (Bu) 58,62, 7. Janak (U) 56,16, 8. Burgarova (CSSR) 55,18.

Die Abkürzungen: BE = Belgien, BU = Bulgarien, D = Bundesrepublik Deutschland, GB = Großbritannien, I = Italien, P = Polen.

GOLF

Deutsche Mannschaftsmeisterschaft Klasse I in Bad Ems (in Klammern Ergebnisse der vier Vierer/acht Einzel): Düsseldorf-Hubbelrath – Falkenstein 6,5:5,5 (1:3/5:5); Stuttgart – Hanau 7,5:4,5 (3,5:0,5/4:4); Kronberg – Frankfurt 7,5:4,5 (3:1/4,5); Berlin – Braunschweig *6,5:5,5 (3:1/3,5).* – Vorschlußrunde: Hubbelrath – Stuttgart 6,5:5,5 (1,5:2,5/5:3); Kronberg – Berlin 7,5:4,5 (3:1/4,5). – Abstiegsspiele: Falkenstein – Hanau 7,5:4,5 (2,5:1,5/5:3); Frankfurt – Braunschweig 6,5:5,5 (2:2/4,5:3,5). Hanau und Braunschweig steigen ab.

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 2. Spieltag: Union Berlin – Jena 3:3, Dresden – Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) 2:1, Halle – Chemie Leipzig 2:1, Lok Leipzig – Frankfurt/Oder 2:1, Rostock – Dynamo Berlin 0:4, Aue – Riesa 3:1, Magdeburg – Erfurt 2:1. Tabellenspitze: 1. Magdeburg 5:3/4:0, 2. Dynamo Berlin 4:0/3:1, 3. Aue 3:1/3:1.

SCHACH

Internationale deutsche Meisterschaft in Hannover, 12. Runde Balaschow (UdSSR) – Sosonko (Holland) 0,5:0,5, Chen De (China) – Pfleger (München) 0,5:0,5, Lobron (Wiesbaden) – Kavalek (USA) 0,5:0,5, Torre (Philippinen) – Hartmann (Bamberg) 1:0, Glienke (Duisburg) – Bouaziz (Tunesien) 0:1, Quinteros (Argentinien) – Georgadse (UdSSR) 0:1, Bastian (Saarbrücken) Jingxuan (China) 0,5:0,5, Karpow (UdSSR) – Ostermeyer (Köln-Porz) 0,5:0,5. – Stand nach 12 Runden: 1. Georgadse 9,0, 2. Karpow 8,5, 3. Balaschow, Torre beide 7,5, 5. Ostermeyer 6,5.

HOCKEY

Europameister der Herren in Amstelveen/Niederlande, Gruppe A, dritter Spieltag: Österreich–Frankreich 1:4 (1:4); Spanien–Wales 4:0 (2:0); Deutschland–England 4:3 (2:1).

1. Spanien	3	3	0	0	17:2	6:0
2. Deutschland	3	3	0	0	15:4	6:0
3. Frankreich	3	1	1	1	6:5	3:3
4. England	3	1	0	2	7:7	2:4
5. Wales	3	0	1	2	1:7	1:5
6. Österreich	3	0	0	3	1:22	0:6

GALOPP

Rennen in Krefeld: 1. Rennen: 1. Ostgote (Wöhler), 2. Bourbon, 3. Doncle, Toto: 16/10, 11,–, ZW: 24, DW: 28. – 2. R.: 1. Lady Belle (Hofer), 2. Feenlied, 3. Wilja, Toto: 48/22, 17, 26, ZW: 176, DW: 976. – 3. R.: 1. Napoli (Selle), 2. Butzemann, 3. Schwarzliesel, Toto: 32/17, 21, 20, ZW: 212, DW: 1092. – 4. R.: 1. Wall (Wöhler), 2. Wallone, 3. Linata, Toto: 32/17, 17, 30, ZW: 148, DW: 1552. – 5. R.: 1. Amo (Alafi), 2. Soto-Grande, 3. Los Cedros, Toto: 64/19, –, ZW: 256, DW: 744. 1 – 6. R.: 1. Rinaldi (Alafi), 2. Indio Rico, 3. Appia, Toto: 32/15, 22, 30, ZW: 276, DW: 2192. – 7. R.: 1. Thurgund (Ulrich), 2. Drosselkönig (H), 3. Campala, Toto: 20/12, 15, 12, ZW: 76, DW: 156. – 8. R.: 1. Kalmara (Thissen), 2. Schallgrenze, 3. Eisprinzessin, Toto: 20/11, 11, 15, ZW: 60, DW: 248. – 9. R.: 1. Sache (Gröger), 2. Lusaka, 3. Friedensfee, Toto: 260/90, 26,22 ZW: 2644, DW: 330 108.

Rennen in Köln: *1. R.: 1. Königsblüte* (Alafi), 2. Towaritsch, 3. Markomanne, Toto: 15/11, 30, –, ZW: 388, DW: 800. – 2. R.: 1. Strecke (Alafi), 2. Tambourina, 3. Facitore, Toto: 36/17, 22, 58, ZW: 164, DW: 466. – 3. R.: Nappa (Remmert), 2. Belle Musique, 3. Thronjuwel, Toto: 14/13, 18, –, ZW: 72, DW: 124. – 4. R.: 1. Neckarius (Schindler), 2. Adria, 3. Empire, Toto: 76/19, 13, 38, ZW: 224, DW: 3724. – 5. R.: 1. Ad Ludo (Remmert), 2. Nogretto, 3. Viteur, Toto: 20/11, 11, 12, ZW: 44, DW: 136. – 6. R.: 1. Sirjana (Tylicki), 2. Apologie, 3. Aline, Toto: 36/14, 22, 26, ZW: 404, DW: 2024. – 7. R.: 1. Prise (Ehlen), 2. Peri Peri, 3. Philipp, Toto: 72/16, 22, 15, ZW: 1088, DW: 2772. – 8. R.: 1. Ninow (Richardson) 2. Filou Dancer's, 3. Ado Khan, Toto: 48/16, 11, 22, *ZW: 84, DW: 1166.*

MILITARY

EM in Frauenfeld, nach Dressur und Geländeritt; Einzel: 1. Bayliss (Großbritannien), Mystic Minstrel, 43,4 Punkte, 2. Persson (Schweden), Joel, 49,8, 3. Green (Großbritannien), Regal Realm, 52,6, 4. Breisner (Schweden), Ulitmus, 69,2, 5. Morvillers (Frankreich), *Gulliver, 70,4, 6. Rafalak (Polen),* Dajak, 71,0, 7. Schwarz, Power Game, 71,4, 8. Overesch mit Peace Time und Claus Erhorn, Fair Lady, je 80,6, 9. Rethemeier (alle Deutschland), Agazu, 84,4. – Mannschaft: 1. Schweden 219,6 Punkte, 2. Großbritannien 251,0, 3. Frankreich 360,0, 4. Irland 384,8, 5. Polen 396, 6. Niederlande 408,6, 7. UdSSR 484,4. Ausgeschieden: Deutschland, Österreich, Bulgarien, Schweiz.

REITEN

CHIO in Rotterdam, Preis der Nationen: 1. England 0 Fehlerpunkte, 2. Schweiz 0,25, 3. Deutschland 4, 4. Frankreich 8, 5. Holland 12, 6. Schweden 16, 7. Belgien 28.

RINGEN

Bundesliga, 1. Spieltag: Gruppe West: Aldenhoven – Aschaffenburg 20,5:16,5, Mömbris-Königshofen – Schifferstadt 10,5:26,5, Bonn-Duisdorf – Köllerbach 16,5:19. – Gruppe Süd: Reilingen – Hallbergmoos 20,5:10, Freiburg-Haslach – Urloffen 16,5:17, Aalen – Freiburg-St. Georgen 32:3,5, Wiesental – Goldbach 23:14.

TENNIS

Bundesliga, 3. Spieltag, Gruppe 1: Karlsruhe Rüppurr – Hamburg 4:5, Waldau Stuttgart – Leverkusen 6:3, Neuss – Essen 6:3. – Gruppe 2: Berlin – Mannheim 7:2, Großhesselohe München – Iphitos München 4:5, Amberg – Weiden 7:2.

Damenturnier in Toronto (250 000 Dollar), Einzel, Viertelfinale: Mandlikova (CSSR) – Jaeger (USA) 6:3, 6:2, Lloyd-Evert (USA) – Kohde (Deutschland) 6:1, 7:5, Navratilova (USA) – Horvath (USA) 6:2, 6:4, Burgin (USA) – Jordan (USA) 6:4, 3:6, 6:1. – Doppel, Viertelfinale: Jausovec/Jordan (Jugoslawien/USA) – Kohde/Pfaff (Deutschland) 6:0, 7:6. – ATP-Meisterschaften in Mason/US-Bundesstaat Ohio (300 000 Dollar), Herreneinzel, Viertelfinale: McEnroe (USA) – Arias (USA) 6:3, 3:6, 6:0, Wilander (Schweden) – Gonzalez (Paraguay) 6:2, 6:0, Connors (USA) – Mayer (USA) 6:2, 6:2.

RADSPORT

Deutsche Profi-Mannschafts-Meisterschaft (60 km) in Frankfurt: 1. Braun (Neustadt)/*Rinklin* (Singen) 50 Pkt., 2. Betz/Betz (Stuttgart) 40., 3. Hindelang (Augsburg)/Schütz (Stuttgart) 26., 4. Thurau (Frankfurt)/Fritz (Jestetten) 24, 5. Neumayr (Moosburg)/Schröpfer (München) 16, 6. Herrmann/Herrmann (Liechtenstein) 11.

Deutsche Kriteriums-Meisterschaft für Radprofis in Wiesloch: 1. Hindelang (Germaringen) 25 Punkte, 2. Braun (Neustadt) und Neumayer (Moosburg) beide 23.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 8, 10, 29, 36, 47, 49, Zusatzzahl: 17. – Spiel 77: 8 4 9 7 1 5 1. – **Toto,** Elferwette – 1, 1, 2, 1, 2, 1, 2, 1, 0, 1, 2.

(Ohne Gewähr)

HOCKEY

England 4:3 besiegt, erstes Ziel erreicht

sid/dpa, Amstelveen

Die deutsche Hockey-Nationalmannschaft der Herren hat bei der Europameisterschaft in Amstelveen auch ihr drittes Spiel gewonnen. Erleichtert kommentierte Bundestrainer Klaus Kleiter nach dem 4:3-Erfolg über England: „Das erste Ziel ist erreicht. Wir haben das Schlüsselspiel gewonnen und stehen nun praktisch schon im Halbfinale." Mit 6:0 Punkten liegt das deutsche Team hinter Spanien auf Platz zwei. Im Spiel gegen Spanien am Mittwoch wird voraussichtlich die Entscheidung über den ersten Tabellenplatz *fallen. Zuvor muß die Auswahl des* Deutschen Hockey-Bundes (DHB) aber heute noch das Spiel gegen Wales bestreiten.

Gegen England wollte Kleiter auf alle Fälle die Fehler vermeiden, die seine Spieler beim mageren 3:1-Erfolg über Frankreich begangen hatten, als sie zu sorglos und überheblich begonnen hatten.

Deshalb gab er vor dem Spiel die Anordnung: „Vorsichtig und konzentriert anfangen, um nicht wieder in Rückstand zu geraten." Dieses Rezept ging aber *nicht auf,* denn *die* Engländer erzielten bereits in der 3. Minute durch Sherwani die 1:0-Führung. Sportwart Hugo Budinger erklärte nach dem Spiel: „Erst durch diesen Treffer ist die Mannschaft aufgewacht." Nach dem Ausgleich *durch Fischer in der 7. Minute* geriet Titelverteidiger Deutschland auch nicht mehr in Rückstand. Die Engländer sorgten aber andererseits dafür, daß der Vorsprung der deutschen Mannschaft nie mehr als ein Tor betrug.

Vor allem bei Strafecken waren die Schützlinge von Kleiter sehr erfolgreich. Dreimal gab Caninenberg den Ball so herein, daß Fischer direkt einschießen konnte. So auch sechs Minuten vor Spielende zum 4:3-Siegtreffer. „Kämpferisch hat mich die *Mannschaft diesmal überzeugt, spielerisch* jedoch noch nicht ganz", kritisierte Kleiter nach Spielschluß. Neben dem souveränen Hänel und dem umsichtigen Schmidt-Opper war der Bundestrainer vor allem von der Leistung von Torwart Schliemann begeistert. „Ohne Schliemann hätten wir sicherlich verloren", lobte Kleiter den Leverkusener. Ein Ausfall im deutschen Team war dagegen Stefan Blöcher. Offenbar konnte der Limburger nicht verkraften, daß er in der 19. Minute beim Stande von 1:1 einen Siebenmeter vergeben hatte.

SCHWIMMEN / Heute beginnen die Europameisterschaften in Rom – Wasserballsieg über Holland

Rätsel um Groß: Ist er krank, pokert er nur?

sid, Rom

24 Stunden vor Beginn der ersten Schwimmwettbewerbe bei den 16. Europameisterschaften in Rom herrschte in der Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland Unsicherheit über das Leistungsvermögen von Weltmeister Michael Groß. Der 19 Jahre alte Offenbacher litt bis Ende vergangener Woche noch an den Folgen einer verschleppten Infektion, die er sich vor drei Wochen beim Lehrgang in Heidelberg zugezogen hatte. Groß mußte in Rom, wo sich das Team des Deutschen Schwimm-Verbandes seit zehn Tagen aufhält, mit starken Antibiotika behandelt werden und einen Tag im Training völlig pausieren.

„Ich hatte einen *um 50 Prozent* erhöhten Pulsschlag", erzählt Groß, der sich erstmals in seiner Laufbahn vor dem Saisonhöhepunkt in seiner konzentrierten Vorbereitung unliebsam gestört sieht. Seit Freitag hat sein Pulsschlag allerdings wieder normale Werte erreicht. Hartmut Oeleker, Heimtrainer von Groß beim EOSC Offenbach, hofft jetzt auf eine Stabilisierung der Leistung. „Einen Weltrekord wie bei den deutschen Meisterschaften in Hannover halte ich jedoch für unwahrscheinlich", meint Oeleker, „aber eine Zeit um 1:49 Minuten dürfte meiner Meinung nach heute durchaus für den Sieg über 200 m Freistil reichen." Der Weltrekord von Groß steht seit Hannover bei 1:48,28 Minuten.

Michael Groß selbst stapelt wie im*mer tief, setzt den Europameisterti*tel, den er vor zwei Jahren in Split bereits über 200 m Schmetterling gewann, bewußt niedrig an. „Mein erklärtes Saisonziel war für 1983 ein Weltrekord. Und dieses Ziel habe ich bereits erreicht. Für mich geht die Welt nicht unter, wenn es ab heute in Rom nicht so laufen sollte. Nächste Woche verliere ich daran keinen Gedanken mehr. Dann konzentriere ich mich auf die Schule." Michael Groß steht im Frühjahr 1984 im Abitur. Er ist bekannt als Meister im Verdrängen von Erwartungen – gegenüber anderen wie vor sich selbst. Aber die Erwartungen, die Hoffnungen sind natürlich auch im DSV, in der Mannschaftsführung, vorrangig auf Michael Groß konzentriert.

Die deutschen Wasserballspieler, die den Titel in Rom zu verteidigen haben, starteten mit einem unerwartet mühelosen und deutlichen 9:5 (2:2, 3:1, 3:1, 1:1)-Sieg über Holland. Frank Otto und Hagen Stamm, beide vom Europacupsieger Spandau Berlin, waren erneut die Besten in einer Mannschaft, die den Gegner fast nach Belieben beherrschte. Beide erzielten drei Treffer.

Der deutsche Meister Albin Killat aus München ist in der Qualifikation der Wasserspringer vom Drei-Meter-Brett ausgeschieden. Der 21 Jahre alte Bademeister kam nicht unter die besten 12 des Vorkampfes. Er erreichte mit 520,89 Punkten nur den enttäuschenden 16. Rang. Dieter Dörr aus Gelnhausen ist als Zwölfter knapp qualifiziert. Seine 537,06 Punkte sind aber ein Zeichen dafür, daß er sich im Endkampf kaum verbessern werden wird.

Sind amerikanische Superserien eine Herausforderung für unser TV?

Die Faszination der bösen Reichen

Die Ewings und Carringtons brauchen Konkurrenz aus Deutschland nicht zu fürchten. Die deutschen Fernsehanstalten werden keine Serien im Stil der beiden weltweit erfolgreichen amerikanischen Gesellschaftsserien „Dallas" und „Denver" entwickeln. Schuld daran sind das fehlende Geld und der Autorenmangel in der Bundesrepublik. Statt dessen will das deutsche Fernsehen auf die amerikanische „Dallas"- und „Denver"-Herausforderung mit Familienprogrammen à la „Schölermanns" und „Hesselbachs" antworten. – Dies ist das Ergebnis einer Umfrage des Informationsdienstes „medien-telegramm" bei den Unterhaltungschefs von ARD und ZDF. Die WELT hat aus den Stellungnahmen einige ausgewählt, die sich auf folgende zwei Fragen beziehen:

1. „Dallas" und „Denver-Clan" faszinieren *Deutschlands Fernsehzuschauer.* Halten Sie es für ausgeschlossen, daß deutsche Autoren in der Lage sind, ähnlich erfolgreiche Serien zu schreiben?

2. Worauf führen Sie zurück, daß wir den Amerikanern nichts Gleichwertiges *auf dem Gebiet der Gesellschaftsserien* entgegenstellen können?

Harald Vock (NDR):

1. Die Amerikaner haben für solche Serien eine ganz andere Tradition als wir. Sie verfügen über Autoren in ausreichender Zahl, die bereit sind, Trivial-Storys *zu schreiben. Wir haben* sehr wenige, die so etwas können. Aber das ist ja auch kein Wunder. Wer bei uns Trivial-Serien schreibt, wird von der Kritik gnadenlos niedergemacht und für alle Zeit gestempelt. So tauchen bei uns im*mer wieder dieselben Namen auf.* Wollte man mit den Amerikanern konkurrieren, so müßten deutsche Autoren auf diese Serienschreibe trainiert werden. Überdies bräuchten Unterhaltungschefs und Intendanten ein ungeheures Stehvermögen, um Angriffe wie bei „Dallas" zu ertragen. Schließlich wurde „Dallas" nur deswegen ein großer Erfolg, weil wir uns über die ersten vernichtenden Kritiken hinwegsetzten und die positive Reaktion des Publikums abwarteten.

2. Die ARD hat neun Anstalten – also neun Meinungen. Wie soll man die unter einen Hut bringen? Da müßte jeder Sender Geld und Sendezeit zusteuern und sich dem großen Projekt unterordnen. Bei neun verschiedenen *Meinungen ist ein Projekt* aber schnell zerredet. Im übrigen sind die 400 000 bis 500 000 Mark, die die Produktion einer „Dallas"-ähnlichen Folge bei uns kosten würde, nicht so leicht aufzubringen, wenn man an 52 oder gar 104 Folgen denkt. Bei den „Schölermanns" bestimmten wir allein; heute bestimmen neun Anstalten, was gemacht wird. Dabei bin ich fest überzeugt, daß auch von uns produzierte Gesellschafts-Serien laufen würden. Das Kriterium einer Serie ist doch immer gleich: Wenn man sie regelmäßig ausstrahlt und alle Zuschauer über die Mitwirkenden bestens Bescheid wissen, kann man einen Orang Utan als Onkel Hugo verkaufen. Wenn er oft genug gesendet wird, werden die Leute ihn akzeptieren.

Christof Schmid (BR):

1. Das glaube ich nicht. Mit „Monaco-Franze" haben wir bewiesen, daß hierzulande höchst populäre und erfolgreiche Serien produzierbar sind.

2. Der materielle Aufwand ist zu gewaltig. Außerdem: Den Amerikanern steht der Weltmarkt automatisch offen. Uns nicht.

Hans Hirschmann (SWF):

1. Das halte ich nicht für ausgeschlossen. Nur haben wir eine andere Mentalität als die Amerikaner. Wenn unsere Autoren versuchen würden, es genauso zu machen wie ihre amerikanischen Kollegen, dann hätte das Publikum sicherlich weniger Spaß daran. Das amerikanische Strickmuster kann man nicht imitieren. Wir müssen solche Serien etwas deutscher machen, wie seinerzeit mit Gustav Knuth in „Großer Mann, was nun?" Die Machart, auch wenn heute schon etwas veraltet, ähnelt der in „Dallas". Damals waren die Amerikaner in ihren Serien auch nicht so böse wie heute. Aber das ist eine Frage der Zeit, nicht der Nationalität.

2. Wir haben den Amerikanern im Moment nichts Gleichwertiges entgegenzustellen. Keine ARD-Anstalt kann es sich leisten, 40 oder mehr Folgen vom „Dallas"-Format zu produzieren. Es gibt kein Land, das den Amerikanern – was den Verkauf von TV-Produktionen angeht – das Wasser reichen könnte. Zumal Englisch eine Weltsprache ist.

Hannes Heff (WDR):

1. Das könnten unsere Autoren auch. Nur, wer soll solche Mammut-Serien produzieren? Damit wären die Sendetermine einer ganzen Anstalt blockiert. „Dallas" und „Denver" sind die typischen Produkte eines Vielkanal-Fernsehens. Daher ist in Amerika so etwas machbar, bei uns nicht.

2. Die Frage ist nicht, ob wir es können, sondern ob wir es wollen. *Andererseits haben unsere Autoren* nicht die angelsächsische Mentalität. Es ist auch nicht unsere Art, überdimensionale Hollywood-Träume zu produzieren. Auch die Franzosen würden „Dallas"- oder „Denver"-ähnliche Serien nicht produzieren. *Ich finde, daß* unsere Familien-Serien den amerikanischen Gesellschafts-Serien ebenbürtig sind. Und die stellen wir ihnen entgegen. Hinzu kommt, daß Einkaufen billiger ist als Produzieren.

Heinz Ungureit (Leiter der Hauptredaktion Fernsehspiel und Film des ZDF):

1. Unsere Autoren haben mit der „Familie Hesselbach", dem „Forellenhof" und den „Unverbesserlichen" bewiesen, daß sie auch sehr erfolgreiche Serien schreiben können. Aber die deutschen Autoren haben eine deutsche Mentalität. Sie werden also keine typisch amerikanischen Serien schreiben können. Im übrigen sind wir mit Robert Stromberger dabei, eine Familien-Serie, die den Titel „Diese Drombuschs" hat, zu produzieren. Sollte sie ankommen, werden wir sie sehr lange durchlaufen lassen.

2. Wenn damit das Milliardärs-Milieu gemeint ist: Solche Leute haben wir bei uns nicht. Und die wenigen, die es gibt, leben zurückgezogen in einer Welt, in die kaum jemand hineinblickt. Die Amerikaner dagegen haben in ihrer ganzen Tradition, vom Western angefangen bis hin zum Gangster-Film, ein Faszinosum am bösem Erfolgreichen. Wir würden uns also mit Serien wie „Dallas" und „Denver" sehr schwer tun.

KRITIK

Gangster, die edelmütigen Helden

Die sommerliche Welle an Wiederholungen bringt Filme, die Dauerbrenner sind, und solche, bei denen man kaum mehr begreift, weshalb sie einst soviel Begeisterung weckten.

Auf welche Seite gehört der Jacques-Becker-Film von 1954, der in der ARD unter seinem deutschen Titel **„Wenn es Nacht wird in Paris"** nach 14jähriger Pause wieder gebracht wurde? Unter seinem treffenderen Originaltitel „Touchez pas au grisbi" (Hände weg vom Zaster!) gilt dieser Streifen als ein Klassiker des Edelkrimis. Zunächst mußte man einen Etikettenschwindel verdauen. Die Werbung hatte die Reprise als einen „Film mit Jean Gabin und Jeanne Moreau" aufgezogen. Das konnte man mit seiner Erinnerung nicht zur Deckung bringen. Und wirklich: Die Moreau tritt hier bloß als ein Starlet in einer Nebenrolle auf – niemand konnte ahnen, daß aus diesem unbeholfenen Ding einmal eine der ganz großen Schauspielerinnen werden würde.

Der Fall ist übrigens kennzeichnend: Die Frauen sind in diesem Film auch sonst nur Staffage. Erst auf dem Hintergrund der inzwischen erfolgten Frauenemanzipation erkennt man, wie sehr dieser Film ein reiner Männerfilm ist. Gangsterbosse, gespielt von Gabin und Lino Ventura, die um eine Ladung gestohlener Goldbarren kämpfen. Ein Mann ist nur, wer sich einem der beiden Chefs unterordnet und sich notfalls für ihn totschießen läßt. Andernfalls werden auch die Vertreter des männlichen Geschlechts zu bloßer Staffage wie Portiers und Kellner. Die Polizei tritt nur als Verkehrspolizei oder zu spät auf.

Das Gold ist natürlich nur ein Symbol – die Männer, die „richtigen", brauchen ja schließlich einen Anlaß, um ihren Mut und ihre Treue zu beweisen. Für Gabin ist sein verwundeter Freund wichtiger als alles Gold. Gangster sind eben die einzigen, die in unserer Gesellschaft noch edelmütige Helden sein dürfen.

Eine gekonnte Nostalgie-Schnulze, deren Faszination man sich bei aller Einseitigkeit auch heute noch nicht ganz entziehen kann.

ANTON MADLER





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Lea
Lustspiel von Yves Jamiaque
11.50 Umschau
12.00 Tagebuch (Kath.)
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.25 Der Mann in den Bergen
Der alte Soldat
16.10 Tagesschau
16.15 10 Grad östlicher Länge (3)
Schnurstracks durch die Bundesrepublik
Film von Franz X. Gernstl
3. Etappe: Von Creglingen bis Bad *Kissingen*
17.20 Der Trotzkopf
Serie nach Emmy von Rhoden
4.: Die kleine Lili
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Vom Webstuhl zur Weltmacht
5. Teil: Beherrscher des Marktes
Um den Ruf des Hauses Fugger ist es beim Volk schlecht bestellt: „Fuggern" heißt im Sprachgebrauch soviel wie betrügen; und ein „Fuggerer" ist so etwas wie eine Mischung aus Taschendieb und Raubritter.
21.15 Kontraste
„Freundschaftsreise" – Das Verhältnis Polen–„DDR" nach dem Honecker-Besuch / „DDR" kämpft um höhere Arbeitsproduktivität – Roboter als Wundermittel / Lauenburg ohne Berlin-Verkehr – Probleme einer Stadt an der deutsch-deutschen Grenze / Boris Pasternaks *Schwestern erzählen – Die* Geschichte einer russischen Künstlerfamilie
22.00 Der nächste, bitte!
Geschichten aus der Praxis des Dr. Waagreiner
Von Wolfgang Mühlbauer
Mit Walter Sedlmayr, Christa Berndl u. a.
Regie: Rainer Wolffhardt
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nachtstudio
Das Schießen
Amerik. Spielfilm (1966)
Mit Warren Oates, Will Hutchins u. a.
Regie: Monte Hellmann
00.20 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Der Mann, der Sherlock Holmes war
Deutscher Spielfilm (1937)
Mit Hans Albers, Heinz Rühmann, u. a.
Regie: Karl Hartl
17.00 Ferienkalender
17.20 Die kleinen Strolche
Zahn um Zahn
17.30 heute/Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Veronika Fischer
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Wagen 106
Falscher Verdacht
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
Präsentiert von Dieter Thomas Heck
20.15 Spurlos verschwunden
Renate S., Kassel
Dokumentarfilm von Eva Hoffmann
21.00 heute-journal
21.20 Sport aktuell – aus Rom:
Schwimm-EM
21.50 Jetzt und alles
Film von Dieter Meier
Mit Richy Müller, Jean Pierre Kalfon, Jay Rider, u. a.
Ein auf Spannung und Unterhaltung zielender Action-Krimi, auf dem Hintergrund der subkulturellen Rockszene. Neben dem Reiz des besonderen Milieus lebt die Geschichte vom Kontrast zweier gegensätzlicher Tätertypen: eiskalter Gangster und stümperhafter Amateur.
23.25 Barocke Zeiten
Sendereihe über Menschen und Schauplätze einer Epoche Deutschland, Polen und Litauen
Das Karlsruher Schloß, Schloß Sanssouci in Potsdam, der Dresdner Zwinger und Meißen sind die Stationen der Barockreise in Deutschland.
23.50 heute

III.

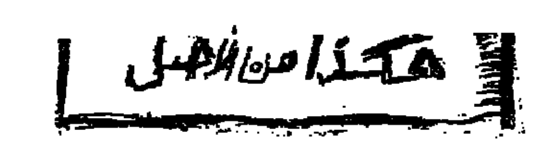
WEST
18.00 Mein Onkel Theodor oder Wie man viel Geld im Schlaf verdient (6)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Maxi und Mini
Haustiere
18.30 Mein Onkel Theodor oder Wie man viel Geld im Schlaf verdient (6)
19.00 Mickey Rooney
19.15 Auch des Pudels Kern – ein Wolf
Über den Umgang mit Hunden

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Häufchen hier – ein Häufchen da ...
Hundehaltung in Großstädten
21.45 Wege zu Beethoven (8)
11teilige Sendereihe mit Leonard Bernstein, Maximilian Schell und den Wiener Philharmonikern
22.45 Das Bild der Woche
„Die Heiligen der Familie Grotta"
Von Giovanni Battista Tiepolo
22.55 Letzte Nachrichten
nur für NORD/HESSEN
23.00 Dallas

SÜDWEST
15.00 Der Ferienfilm
Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S3:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Spieglein, Spieglein an der Decke ...
„Caesars Palace" in Las Vegas
21.05 Asterisks Abenteuer
21.15 Ein Platz für Pferde
22.00 Dallas

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Oberstadt-Gass
Schweizer Spielfilm (1956)
20.35 Karl Valentin und Liesl Karlstadt
Der Zithervirtuose
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z.E.N.
22.05 Blicke sprechen Bände
22.50 Rundschau



Pankraz, K. Bayer und die einfache Diktatur

Karl Ludwig Bayer vertritt in seiner Zeitschrift „epoche" die Auffassung, daß sich die Sowjetunion aus einer Weltanschauungsdiktatur in eine „gewöhnliche Diktatur" verwandelt habe. Chruschtschow sei der letzte Parteichef gewesen, der noch an den Marxismus-Leninismus geglaubt habe. Heute seien die Sowjetführer im Hinblick auf den rechten Glauben die reinsten Zyniker, verhielten sich alle wie der Pfarrer auf der Arnold-Karikatur im „Simpl": „Lachen tat i, wenn i den falschen Glauben hätt."

Daß es sich bei solchen Unterscheidungen nicht um Politologen-Abrakadabra, sondern um handfeste Politik handelt, macht Bayer sogleich deutlich. Er hat seinen Aufsatz geschrieben, um die jüngsten ostpolitischen Ausflüge von Franz Josef Strauß zu erklären, und so weist er denn darauf hin, daß eine „gewöhnliche Diktatur" in der Sowjetunion „größeren Spielraum für Kompensationsgeschäfte und politische Arrangements" eröffne und daß zur Aushandlung dieser Geschäfte konservative Pragmatiker genau die richtigen Gesprächspartner der Sowjets seien. „Je fremder einem westlichen Politiker der Marxismus ist, um so eher vermag er ... die Sowjetunion in ihrem Machtinstinkt und Interessenbewußtsein anzusprechen."

Pankraz kann sich bei der Lektüre eines beträchtlichen Unbehagens nicht erwehren. Bayers Logik hat zweifellos etwas Verführerisches, aber sie rollt allzu glatt und ist nur scheinbar schlüssig. Zunächst wäre zu fragen, ob es für uns Deutsche wirklich besser wäre, es in Moskau statt mit einer Weltanschauungsdiktatur mit einer gewöhnlichen Militärdiktatur zu tun zu haben. Militärs neigen noch leichter als Ideologen dazu, innenpolitische Schwierigkeiten und Frustrationen durch außenpolitische Aggressivität und Expansion zu kompensieren. Schließlich waren es nicht Kommunisten, sondern panslawistische russische Strategen des neunzehnten Jahrhunderts, die als wünschenswerte Westgrenze ihres Imperiums die Linie Berlin-Dresden-Wien festlegten.

Die Urväter des Kommunismus, Marx und Engels, die bekanntlich ein scharfes geopolitisches Gespür hatten, waren davon überzeugt, daß der von einer Militärdiktatur gesteuerte russische Expansionismus eine tödliche Gefahr für Europa sei, und redeten sogar einem Präventivkrieg gegen die Moskowiter das Wort. Nie und nimmer wären sie damit einverstanden gewesen, daß ihre Ideen ausgerechnet im „mongolischen Blutsumpf" Moskaus gehegt würden; sie hätten sich davon die schlimmsten Metamorphosen versprochen, und diese Metamorphosen sind ja inzwischen leider auch zu Tage getreten, Legierungen von unheilvoller Kraft und Dauer.

Damit sind wir beim zweiten Bedenken gegen Bayers Logik: Seine Unterscheidung zwischen Weltanschauungsdiktatur und „gewöhnlicher" Diktatur macht es sich entschieden zu einfach. Jede Diktatur braucht zur Selbstrechtfertigung eine Art Weltanschauung, aber ihre Gefährlichkeit für Untertanen und Umfeld hängt nicht unbedingt vom weltanschaulichen Sättigungsgrad ab. Hitlers Herrschaft war eine hocheffiziente Gewaltherrschaft, doch der Grad ihrer ideologischen Rechtfertigung lag vergleichsweise niedrig. Die nationalsozialistische Theorie bot ein zusammengestoppeltes Sammelsurium, in dem es nicht einmal eine Schein-Stringenz gab. Andererseits wirken die Gedankengebäude lateinamerikanischer Caudillos, dieser Dreiklang aus Christentum, Vaterlandsliebe und Antikommunismus, oft recht geschlossen; die Diktatur indessen, die darauf gegründet wird, ist meistens schwach, halbherzig und unentschlossen.

Was nun den Marxismus-Leninismus betrifft, so hat er sich als eine vorzügliche, äußerst praktikable Rechtfertigungsideologie für Diktaturen erwiesen. Er legt den Diktatoren keine Zügel an (wie das Christentum), er umgibt sie mit dem Glorienschein „geschichtlicher Notwendigkeit", er ist – vor allem in den Augen von jugendlichen und schlichten Gemütern – von höchster Schein-Stringenz („eine zwar falsche, aber klare Idee"), und er rechtfertigt auswärtige Expansionen, die man stets als „Ausdehnung des Reiches der wahren Freiheit" ausgeben kann.

Es kommt also gar nicht in erster Linie darauf an, ob die Diktatoren selber an den Marxismus-Leninismus glauben. Auch ein Parteisekretär, der schon längst nur noch an die Macht glaubt, wird aus guten Gründen an diesem Marxismus-Leninismus festhalten, wird ihn als politisches Instrument der Herrschaftssicherung benutzen, wird ihn je nach Bedarf uminterpretieren, wird ihm in Parteitagsreden seine Referenz erweisen und ihn im stillen Kämmerlein vielleicht sogar als Hausmittel gegen eventuell schlechtes Gewissen einsetzen.

Ein westlicher Politiker, der einen solchen Parteisekretär besucht, um mit ihm „von Pragmatiker zu Pragmatiker" Tacheles zu reden, wird unter Umständen böse Überraschungen erleben. Es wird möglicherweise zu Absprachen kommen, die dann keineswegs eingehalten werden, weil sie aus dem Sichtwinkel des Sekretärs nur ein Blendwerk erlaubter klassenkämpferischer Schläue gegenüber dem „dummen Kapitalisten" waren. Sich mit Diktatoren abzugeben, ist immer mißlich, seien sie nun gläubig oder „gewöhnlich". Arrangements und Kompensationsgeschäfte mit ihnen bedürfen der vollen demokratischen Öffentlichkeit.

Im übrigen kann es überhaupt nicht im Interesse des Westens liegen, bei der Transformation einer Diktaturform in eine andere Hilfestellung zu leisten. Erfolgversprechend ist einzig und allein, mit Geduld und Geschick die Elemente der Vielfalt und der Liberalität in Diktaturen zu stärken. Dadurch stärkt man sich selbst und hilft den Menschen, die unter der Diktatur zu leiden haben.

Pankraz

Hollywood als Leidensweg: Der Film „Frances"

Die große Passion der Jessica Lange

Sie war Hollywoods ungeliebtes Kind, eine Rebellin der großen Studios. Sie steht für viele namenlose Mädchen, die an der Traumfabrik gescheitert sind. Daß man das Schicksal der Frances Farmer genau kennt, ist Briefen und Tagebuchnotizen zu danken, die bis in ihr Todesjahr 1970 hineinreichen. Jetzt ist ihr Leben zu einem Film geworden. „Frances", im letzten Winter in New York uraufgeführt, hat das hartgesottene Amerika monatelang zu Tränen gerührt.

1914 in Seattle geboren, war Frances Farmer in den frühen dreißiger Jahren eines jener blondlockigen „golden girls" in der Nachfolge Mary Pickfords. Besser gesagt: Die Studio-Bosse preßten sie in dieses Klischee, weil es dem Publikum gefiel. Und eine Zeitlang war sie tatsächlich ein „Star", der die Kinokassen füllte. Ihre in sieben Jahren schnell heruntergekurbelten neunzehn Filme freilich servierten allesamt nur „leichte Kost". Filmgeschichte haben sie nicht gemacht.

Die hochsensible und intelligente Frances Farmer siegte – da war sie erst sechzehn – in einem Aufatzwettbewerb mit einem Essay, in dem sie die Existenz Gottes in Frage stellte, was die Puritaner von Seattle auf die Barrikaden brachte. Am Schauspielseminar von Washington muß sie Beachtliches geleistet haben, denn hier wurde ihr eifriges Studium mit einer Reise nach Moskau belohnt. Nach ihrem Rußland-Aufenthalt nahm die Paramount sie rasch unter Vertrag. Im rigiden Studio-System jedoch, in dem „der Schauspieler", so sagte ein Produzent, „zu spielen, aber nicht zu denken" habe, fühlte sie sich bald wie in einem zu engen Korsett. Die drittklassigen Rollen, die man ihr gab, langweilten sie zu Tode. Ihr Image als naiv-süßliches Blondchen belastete sie so stark, daß sie Trost im Alkohol suchte. Dem Vertrag zu entkommen war unmöglich.

Mehrfach wurde die Farmer von nun an im trunkenen Zustand verhaftet. Sie prügelte sich mit Polizisten herum, erschien um Stunden zu spät zum Drehbeginn und wurde schließlich auf Anraten ihrer Mutter entmündigt und in psychiatrische Behandlung gebracht. Nun begann ein Leidensweg, der einem Horrortrip gleichkam. Jahre später erst erlangte sie – eine gebrochene Frau – ihre bürgerlichen Rechte zurück. Heute ist Frances Farmer vergessen. Nur noch ein paar eingefleischte Hollywood-Fans erinnern sich ihres Namens.

Ist es ihre bestürzende Ähnlichkeit mit der echten Frances Farmer, welche die 32jährige Jessica Lange – Oscar-Gewinnerin für ihre Leistung in „Tootsie" – seit Jahren in den Bann dieser Frau zieht? Die Tagebücher der Farmer hat sie wieder und wieder gelesen. Und sie machte sich am Ende selber auf die Suche nach einem Regisseur, der die Lebensgeschichte dieser ungewöhnlichen Frau so originalgetreu wie möglich verfilmen könnte.

Zwei Männer, mit denen die Lange schon erfolgreich gearbeitet hatte, Bob Fosse („All that jazz") und Bob Rafelson („Wenn der Postmann zweimal klingelt"), lehnten ab. Der junge Produzent Jonathan Sanger aber ließ sich von dem hochdramatischen Stoff begeistern und lud den Cutter Graeme Clifford zum Regie-Debüt ein. Das Drehbuch übertrug er den Autoren Eric Bergren und Christopher DeVore, mit denen gemeinsam er schon einmal einen Film realisiert hatte, der – genau wie „Frances" – ein großes Dokument der Humanität war: „Der Elefantenmann".

Laszlo Kovacs, der für Martin Scorsese, Peter Bogdanovich und Hal Ashby die Kamera führte, taucht die Geschichte der Frances Farmer in dunkle, ja, düstere Farben, die nur ab und zu ein Lichtreflex erhellt. Herbstlaub fällt ins Wasser zu Beginn des Films; und dann führt er hinein in ein dumpfes Interieur voller verstaubter Erinnerungen und Wunschträume, geschmückt mit Puppen, die töricht aus ihren Prozellangesichtern *schauen. Das ist das Elternhaus der* Frances, das von der Mutter geprägt ist.


Bestürzende Ähnlichkeit: Jessica Lange in der Filmrolle als Frances Farmer FOTO: DIE WELT

Szenen voller Lebensfreude kontrastieren zunächst noch mit diesem schwülen Ambiente: Frances schwimmt im Pazifik, schwingt sich in Baumwipfel und schreibt in ihr Tagebuch, trifft den Journalisten Harry York, der ihr zeitlebens ein treuer Freund sein wird. Aus seiner Sicht heraus ist die Geschichte auch geschildert.

Der Dramatiker Sam Shepard spielt diesen Freund – der übrigens die einzige Erfindung des Films ist – mit Mut, Kraft und großer Bravour. Die Begegnungen mit Harry, der Frances in den Augenblicken ihrer tiefsten Not immer wieder – ebenso selbstlos wie selbstverständlich – zur Seite steht, obwohl sie ihn als Mann zurückweist, sind ein Leitmotiv dieses Films.

Im Mittelpunkt aber steht Jessica Lange als Frances Farmer, wie sie leibt und lebt. Ihr gelingen packende Momente auf jenem Weg der Zerstö*rung einer Persönlichkeit, dem sie* nachspürt. Hocheindrucksvoll auch die von Haßliebe erfüllten Szenen mit der ehrgeizzerfressenen Mutter (Kim Stanley), die ihr kleines, bedeutungsloses Leben aufwerten und ihre hochtrabenden Pläne endlich in der Tochter verwirklichen möchte.

Jessica Lange hat unlängst gesagt, was sie am meisten beschäftige, sei der entsetzliche Gedanke, daß das, was Frances Farmer passiert sei, heute oder morgen auch einer anderen jungen Schauspielerin widerfahren könne. Dies sei eine Vorstellung, von der sie nicht mehr loskomme. Und so hat sie den Film „Frances" denn auch mit ihrem Spiel – das sie in die vorderste Reihe der jungen amerikanischen Mimen rückt – zu dem gemacht, was er ist: tragischer Tatsachenbericht von gestern und eine gültige Parabel von der Gefährdung des Schauspielers schlechthin.

DORIS BLUM

JOURNAL

Kunstmuseum bittet um „Fahndungshilfe"

dpa, **Düsseldorf**

Um Fahndungshilfe beim „Aufstöbern" kunstgeschichtlich wertvoller Ausstellungsstücke für eine geplante große Übersicht über die rheinische und westfälische Kunstszene vor dem Ersten Weltkrieg bittet das Städtische Kunstmuseum in Düsseldorf. Hier soll bei einer in sechs Städten zwischen Hagen und Köln für das kommende Frühjahr geplanten Schau die damals wegweisende Arbeit der Düsseldorfer Kunstgewerbeschule möglichst genau rekonstruiert werden.

Dazu erhoffen sich die Museumsleute zahlreiche Leihgaben aus Privatbesitz, da die Kunstreformer jener Jahre nicht nur Gebäudefassaden, ganze Häuserkomplexe, sondern auch allerlei Gebrauchsgeräte von der Keramik bis zum Eßbesteck, von der Zahnpastaschachtel bis zum Bucheinband gestalteten. So stehen Werke des Architekten Peter Behrens, ab 1903 Direktor der Kunstgewerbeschule, ganz oben auf der „Fahndungsliste". Weiter werden Arbeiten des Wiener Max Benirschke, der bis 1919 in Düsseldorf gelehrt hat, des Bildhauers Rudolf Bosselt und des Gebrauchsgrafikers Fritz Hellmuth Ehmcke gesucht.

Polnische Zeitschrift in Deutschland

J. G. G. **Köln**

Unter dem Titel „Wahrheit und Befreiung" ist im neu gegründeten polnischen Verlag Maximilianum in Karlsberg/Pfalz die erste nach 1945 in Deutschland gedruckte geistig-literarische polnische Zweimonatsschrift erschienen. Sie firmiert als programmatische Zeitschrift des „christlichen Dienstes für die Befreiung der Völker". Chefredakteur ist der frühere Professor der katholischen Universität Lublin und Gründer des „Dienstes", Dr. Franciszek Blachnicki. Für die graphische Gestaltung des 182 Seiten umfassenden Heftes in polnischer Sprache zeichnet der bekannte polnische Kunstmaler Andrzej Jan Piwarski (Essen) verantwortlich. Zu den Autoren gehören u. a. Papst Johannes Paul II., der tschechische Menschenrechtskämpfer Jiri Lederer, der in Hagen/Westf. lebende polnische Historiker Prof. A. J. Kaminski.

35. Busoni-Wettbewerb begann in Bozen

dpa, **Bozen**

Pianisten aus 36 Staaten aller Kontinente nehmen am 35. Busoni-Wettbewerb in der Südtiroler Hauptstadt Bozen teil, der bis zum 3. September dauert. Die Ausschreibung ist mit drei Geldpreisen von insgesamt 17 500 Mark ausgestattet, wobei dem besten unter den 188 Pianisten außerdem ein Engagement für 40 Konzerte winkt. Hannah Busoni, die 80jährige Schwiegertochter des 1935 verstorbenen Opernkomponisten Ferruccio Busoni, kam aus New York zu dem Jubiläumswettbewerb.

Concertgebouw-Orchester auf Auslandstournee

SAD, **Amsterdam**

Das renommierte Amsterdamer Concertgebouw-Orchester tritt eine ausgedehnte Europa-Tournee an, auf dessen Programm bis Mitte September Konzerte in Belgien, Großbritannien, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland stehen. Unter der Leitung seines Dirigenten Bernard Haitink wird das niederländische Orchester Sinfonien von Schostakowitsch, Mahler, Bruckner und Beethoven sowie Wagners „Siegfrid-Idyll" und die „Verklärte Nacht" von Schönberg spielen. Als letzte Etappe ist Bonn vorgesehen.

Film über die Schlacht um Moskau

rst. **Moskau**

Ein vierteiliger Film über die Schlacht um Moskau im Winter 1941 soll in Koproduktion zwischen dem Sowjetischen Staatsfilm und dem Tschechoslowakischen Film bis Ende 1984 entstehen. Den Vertrag über die Herstellung des Spielfilms, in dem neben sowjetischen und tschechoslowakischen auch Schauspieler aus der „DDR" mitwirken sollen, haben Vertreter beider Filmgesellschaften jetzt unterzeichnet.

Urkunde über Kruzifix in Nürnberg entdeckt

dpa, **Nürnberg**

Über die Entstehungszeit des über zwei Meter hohen Kruzifixes in der Nürnberger Sebalduskirche gibt es jetzt keinen Zweifel mehr. Eine vergilbte Urkunde aus einer Höhlung im Rücken des Corpus konnte kürzlich im Germanischen Nationalmuseum mit Hilfe von in ultraviolettem Licht angefertigten Fotos völlig entziffert werden. Wörtlich heißt es darin, am „27 Julius 1520 Jor" sei „diese got auff gericht" worden und „gemacht von Veit Stoß zu nornberg". Das Werk habe „ploß mit hiolz und Gott allein 39 Gulden" gekostet. Das Dokument hatte der Restaurator Eike Öllermann bei einer Reinigung der Skulptur entnommen, bevor sie in die Nürnberger Veit-Stoß-Ausstellung kam.

Ballettabend von John Neumeier in Salzburg

Triumphaler Feuervogel

Die Salzburger Festspiele haben erstmals seit vielen Jahren wieder einen Ballettabend in ihr Programm aufgenommen. Die Ausnahme machte man nicht für einen Jedermann, sondern für John Neumeier. Ein Karajan des Balletts hat Anspruch auf die Bühne-Karajans. Und schon munkelt man, daß die beiden Superstars demnächst gemeinsam ans Werk gehen wollen. Herbert von Karajan scheint nicht abgeneigt, Neumeiers Hamburger „Matthäuspassion" zu Ostern und vielleicht auch im Sommer in Salzburg mit den Wiener Philharmonikern zu begleiten.

Der Hamburger Ballettdirektor errang im Salzburger Großen Festspielhaus einen triumphalen Erfolg mit seinen Choreographien zu Ravels „Daphnis und Chloë" und Strawinskys „Der Feuervogel". Die Premiere dieser Festspielpremiere hatte allerdings schon im Januar an der Wiener Staatsoper stattgefunden. Wieder einmal erwies sich, daß der Ballettchef der Hansestadt seine besten Arbeiten – zuvor die „Josephslegende" und nun den „Feuervogel" in Wien oder „Die Kameliendame" in Stuttgart – aushäusig aus der Taufe zu heben pflegt.

Mit dem „Feuervogel" ist dem Choreographen ein frappierendes Meisterwerk gelungen. Fern von altrussischer Folklore – Jürgen Rose stellt in seinem Bühnenbild Kultur-Schutt unterm Sternenzelt aus – erzählt Neumeier das Science-fiction-Märchen vom Überleben der Menschheit und der Natur nach der großen Katastrophe. Roboter der Unfreiheit beherrschen die Erde. Ein junges Mädchen (Gabriele Haslinger) und ein junger Mann (Anthony Dowell) retten die letzte blühende Blume – eine Topfpflanze, wie sie auch Gurnemanz im dritten Akt von Götz Friedrichs Bayreuther „Parsifal" begießt – vor dem Zugriff der Lebensvernichter. Der Feuervogel (Lynne Charles), aufflammend wie ein Komet von einem anderen Stern, hilft den Liebenden aus der Todesangst ins Lebensglück. Die Umweltschützer tragen wenigstens im Ballett den Sieg davon.

Mit „Daphnis und Chloë" ist John Neumeier schon in seinen Frankfurter Anfängerjahren ein Repertoireklassiker geglückt. Das Traumstück, das Land der Griechen mit der Seele suchend, wie es nicht im Baedeker steht, beeindruckte auch bei diesem Wiedersehen. Kevin Haigen, der Internats-Daphnis auf Bildungsreise, sollte seinen Entschluß, die Ballettschuhe an den Nagel zu hängen, vielleicht doch noch einmal überdenken. Christine Gaugusch war ihm eine bezaubernde Gespielin. Mit Ovationen wurden die Wiener Philharmoniker und ihr Dirigent Lorin Maazel gefeiert. Keinem Ballett der Welt wurde wohl je ein so luxuriöser Klangteppich ausgerollt. Ravel und Strawinsky durften hoch zufrieden sein.

BERND PLAGEMANN

Münster: Peter Ustinov zeigt seine Zeichnungen

Wie auf Glas gemalt

Wer von dem Genie der 100 000 Worte auch bei seinen Zeichnungen die gleiche Eloquenz erwartete, wurde enttäuscht. Peter Ustinov, ansonsten auf der Leinwand, der Bühne oder zwischen Buchdeckeln beständiger Mittelpunkt mit der verdrängenden Kraft eines Ozeanriesen, hielt sich denn auch zur Eröffnung der ersten Ausstellung seiner Zeichnungen in Münster (Galerie Steinrötter bis zum 18. September) unvermutet im Hintergrund.

„Ich brauche diese Zeichnungen eigentlich nicht", befand er. Darum auch wohl die geringe Mühe, die er auf die Technik verwandte: Wenige Striche machen ein Porträt, eine Charakterstudie aus, aber selten einmal in selbstbewußten durchgängigen Linien. Viel öfter wird die Linienführung unsicher, tastend, sich selbst korrigierend. Dennoch wird eigentlich immer klar, was oder wen Ustinov meint. Der anglikanische Vikar an der Orgel, auf dessen Gesicht sich Devotion und Bühnenmimik spiegeln. Der englische Gentleman vor dem Porträt seiner Ahnen: ein gelangweilter Gesichtsausdruck, der die Jahrhunderte überdauerte. Ein französischer Koch von kulinarischem Adel, ein listig schnatterndes Trio von Chassidim, das alles nutzt die Beobachtungsgabe des Schauspielers und Schriftstellers und bringt sie in einfachen Zeichnungen zu Papier.

Wem Ustinov zu groß geworden ist, wer den Überblick über all seine Aktivitäten zu verlieren beginnt und sich in den vagen Begriff vom „Genie" flüchten muß, ohne durch diese Apotheose mehr zu erkennen, dem geben die ungelenken Zeichnungen etwas: Sie bringen ihm den Menschen Peter Ustinov näher. Der Riese steigt auf das Zeichenblockformat herab, hängt wieder in Augenhöhe und läßt seinen unbändigen Witz spielen. Bei aller Unvollständigkeit des Gestrichelten steht doch der ganze Mann im Hintergrund: geschwätzig, polyglott, sentimental und oberflächlich. „Man erkennt die Wahrheit auch nicht, wenn man allzusehr in die Tiefe forscht", meint Ustinov und plädiert so für einen aufgeklärten Subjektivismus.

Es ist, als hätte er die zweidimensionalen Skizzen nicht auf Papier, sondern auf Glas gemalt, gleichsam nur als Rahmen für das verschmitzte Gesicht, mit dem er den Betrachter durch dieses Fenster hindurch ansieht oder ihm einen Blick auf den einfachen Ustinov gestattet. Allzu einfach manchmal: Unter den 30 Zeichnungen finden sich manche, die zu oberflächlich witzig, gelegentlich gar ärgerlich sind. In seinem neuesten Betätigungsfeld hat Peter Ustinov offenbar noch nicht die Verdrängungskraft erreicht, die es ihm erlaubt hätte, die Auswahl zu reduzieren auf das Wichtigste. Das wären von den 30 in Münster gezeigten Arbeiten vielleicht die Hälfte gewesen.

GREGOR BOTHE

Für Angel Cuadra

Laßt ihn endlich ausreisen!

Es war im Herbst 1981, als der Name des kubanischen Dichters Angel Cuadra zum erstenmal hierzulande erwähnt wurde, und zwar anläßlich der Veröffentlichung seines Buches „Korrespondenz in Gedichten – aus dem Gefängnis". Damals saß der promovierte Jurist Cuadra bereits seit 14 Jahren in der Haftanstalt Combinado de Este von Havana bzw. im berüchtigten Boniato-Kerker von Santiago de Cuba. Danach geriet er bei uns in Vergessenheit. Jetzt wenden sich seine hochbetagten Eltern in einem durch seine emotionale Zurückhaltung erschütternden Appell an die internationale Öffentlichkeit, an führende Politiker und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Unterstützt werden sie dabei von 60 Schriftstellern des hispano-amerikanischen Kulturbereichs (darunter Octavio Paz, Ernesto Sabato, Vicente Aleixandre und Jorge Guillen), die in einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl schreiben: „Wir bitten Sie, bei der Regierung von Kuba zu intervenieren, damit der Dichter Angel Cuadra aus humanitären Gründen sofort die Genehmigung erhält, das Land zu verlassen. Er wartet seit dem April 1982 darauf, als er nach der vollen Verbüßung seiner 15jährigen Haftstrafe entlassen wurde."

Verhaftet und verurteilt wurde Cuadra, ursprünglich ein Anhänger Fidel Castros, weil er sich zunehmend kritisch über die Führerschaft seines Landes äußerte; man warf ihm „Aktivitäten gegen den Staat" vor. Daß amnesty international ihn schon 1969 als „Gewissensgefangenen" anerkannte, hat ihm wenig genützt.


Saß unschuldig fünfzehn Jahre im Gefängnis: Der kubanische Schriftsteller Angel Cuadra vor der Haft FOTO: DIE WELT

Nur einmal wurde seine Hoffnung geweckt: Im Dezember 1976 ließ man Cuadra bedingt frei – um ihn drei Monate später wieder einzukerkern, weil er angeblich die Bedingungen seiner Entlassung verletzt hatte. Daß in der Zwischenzeit ein Buch von ihm im Ausland erschienen war, wird der eigentliche Grund für seine erneute Verhaftung gewesen sein.

Amada (83) und Ernesto Cuadra (86) haben ihren Sohn seit 14 Jahren nicht mehr gesehen, seit sie von Kuba in die Vereinigten Staaten übersiedelten. Ihre immer wieder bitter enttäuschte Erwartung schlägt allmählich in Verzweiflung um. Angel hat ein Visum für die USA, sogar ein Flugticket. Er braucht nur noch seinen Paß, den die kubanischen Behörden festhalten, und die Ausreisegenehmigung. Um die kämpfen seine Eltern nun wie vor einem Stundenglas.

DW.

Auf der Jagd nach dem Augenblick – Der Fotograf Cartier-Bresson ist 75

Das Weltbild aus der Agentur Magnum

„Images à la sauvette" (*Heimliche Bilder*) hieß sein erstes Buch, das 1952 in Paris herauskam. Die amerikanische Ausgabe, im selben Jahr gedruckt, nannte sich „The Decisive Moment" (Der entscheidende Augenblick). Diese beiden Titel umreißen die Prinzipien, die für Henri Cartier-Bresson immer verbindlich waren. Photographieren war für ihn keine Staatsaktion oder das Inszenieren eines Ereignisses. Es war der Versuch, „in den Grenzen einer einzigen Photographie das Wesen eines Vorganges einzufangen, der sich vor meinen Augen abspielt".

Als Motto seiner Arbeit hatte er eine Zeile des Kardinals de Retz gewählt: „Il n'y a rien en ce monde qui n'ait un moment décisif." (Es gibt nichts auf dieser Welt, das nicht einen entscheidenden Augenblick hätte). Damit meinte der Photograph nichts anderes als das, was Lessing in seinem „Laokoon" als „fruchtbaren Augenblick" beschrieben hatte, jene kurze Phase, in der das Vorher noch präsent und das Nachher schon zu spüren ist.

Für den Photographen bedeutet das – anders als für den bildenden Künstler, der seiner Imagination vertrauen muß –, in einem Ausschnitt *aus der Wirklichkeit jenen Augen*blick der Wahrheit zu entdecken.

Henri Cartier-Bresson verstand sich als ein Reporter, den das sichere Gefühl für ein formal geschlossenes Bild „Gott sei Dank davor bewahrt, ‚in Kunst' zu machen". Seine Art zu photographieren hat entscheidend die Photographie der Nachkriegszeit beeinflußt. Aber wie viele Männer seines Metiers hat auch Henri Cartier-Bresson, der heute vor 75 Jahren in Chanteloupe geboren wurde, zuerst mit der Malerei geliebäugelt. Er hat bei André Lhote im Atelier gelernt, ging dann als Zwanzigjähriger nach Cambridge, um Literatur zu studieren. Doch dann packte ihn bald die Photographie. Wobei er anfangs noch zwischen der Momentaufnahme und dem laufenden Bild schwankte. Von Paul Strand ließ er sich in die Filmerei einführen, und mit Jean Renoir hat er wiederholt (1936 und 1939) zusammengearbeitet. In dieser Zeit entstand auch seine Serie über den „Sonntag an der Marne", jenes freundliche Bild, das längst seinen festen Platz im imaginären Weltmuseum der Photographie hat.

Nach dem Krieg gründete Henri Cartier-Bresson zusammen mit den Brüdern Capa und Seymor („Chim") die Agentur „Magnum", deren Reportagen (als es noch kein Fernsehen gab und die Photographen nur mit den Wochenschauen konkurrieren mußten) ein eindrucksvolles Bild der Welt vermittelten. Es war – allen Kriegen, Umstürzen und Katastrophen zum Trotz – ein menschliches Bild. Denn Henri Cartier-Bresson war immer ein „Menschen-Photograph". Er arbeitet möglichst unauffällig und diskret. Er verbirgt seine Kamera nicht, er läßt sie vergessen. Er haßt die Überrumpelung (wie bei Erich Salomon und extensiv bei Weegee) oder das Bloßstellen von Menschen, die sich ihrer Bildwirkung nicht bewußt waren (wie bei Diane Arbus). Aber er hielt auch nichts von der gekünstelten Atelierschönheit (wie z. B. bei Karsh).

Henri Cartier-Bresson verhehlt nie seine Sympathie für den Menschen. Das unterscheidet ihn von der Arroganz des kühlen (oft zynischen) Beobachters, wie er heute gefragt zu sein scheint. Photographie war für Henri Cartier-Bresson nie eine Art der Inquisition, sie ist – wie er selbst einmal sagte – vielmehr „eine Art zu leben".

PETER DITTMAR


Hat die Fotografie der Nachkriegszeit geprägt: Henri Cartier-Bresson FOTO: CAMERA PRESS

Auch der kleine Caporal behält seinen Stammplatz im „Café Flore"

H. WEISSENBERGER, Paris

Einer der „Tempel" des Pariser Literatur-, Geistes- und Nachtschwärmerlebens, das berühmte Café Flore am Boulevard Saint-Germain, wechselte jetzt für stolze fünf Millionen Mark den Besitzer. Doch der neue Inhaber versprach, daß in dem ehrwürdigen Etablissement kein I-Tüpfelchen geändert wird.

Nach 43 Jahren gab Paul Boubal (74), dem die Kunden des Café Flore den gleichen Spitznamen gaben wie Napoleon, „le petit Caporal" (der kleine Unteroffizier), 70 Prozent des Aktienkapitals an das junge Gastwirtsehepaar Siljegovic ab, das bereits zwei bekannte „Brasserien" am Platz der Republik und am Platz St.-Michel betreibt.

Das „Flore" ist ebenso wie sein Nachbar, das „Café des deux magots", und sein Gegenüber, die „Brasserie Lipp", mehr als nur eine Gaststätte, es ist zu einer Institution geworden. Hier gab und gibt sich alles, was in Literatur, Theater und Kunst Rang und Namen hat, ein Stelldichein. Für Tausende von Touristen ist die Terrasse des „Flore" ein idealer Logenplatz, die exotisch schillernden Figuren des Boulevard Saint-Germain an sich vorbeiflanieren zu sehen.

Die Geschichte des „Flore", das 1880 auf dem ehemaligen Friedhof der Kirche Saint-Germain entstand, ist eng vebunden mit den politischen und kulturellen Strömungen in der französischen Hauptstadt. Die Schriftsteller Huysmans, Remy de Gourmont und Guillaume Appollinaire hatten dort vor dem Ersten Weltkrieg ihren Stammplatz, ebenso wie der Gründer des berühmten Theaters Vieux Colombier, Jacques Copeau.

Die eigentliche Blütezeit des „Flore" begann jedoch mit Paul Boubal, dessen Persönlichkeit wie ein „Magnet" auf die Intellektuellen von Paris wirkte. Seit dem Einzug des „petit caporal" in das „Flore" 1940 verkehrten dort Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, der Poet Jacques Prévert, der die Drehbücher zu vielen Filmen schrieb, André Breton, der Bildhauer Giacometti und viele andere.

Vierzig Jahre später steht noch am gleichen Platz hinten rechts im Saal der Tisch, an dem Sartre zu schreiben pflegte. Boubal zeigt stolz die Teekanne von Simone de Beauvoir und die vielen Erinnerungen an die Zeit des Surrealismus und des Existentialismus.

In dem Vertrag, den Boubal mit den Siljegovicens schloß, steht ausdrücklich, daß an all dem nichts geändert werden darf, nicht an dem roten Moleskin-Bezug der Bänke und nichts an den Lampen des Innendekorateurs Lalique aus dem Jahre 1925 und auch nichts an dem Stil der Bedienung wie in Großvaters Zeiten.

Das „Flore" wird auch weiterhin seine berühmten weichgekochten Eier – 52 000 Stück im Jahr – aus eigener Züchtung, die Welsh Rarebits, nach Spezialrezept mit Cheddar-Käse und englischem Bier zubereitet, und den „café à la flore", dessen Mischung ein Geheimnis von Boubal ist, servieren. Vor allem aber wird „le petit caporal" weiterhin, solange der Herr ihm noch die Jahre schenkt, von seinem Stammplatz hinter dem linken Fenster gleich am Eingang des Innensaals aus der „gute Geist" des „Café Flore" sein. (SAD)



Das „Café Flore" in Paris wurde verkauft – in dem einstigen „Existentialisten-Tempel" am Boulevard Saint-Germain sollen sich aber nur die Besitzrechte ändern. FOTO: AP

Drogenfahnder machten Millionen-Fang

AP, Tampa

Im Hafen von Tampa (US-Bundesstaat Florida) haben amerikanische Drogenfahnder die bisher zweitgrößte in den USA sichergestellte Rauschgiftmenge beschlagnahmt. Wie die Polizei am Wochenende erklärte, wurden am Mittwoch an Bord des dänischen Frachters „Sine Boye" 630 Kilogramm Kokain mit einem Straßenverkaufswert von 458 Millionen Dollar (rund 1,2 Milliarden Mark) gefunden. Das Kokain war in einer aus Südamerika kommenden Ladung Pflanzenschutzmittel versteckt. Nach den Ermittlungen der Polizei war das Schiff aus dem kolumbianischen Hafen Barranquilla gekommen. Das Rauschgift sollte in ein Lagerhaus in Jacksonville gebracht werden und war in Aluminiumbehältern von jeweils 6,5 Kilogramm Inhalt versteckt.

Ted Swift, der Sprecher der amerikanischen Behörde für Rauschgiftbekämpfung, erklärte in Washington, die Bande, die hinter dem Schmuggel steckt, habe möglicherweise schon seit zwei Jahren gearbeitet. Das Lagerhaus, in dem 68 Tonnen Pflanzenschutzmittel aufbewahrt wurden, sei möglicherweise der Umschlagplatz für das Rauschgift gewesen.

Gnadenfrist

dpa, Paris

Frankreichs Überschall-Verkehrsflugzeug Concorde soll auch 1984 weiterfliegen. Diese Zusicherung hat die Fluggesellschaft Air France nach französischen Presseberichten jetzt vom Staat erhalten, der 90 Prozent des laufenden Defizits von voraussichtlich 117 Millionen Franc (38,6 Millionen Mark) im Jahr 1983 tragen muß.

Dealer verhaftet

AP, Nürnberg

Mit einem schweren Schlag gegen den Rauschgifthandel hat die Nürnberger Polizei im Laufe der letzten Wochen einen gut organisierten Drogenring zerschlagen, 13 Dealer festgenommen und gegen 27 mutmaßliche Mitglieder Ermittlungsverfahren eingeleitet. Rauschgiftfahnder konnten zwei Kilogramm Haschisch sowie Cannabispflanzen, LSD-Trips und eine geringe Menge Amphetamin sicherstellen.

Zusammenstoß: 5 Tote

dpa, Kreuzlingen

Beim Frontalzusammenstoß ihres Personenwagens mit einem deutschen Reisebus sind am Wochenende auf der Schweizer Bodenseestraße zwischen Kreuzlingen und Romanshorn fünf in der Bundesrepublik wohnende Koreaner ums Leben gekommen: ein Ehepaar mit zwei kleinen Kindern und ein Freund der Familie.

Chaos zum Ferienende

dpa, Hamburg

Die Fahrt nach Hause wurde zur Strapaze: Das Ferienende in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und bei Audi in Ingolstadt sorgte an diesem Wochenende vor allem auf den Autobahnen in Bayern für schier endlose Autoschlangen. Während in Norddeutschland das kräftige Hoch über der Ostsee zunächst eine Fortsetzung der Hitze verspricht, wird es im Süden und Südwesten zunehmend gewittrig.

Tod im Ballon

dpa, Osnabrück

Der Gasballon eines Luftsportvereins in Münster ging am Samstag in Fürstenau im nierdersächsischen Kreis Osnabrück bei einer Zwischenlandung in Flammen auf. Der 42jährige Pilot erlag nach dem Absturz aus der brennenden Gondel in einem Krankenhaus seinen Verletzungen.

ZU GUTER LETZT

„Es geht der Jägerschaft nicht darum, den Habicht zum Buhmann abzustempeln oder ihn zum Sündenbock für Entwicklungen zu machen, für die er nichts kann." Aus: Pressedienst des Deutschen Jagdschutz-Verbandes Nr. 4, August 1983

Ein Extra-Urlaub soll den Alptraum auslöschen

Zehn Wochen nach dem Überfall auf die Schule im Taunus

H. H. KANNENBERG, Eppstein

Für 130 Jungen und Mädchen des Jahrganges 1970/71 aus dem Taunus hat dieser Tage, zwei Wochen nach dem Ende der Sommerferien in Hessen, noch einmal der Urlaub begonnen: In Oberstaufen/Allgäu, Berchtesgaden und Oberaudorf/Inn sollen die 12- und 13jährigen der Eppsteiner Freiherr-vom-Stein-Schule zehn Tage lang Zusatzkraft tanken. Ziel der vom Land Hessen und den Farbwerken Hoechst finanzierten Extraferien: Die Kinder sollen die letzten seelischen Traumata abbauen, die der blutige Überfall des Exil-Tschechen Karel Charva (34) auf ihre Schule am 3. Juni 1983 bei ihnen hinterlassen hat.

Damals, an einem sonnigen Frühsommermorgen, waren in der Freiherr-vom-Stein-Schule drei Kinder, ein Lehrer und ein Polizeibeamter unter den Kugeln des Frankfurter Amokschützen gestorben. Dreizehn Kinder und der Lehrer Franz Gelhaar wurden schwer verletzt. Gelhaar und eines der Kinder liegen noch im Krankenhaus, die anderen sind in Oberstaufen, Berchtesgaden und Oberaudorf dabei.

Während bei den meisten Augen- und Ohrenzeugen der Tragödie von Eppstein-Vockenhausen der Schock abgeklungen und distanzierter Erinnerung gewichen ist, werden die beiden stationär behandelten Opfer noch immer vom Alpdruck des Geschehens heimgesucht. Lehrer Franz Gelhaar, Anfang August von der Intensivstation des Frankfurter Nordwest-Krankenhauses auf eine normale Station verlegt, lernt langsam wieder sprechen – ein Schuß Charvas hatte ihn in den Mund getroffen. Der schwerverletzte Junge hat noch Probleme mit seinen Beinen – die Schußwunden wollen nicht recht heilen.

Das Motiv des Täters bleibt ungeklärt

Der juristische Schlußstrich unter die Tragödie von Eppstein bleibt ungezogen. Charva wurde in Frankfurt beerdigt – er hatte sich nach dem Überfall selbst erschossen. Sein Motiv ist heute so unklar wie damals. Fest steht: Er kannte weder die Freiherr-vom-Stein-Schule noch den Lehrer Franz Gelhaar. Charvas Vater, der als Rentner in Prag lebt, lieferte einen Fingerzeig: „Die Briefe Karels waren in den letzten Jahren immer verzweifelter geworden. Er litt darunter, daß er nicht in seinem Beruf als Psychologe arbeiten konnte. Das hatte er studiert, und dazu fühlte er sich berufen." Der Briefkontakt zum Vater brach lange vor dem blutigen Überfall in Eppstein ganz ab.

Ein schlichtes Holzkreuz auf dem Schulhof

So bleibt für die Kinder, über die Charva am Morgen des 3. Juni 1983 das Grauen brachte, die Ursache ihrer Leiden für immer ungeklärt. Langsam kommen sie über die Nachwirkungen des Schocks hinweg. Schulleiter Willy Belz: „Zusammen mit den Eltern versuchen wir ausfindig zu machen, wo noch traumatische Verdrängungen vorhanden sind. Seelisch geschädigte Kinder werden psychotherapeutisch betreut."

Überraschungen waren seit dem Wiederbeginn der Schule nicht selten. Kinder, die alles überwunden zu haben schienen, reagierten panisch, als im Chemieunterricht ein Versuch zu einer harmlosen Verpuffung führte. Der Knall rief die Schüsse vom 3. Juni ins Bewußtsein zurück. Andere reagieren nervös bei Durchsagen über den Schullautsprecher. Mit einer solchen Durchsage hatte Schulleiter Belz während der Schießerei die Kinder zu beruhigen versucht.

Firmen, Banken, Schulen, der „Weiße Ring" und Privatleute haben 100 000 Mark an Spenden zusammengebracht, um Erinnerung und Folgen des Amoklaufes durch äußere Hilfe zu mildern. Der Klassenraum 213, wo es die meisten Opfer gab, wurde während der Ferien renoviert. Eine Gymnasialklasse wird jetzt dort unterrichtet. Die Schüler haben sich einverstanden erklärt. Sie sagen: „Wir wollen ja keine Schreckenskammer hier an unserer Schule stilisieren!" Im Hof der Freiherr-vom-Stein-Schule aber steht ein schlichtes Holzkreuz zur Erinnerung an den 3. Juni 1983. Es stand während der Trauerfeier für die Toten vor den Särgen.

LEUTE HEUTE

Blind nach Hawaii

Der 42jährige blinde Alleinsegler **Hans Dekker** hat am Wochenende seine Fahrt von der US-Westküste nach Hawaii erfolgreich abgeschlossen. Dekker, der sich mit Hilfe eines Braille-Kompasses, einer „sprechenden" Uhr und Seekarten in Blindenschrift orientierte und dessen Navigationssystem die jeweilige Position laut vorliest, brauchte für die 3800 Kilometer lange Reise 23 Tage. In Honolulu wurde er von Dutzenden von Freunden und Reportern begrüßt. Die US-Küstenwacht hatte Schiffe aufgefordert, nach dem blinden Alleinsegler Ausschau zu halten, nachdem dessen Funkgerät ausgefallen war.

Scheidung auf texanisch

Familienrichterin **Linda Thomas** sagte ein paar Worte, 108 Menschen erhoben die rechte Hand – und Sekunden später waren sie in einem summarischen Verfahren geschieden. So geschehen in Dallas/Texas. Alle zu dem Massentermin erschienenen Personen waren Klienten des Anwalts **Averil Sweitzer**, dem es gelungen war, die Richterin zu der Gemeinschaftsveranstaltung zu bewegen.

Das Glück verwöhnte in Berlin Streichelfische und Piranhas

Aus Überschüssen des Zahlenlottos wurde das artenreichste Aquarium der Welt finanziert

F. DIEDERICHS, Berlin

Mit einer einem Krokodilrachen nachempfundenen überdimensionalen Schere gab Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker am Wochenende den Weg frei zu dem in sechsjähriger Bauzeit neugestalteteten Zoo-Aquarium. Nach der Fertigstellung der neu gestylten Heimat für mehr als 6000 Fische, Frösche, Echsen, Krokodile, Schlangen und Schildkröten kann Berlin nunmehr mit dem größten und artenreichsten Aquarium der Welt renommieren.

Für 34 Millionen Mark erwuchsen Krokodilhalle neben Froschabteilung, Korallenmeere neben afrikanischen Seen – eine Vielfalt, die siebzig Jahre nach der Eröffnung des „alten" Aquariums bei Eintritts- und Getränkepreisen wie anno 1913 für einen derartigen Andrang sorgte, daß so mancher der Zoo-Besucher in schwüler Sommerhitze nach Luft schnappte wie die Goldfische nach den Brosamen, die ihnen im offenen Fischbekken zuflogen. Daneben flogen ihnen aber auch die Herzen der jugendlichen Besucher zu: Sie können bei erstmals in Berlin verwirklichten „Aquarien zum Anfassen" versuchen, die wendigen Golfdfische zu streicheln – wenn die nur wollen …

Kernstück des neuen Zoo-Aquariums ist die Krokodilhalle. Von einer hölzernen Brücke inmitten feuchtwarmer tropischer Landschaft, in der sogar Bananen gedeihen, schaut der Besucher auf die Panzerechsen herab, deren Schwimmkünste eine Etage tiefer gleichzeitig durch 16 Zentimeter dicke Panzerglasscheiben begutachtet werden können. In dieser „artgerechten" Umgebung gelang den Berliner Zoologen, was zuvor keinem Tierpark der Welt vergönnt war: die Züchtung der Nil- und Spitzkrokodile.

Die hohe tierpflegerische Leistung der Berliner Zooexperten dokumentiert nicht zuletzt auch das ungewöhnlich lange Überleben eines Knochenhechtes, der schon 1927 nach Berlin kam und erst vor drei Jahren starb. Besonderen Aufwand erfordern auch die Löffelstöre, denen im neuen Aquarium ein geräumiges Rundbecken zur Verfügung steht – zusammen mit den Süßwassersägefischen, die in dem runden Becken nun nicht mehr Gefahr laufen, sich ihre „Schwerter" an eckigen Beckenrändern zu stoßen.

In der neugestalteten Terrarienabteilung krabbeln Ameisenstämme und Käfer aus aller Welt; faustgroße Vogelspinnen und bis zu einem Pfund schwere Schnecken finden das besondere Interesse der Berliner Zoobesucher.

Daß die Neugestaltung des 1943 durch Bomben zerstörten und 1952 auf den Grundmauern wieder errichteten Aquariums möglich wurde, verdanken die Zoologen der Spielleidenschaft der Berliner: Aus den jährlich erwirtschafteten Überschüssen stellte das Berliner Zahlenlotto als Sponsor die 34 Millionen Mark zur Verfügung, die dem traditionsreichen Bauwerk von innen und außen neuen Glanz verleihen.

Lauter Streit um einen toten Superstar

MARK STEVENSON, Memphis

„Das Wunder von Elvis Presley ist wahrhaftig ein Wunder Gottes …". Dieses Thema der Predigt während des Gedächtnisgottesdienstes zum sechsten Todestag des „King", den kürzlich wieder Tausende von Fans im Presley-Besitz Graceland zelebrierten, vermochte nur mühsam darüber hinwegzutäuschen: In den USA ist ein erbitterter Streit über die Vermarktung von Presley-Memorabilia ausgebrochen.

Der in Memphis als „Elvis Presley Boulevard" bekannte Betonstreifen, der das weiträumige Gelände der Elvis-Luxusvilla Graceland vom Graceland-Center auf der anderen Seite trennt, ist inzwischen zu einem tiefen Graben geworden zwischen den Geschäftsleuten, die Elvis vermarkten, und den Nachlaßverwaltern, die die Verwaltung seines Besitzes und die Verwendung seines Namens gesetzlich regeln wollen.

Bei dem Streit geht es vor allem um die Frage: Wem gehört Elvis? Ist er seit seinem Tode zum Besitz der Allgemeinheit geworden? – Oder kann er wie „E. T." oder „Annie" einem Eigner gehören? Für den Amerikaner Roger Richman ist die Antwort klar. Der in Los Angeles wohnende Verwalter der Besitztümer von Marilyn Monroe, Clark Gable und W. C. Fields



Wem gehört der tote Elvis Presley?

betreibt auch die Durchsetzung der Elvis-Presley-Verkaufsrechte für die Nachlaßverwalter des Presley-Besitzes.

Im Oktober vergangenen Jahres bezichtigte er die elf Geschäftsleute des Graceland-Centers auf der anderen Seite des Presley-Boulevards – die in ihren Läden außer einem Imbiß jeden nur erdenklichen Kitsch als Elvis-Souvenir anbieten –, mit ihrem Geschäft ohne Erlaubnis der Graceland-Nachlaßverwaltung US-Bundesgesetze zu verletzten.

„Jede Verwendung nach dem Bilde Presleys geformter Skulpturen ebenso wie seines Namens, seines Unterschriftszuges, seiner Stimme oder ihm ähnlicher Erscheinungsbilder ohne Lizenz sind verboten." Außerdem möchte die Nachlaßverwaltung den Verkauf nichtautorisierter und „vulgärer Gegenstände" unterbinden.

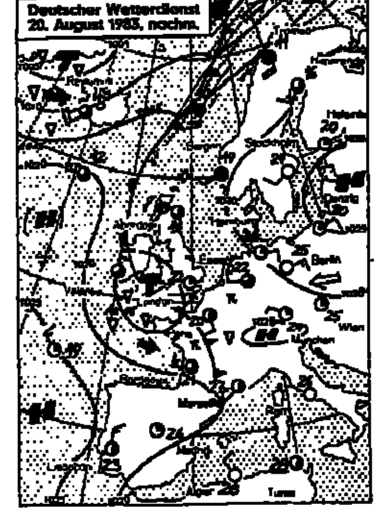
Dazu will er zunächst in Kalifornien, Tennessee und auch im Kongreß in Washington ein Gesetz anstreben, das nur den gesetzlichen Nachlaßverwaltern eines verstorbenen Superstars das Recht zur kommerziellen Nutzung seines Namens und Images gewährt. Der Engländer Sidney Shaw etwa, der mit seiner Firma „elvisly yours" aus Europa Elvis-Erinnerungsartikel in die USA und besonders nach Memphis importiert, aber wettert dagegen: „Die (Nachlaßverwaltung) können nicht einfach sechs Jahre nach Elvis' Tod auf den Markt kommen und sagen ‚hau' ab, der gehört uns'."

In einem außergerichtlichen Vergleich, nach mehreren Prozessen, hatten sich zuvor schon Nachlaß-Anwälte und Vertreter des ehemaligen Presley-Managers Colonel Tom Parker über den Verkauf einer nichtgenannten Zahl bisher unveröffentlichter Elvis-Platten an RCA zu einem Preis von zwei Millionen Dollar geeinigt. Nach dem Deal mit Colonel Parker und RCA planen die Elvis-Nachlaßverwalter jetzt zwei neue Presley-TV-Shows, eine mit noch nie gehörter Musik aus Konzerten des Rock-'n-Roll-Kings.

Bei all dem geht es den Elvis-Presley-Nachlaßverwaltern, so sagen sie, nur um eins: Unter dem Motto „Elvis lebt" soll ein anspruchsvolles Image aufrechterhalten bleiben, und außerdem soll Elvis einer ganzen Generation bekanntgemacht werden, die ihn zu Lebzeiten nie hatte erleben können. (SAD)

WETTER: Schwül-warm

Wetterlage: Während die Osthälfte Deutschlands an der Südflanke eines Hochs mit Kern über dem Baltikum trockene Warmluft geführt wird, fließt von Frankreich her feuchtarme Luft in den Westen.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H=Hoch- T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Montag:

Nordosten, Südosten, Berlin: Sonnig und Erwärmung auf 29 bis 33 Grad C. Nachts wolkenarm und Abkühlung auf 17 bis 13 Grad C. Schwacher Wind um Südost.

Nordwesten, Westen und Südwesten: Nach Auflösung von Frühnebelfeldern teils heiter, teils stärker bewölkt und am Nachmittag und in der Nacht einzelne Gewitter. Höchsttemperaturen 25 bis 29 Grad C, nachts Abkühlung auf 20 bis 16 Grad C. Schwachwindig, nur in Gewitternähe einzelne kräftige Böen.

Weitere Aussichten für Dienstag:
Schwül-warm und gewittrig.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	25°	Kairo	29°
Bonn	22°	Kopenh.	21°
Dresden	26°	Las Palmas	23°
Essen	23°	London	22°
Frankfurt	25°	Madrid	26°
Hamburg	26°	Mailand	25°
List/Sylt	23°	Mallorca	29°
München	24°	Moskau	17°
Stuttgart	24°	Nizza	26°
Algier	28°	Oslo	21°
Amsterdam	23°	Paris	20°
Athen	29°	Prag	25°
Barcelona	27°	Rom	26°
Brüssel	23°	Stockholm	24°
Budapest	27°	Tel Aviv	28°
Bukarest	24°	Tunis	28°
Helsinki	30°	Wien	25°
Istanbul	27°	Zürich	23°

Sonnenaufgang* am **Dienstag:** 6.19 Uhr- -untergang: 20.29 Uhr. **Mondaufgang:** 20.58 Uhr, -untergang 5.37 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Der Legionär" schlug zu

10-Millionen-Coup von Cannes: Immer wieder Bruno Sulak

H. W. Cannes

Der Räuber, der am Wochenende bei einem Blitzüberfall auf das Juweliergeschäft „Cartier" in Cannes Schmuck für zehn Millionen Mark erbeutete, ist identifiziert: Bruno Sulak (28), genannt „der Legionär" oder „der Jugoslawe" – der meistgesuchte Räuber Frankreichs.

Die sieben Angestellten von „Cartier" hatten Sulak und seinen Komplizen, Radisa Joanovic (26), auf erkennungsdienstlichen Fotos sofort erkannt. Der elegante Bruno wird langsam zum Alptraum für die französische Polizei: In den letzten acht Monaten hat er mit Sicherheit fünf Raubüberfälle auf renommierte Juwelierläden verübt, bei denen ihm Schmuck für mehr als 20 Millionen Mark in die Hände fiel.

Einer der Kommissare in Cannes geriet ob des neuen Coups nahezu ins Schwärmen: „Sulak ist geradezu ein Künstler, ein Perfektionist. Bei ihm fließt nie ein Tropfen Blut."

Sulak wurde am 6. November 1955 in Sidi bel Abbes in Algerien geboren. Sein Vater war hochdekorierter Offizier in der Fremdenlegion. Die Familie mußte nach der Unabhängigkeit Algeriens wie eine Million anderer Algerienfranzosen nach Frankreich emigrieren. Seine zwei Schwestern und sein Bruder führen ein ganz normales Leben.

Aber Bruno suchte das Abenteuer. Er heuerte beim zweiten Fallschirmjägerregiment der Fremdenlegion an, desertierte jedoch am 16. Mai 1978 aus Ärger, weil er wegen eines Urlaubs nicht am Einsatz der Legion in Kolwezi teilnehmen durfte. Danach spezialisierte sich der Vater einer Tochter auf Schmuckdiebstähle. Zweimal wurde Bruno Sulak verhaftet. Doch einmal entsprang er dem Gefängnis von Albi, das zweite Mal wurde er bei einem Gefangenentransport nahe Montpellier von zwei Komplizen befreit.

In Cannes bei „Cartier" trat Bruno Sulak als Tennisspieler auf: weiße Shorts, Tennishemd, Tennisschuhe – und eine große Pistole. Sulak und Joanovic „arbeiteten" schnell und präzise. Innerhalb von Sekunden waren die Angestellten mit Handschellen an Hand und Fußgelenken aneinandergefesselt. Dann räumten sie seelenruhig Panzerschränke und Auslagen leer und verschwanden in der dichten Menschenmenge auf der Croisette. (SAD)

Pauken schon im Kinderwagen

Der Trend zum vorschulischen Drill beschert den USA immer mehr Superbabys

AFP, Washington

„X geteilt durch 6 plus 6 gleich 9. Bestimmen Sie die Größe von x." Kleine Rechenaufgaben wie diese löst John Sampar aus Washington mit seinen 15 Monaten bereits spielend. Wie einige tausend andere Jung-Amerikaner gehört John zu den sogenannten „Superbabies", die Werke von Bach oder van Gogh erkennen, noch bevor sie etwas anderes als Brei essen können. Trotz ihrer außergewöhnlichen intellektuellen Leistungen sind diese Kinder jedoch keineswegs Genies und nicht einmal unbedingt besonders begabte Schüler. Man hat sie lediglich für möglichst frühes schulisches Lernen trainiert. Viele Eltern glauben, daß ihr Nachwuchs so bessere Chancen in einer Gesellschaft erhält, in der der Kampf um die „guten Plätze" immer früher beginnt.

Die „Vergötterung" von Kindern durch ihre Eltern ist ein allen Pädagogen wohlbekanntes Phänomen. Während jedoch in Europa den Eltern die Gefahren verfrühten schulischen Drills bewußt gemacht werden, gehen amerikanische Erzieher oftmals willig auf Eltern-Wünsche ein. Da in den Vereinigten Staaten bis zum Beginn der Schulpflicht mit dem 6. Lebensjahr keinerlei öffentliche Einrichtungen für Kleinkinder existieren, bleibt ihre Betreuung dem meist kostspieligen privaten Sektor überlassen.

Wer es sich leisten kann, zwischen 2000 und 4000 Dollar im Jahr zu bezahlen, findet inzwischen überall Vorschulen, die schon den Kleinsten die Grundlagen der Informatik, des Japanischen oder Lateinischen oder auch einfach nur ein normales Abc-Schützen-Programm wie Lesen, Schreiben und Rechnen vermitteln. Die Aufnahme bei solchen Institutionen ist mittlerweile fast ebenso schwierig wie die Zulassung zu einer der renommierten Universitäten. Wie die „Washington Post" vor kurzem berichtete, erhalten Kindergarten- oder Vorschulverantwortliche zuweilen Anmeldeunterlagen, die so umfangreich sind wie die eines Stellenbewerbers, vollgestopft mit Empfehlungen über die herausragenden Talente der Dreikäsehochs.

Der „Unterricht in Windeln", der zusehends an Boden gewinnt, führte in der Fachwelt zu einem heftigen Streit. Die Verfechter eines möglichst frühen Schulunterrichts stützen sich auf jüngste Erkenntnisse der Psychologen. Wissensdrang und Aufnahmefähigkeit eines Kindes seien bis zum Alter von drei Jahren am größten, ist ihre These. Sieben bis zehn Tage nach der Geburt erkennt ein Säugling bereits die Stimme seiner Mutter, mit 2 Monaten beginnt er, seine Umgebung zu erkunden. Sehr schnell auch entwickelt sich sein Sinn für Gefahren. Ständig entdekken die Wissenschaftler neue frühkindliche Fähigkeiten. Daraus folgern sie, daß ein Kleinkind mit sieben Monaten für Mathematik reif sei und vier Monate später lesen könne.

Zu den prominentesten Gegnern dieser Methoden zählen der Psychoanalytiker und Freud-Schüler Bruno Bettelheim ebenso wie Benjamin Spock, der „Papst" der antiautoritären Kindererziehung, nach dessen Theorien das Gros der amerikanischen Nachkriegsgeneration aufgewachsen ist. Sie vertreten die Auffassung, daß die Ziele vielleicht richtig, die angewandten Mittel jedoch falsch seien. „Kinder immer jünger zum Lernen drängen birgt die Gefahr, daß sie später zu Versagern werden", warnt Bruno Bettelheim.

